

# Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

**Abonnementpreis** im Monat einschließlich Bringerlohn 80 Pfg., bei Selbstabholung 70 Pfg.; mit der illustrierten Wochenbeilage Neue Welt einschließlich Bringerlohn 90 Pfg., bei Selbstabholung 80 Pfg. — Durch die Post bezogen vierteljährlich 2.40 Mk., für 1 Monat 80 Pfg. (Bestellgeld vierteljährlich 42 Pfg., monatlich 14 Pfg.).

**Redaktion:**  
Leipzig, Landauer Straße 10/21.  
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig.  
Fernsprecher: 13698.

**Inserate** kosten die 7 gespaltene Zeile oder deren Raum 25 Pfg., bei Platzvorschrift 30 Pfg. Schwieriger Satz nach höherem Tarif. — Der Preis für das Bellegen von Prospekten ist bei der Gesamtauflage 4.— Mk. jedes Tausend, bei Zellaufgabe 5.— Mk. — Schluss der Annahme von Inseraten für die nächste Nummer früh 9 Uhr.

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag in Leipzig, Landauer Straße 10/21, Fernsprecher: 4598 • Inseraten-Abteilung Fernsprecher: 2721.

## Ein Tag preußischer Schmach!

Dem preußischen Volke ist wieder einmal blutiger Schimpf angetan worden. Diesmal galt er ihm, dem Volke, den arbeitenden Massen, und nicht den Herren des Landes, nicht den Junkern und ihren Verbündeten von Schlot und Geldsack. Jetzt wäre Veranlassung, wegen Beleidigung Preußens, des wirklichen Preußens, des preußischen Volkes, zu schreiben. Aber die elenden Heuschler, die am Freitag ob des schimpflichen Brandmals, das Genosse Scheidemann dem Preußen der Junker aufbrachte, als über eine Beleidigung des preußischen Volkes heimkehrten, werden diesmal, wo ihm wirklich ein Faustschlag ins Antlitz gegeben wurde, still und zufrieden sein. Denn sie selbst sind es ja, die ihm diesen Schimpf angetan haben, die es für unwürdig erklärt haben, das Maß an Bürgerrecht zu erhalten, das man dem Volke der eroberten Reichsländer geben mußte, die es im Joch der Dreiklassen-Schmach halten wollen! Eben habe sie sich heuchlerisch entrüstet über das Wort des sozialdemokratischen Redners, daß die Einverleibung in Preußen gleich einer Verjagung in die zweite Klasse des Soldatenstandes sei, tags darauf verkündeten sie mit lauter Stimme, daß das preußische Volk für immerdar in der dritten Staatsbürgerklasse zu verbleiben habe, daß es niemals wagen solle, aus der Klasse der Entrechteten auszubrechen.

Die preußischen Junker sind ihrer Natur getreu geblieben. Ihre Herrschaft ist auf das schimpfliche Unrecht gebaut, auf die gesekwidrige Entrechtung des Volkes, die sich auf den Wortbruch eines Königs stützt. Die Junker sind offene, erklärte Volksfeinde — niemand konnte von ihnen erwarten, daß sie plötzlich in heißer Liebe für eine Wahlreform entbrennen würden. Aber sie haben trotz ihrer schändlichen Privilegien, trotz ihrer Bevorrechtung durch Wahlgesetz, Verwaltung und wirtschaftliche Gewalt, doch noch nicht die Mehrheit im Dreiklassenhaufe. Wenn trotzdem die Verhandlungen mit der Ablehnung aller, auch der zahllosen Anträge auf Verbesserung des Wahlrechts endeten, so konnte das nur deshalb geschehen, weil die Junker Helfershelfer hatten. Weil ihnen Verbündete im Bürgertum erwachsen. Zentrum und Nationalliberale haben ihnen geholfen, die Wahlrechtsanträge zu werfen.

Bei den Nationalliberalen kann man nicht von Verrat reden. Sie haben aus ihrer Feindschaft gegen das gleiche Wahlrecht nie einen Hehl gemacht; im preußischen Dreiklassenhaufe tritt ihr scharfmascherisches Wesen noch deutlicher zutage, als in dem nach gleichen Wahlrecht gewählten Reichstag. Sie haben mit ihren gestrigen Abstimmungen die Linie eingehalten, der sie schon immer gefolgt sind, haben sich wieder einmal als die Vertreter der Besitzenden, der Kapitalisten, gezeigt.

Unders das Zentrum. Diese Partei heuchelte noch immer Bekenntnis zum Grundsatz des gleichen Wahlrechts. Und hat doch gestern durch Abkommandierung zu verhindern gewußt, daß auch nur ein Beschluß für das geheime und direkte Wahlrecht zustande kam. Selbst dies jammervolle magere

Ergebnis, das das Dreiklassensystem an sich gar nicht einmal angreift, hat das Zentrum vereitelt. Die Junker dürfen sich dieser stillen Verbündeten freuen.

Die Nationalliberalen verhindern einen Beschluß für das gleiche, das Zentrum eine Erklärung für das geheime und direkte Wahlrecht. Eine feine Arbeitsteilung, eine saubere Kumpanei!

Zur Beratung standen die Anträge auf Aenderung des Wahlrechts. Die Fortschrittler stellten den Antrag auf Einführung des Reichstagswahlrechts in Preußen unter zeitgemäßer Aenderung der Wahlkreiseinteilung. Da von vornherein bekannt sein mußte, daß die Nationalliberalen dagegen stimmen und somit eine Mehrheit nicht vorhanden ist, stellten sie gleichzeitig für den Fall der Ablehnung des Hauptantrags einen Eventualantrag. In diesem wird die Regierung aufgefordert, einen Gesetzentwurf vorzulegen, der das „allgemeine und direkte Wahlrecht mit geheimer Stimmabgabe zur Einführung bringt“. Hier ist also das gleiche Wahlrecht preisgegeben, die Regierung wünte ein Pluralwahlrecht oder ein Zensuswahlrecht vorschlagen. — Die Nationalliberalen hatten die Stirn, ihren Ladenaufhänger von neuem zu präsentieren: geheime und direkte Wahl, aber Verschlimmerung des bestehenden Dreiklassenrechts durch eine Verstärkung des plutokratischen Prinzips mittels der Drittelung in den Urwahlbezirken.

Die Regierung des Herrn Bethmann-Hollweg brachte es fertig, der neulichen Beleidigung des preußischen Volkes eine neue hinzuzufügen, indem sie den Beratungen fernblieb. Nicht einer der Minister wohnte den Verhandlungen bei, wo es sich um die brennendste Frage des preußischen Staates handelt! Man erinnert sich, daß bei der Eröffnung des gegenwärtigen Landtags die Reform des Wahlrechts von Wilhelm II. in seiner Thronrede als eine dringende Aufgabe bezeichnet wurde. Damals mußte allerdings Fürst Bülow liberale Versprechungen machen, um den Freisinnigen einen Vorwand zu ihrer kompromittierenden Politik zu geben. Seitdem haben sich die Dinge geändert, das Zentrum stützt die Junkerherrschaft und Herr v. Bethmann behandelt das Königswort als Schall und Rauch.

Die Beratungen bieten ein Bild von geradezu unübersehbare Deutlichkeit der bestehenden Verhältnisse. Unser Genosse Reinert kennzeichnete die Lage mit dem Hinweis darauf, daß die Machthaber einzig mit roher Gewalt die Erfüllung des Willens des Volkes verhindern, aber sie werden mit Flinten und Kanonen das Verlangen des Volkes nach Gerechtigkeit nicht zum Schweigen bringen. Es war die Ankündigung, das der begonnene Kampf weiter geführt wird bis zur Vernichtung der Junkerherrschaft. Aber nur die Vertreter des Proletariats sprachen von diesem Kampf, während die Vertreter des bürgerlichen Radikalismus wissen, daß ihre Klasse nicht kämpfen will, nicht kämpfen

wird, und dadurch ihre Reden von vornherein den Eindruck der Ohnmacht hervorrufen müssen. Der „ungekrönte König von Preußen“, der Junker von Klein-Tschunkawe, Herr Heydebrand von der Laa, brachte es fertig, mit frechem Hohn zu erklären, daß die Machthaber nicht einen Zoll zurückweichen werden, daß sie auf den Willen des Volkes pfeifen. Dieser Draufgänger hat wenigstens den Mut, auszusprechen, was ist. Das Dreiklassenwahlrecht ist das Bollwerk der Junkerherrschaft, — und darum bleibt es bestehen. Basta!

Er hat recht. Will das Volk das schmählische Joch abschütteln, so gilt es, das Bollwerk zu stürmen. Reden hilft da nichts.

Den Stempel drückte aber doch den gestrigen Verhandlungen die infame Haltung des Zentrums auf. Die Partei des organisierten Volksbetrugs ließ durch ihren Redner erklären, sie würde sowohl für den Hauptantrag der Fortschrittler, wie für den Eventualantrag stimmen. Bei der namentlichen Abstimmung kommandierte sie aber ihre Mitglieder ab und brachte so beide Anträge zu Fall! Die Junker und die Regierung können triumphieren: es ist keine Mehrheit für die Reform vorhanden, das Parlament will keine Aenderung des Wahlrechts, also bleibt alles beim alten.

Dieser infame Verrat ist das niederträchtigste, was die Waffenspartei jemals an Niedertracht geleistet hat.

Der Ausgang überrascht uns nicht. Das Dreiklassenparlament wehrt sich gegen den Strich, der ihm gebührt. Man muß es zwingen, den Kopf in die Schlinge zu stecken.

Das preußische Volk hat jetzt ans Werk zu gehen. Am Mittwoch wird es in ganz Preußen in den großen Demonstrationsversammlungen der Sozialdemokratie den Junkern, dem Zentrum und den Nationalliberalen die Antwort auf den Schimpf geben, den dieser unheilige Dreibund ihm am Montag angetan hat!

Ueber den Verlauf der Sitzung ist noch das Folgende zu berichten:

Nach der Begründung des fortschrittlichen und des nationalliberalen Antrags durch die Abg. Wiemer und Dr. Lehmann, und der Ablehnung des sozialdemokratischen Geschäftsordnungsantrags (woüber wir gestern noch unter Letzte Depeschen berichteten), kam zunächst Genosse Reinert zu Worte, der die ganze Schändlichkeit des Dreiklassensystems darlegte, seine Entstehung schilderte, am Wahlsystem und seinen Folgen bestehende Kritik übte, um schließlich mit benennigen abzurechnen, die aus der neulichen Reichstagsrede unvers Genossen Scheidemann Kapital gegen die Sozialdemokratie zu schlagen suchten. — Ihm erwiderte Abg. Dr. v. Heydebrand, der sich gegen jede Wahlrechtsreform wandte, in der Hauptsache aber nicht über das Wahlrecht sprach, sondern eine Schimpfkanonade gegen die Fortschrittler und gegen die Sozialdemokraten losließ. Zunächst nahm er sich die Fortschrittler vor, denen er ihr Wahlbündnis mit den Sozialdemokraten nicht verzeihen kann. Er machte hierbei die interessante Entdeckung, daß die Fortschrittler zu gleicher Zeit

### Feuilleton.

#### Hafenstürme.

Roman von W. W. Jacobs.

[Nachdruck verboten.]

Herr Schumann wandte seine Aufmerksamkeit einem gebrochene Rohrstuhl zu, der am Ladentisch stand, und setzte sich, nachdem er ohne Rücksicht auf die Gefühle der Dame einige sorgfältige Probeversuche gemacht hatte, mit einem Geuzer der Erleichterung nieder.

„Ich bin von weit her zu Fuß gekommen“, bemerkte er zur Erklärung, „ich könnte Stundenlang hier sitzen.“  
„Aber erlauben Sie mal —“ begann das entrüstete Fräulein Löbel.

„Die Leute würden aber sicherlich unsere Namen zusammen in den Mund nehmen“, fuhr Herr Schumann traurig fort. „Wenn ein hübscher junger Mann und ein hübsches Mädchen —“

„Wünschen Sie etwas zu kaufen, oder nicht?“ fragte Fräulein Löbel, indem sie ihren Kopf ungeduldig in den Nacken warf.

„Nein“, sagte Max darauf, „ich möchte etwas verkaufen.“  
„Dann sind Sie an den unrichtigen Laden gekommen“, erklärte Fräulein Löbel, „das Lager ist gerade genügend voll von Gerümpel.“

Der andre drehte sich in seinem Stuhl um und sah angestrengt nach dem Fenster.

„Das stimmt“, meinte er dann. „Es ist ein wahres Glück, daß ich Ihnen etwas Anständiges bringe, das Sie dazu legen können.“

Er suchte in seinen Taschen, brachte eine silberbeschlagene Rosenholzpeise, eine verbeulte Uhr, ein Messer und ein paar andre Artikel zum Vorschein und legte sie mit ehrsüchtiger Sorgfalt auf den Ladentisch.

„Keinen Wert für uns“, erteilte Fräulein Löbel, die es drängte, den Stuhl zurückzugeben, „wir brennen hier Kohlen.“

„Das wird aber besser brennen als die Kohlen, die Sie kaufen“, gab der Kunde ungerührt zu bedenken.

„Nun, wir können dies nicht gebrauchen“, rief Fräulein Löbel mit erhobener Stimme, „und ich verbitte mir Ihre Unverschämlichkeiten. Stehen Sie von dem Stuhl auf!“

Ihre lauten Worte drangen nach dem kleinen unordentlichen Zimmer hinter dem Laden. Die Tür ging auf und Herr Löbel erschien in Hemdärmeln im Rahmen derselben.

„Was bedeutet der Spektakel?“ fragte er und bläkte mit seinen kleinen, schwarzen Augen von einem zum andern.

„Nur Unverschämlichkeiten“, erwiderte Max. „Gehen Sie nur fort; wir können Sie hier nicht brauchen.“

„Hören Sie, wir brauchen Ihren Anfinn hier nicht“, sprach der Tröbder in scharfem Ton, „das gibts hier nicht. Wer hat den Schund da auf meinen Ladentisch gelegt?“

Er kam rasch nach vorn, nahm die Gegenstände in die Hand und prüfte sie eingehend.

„Drei Mark für alles — bar“, bemerkte er.

„Ist gemacht“, erwiderte der andre.

„Habe ich drei gesagt?“ fragte Herr Löbel ganz betroffen über diese bereitwillige Annahme.

„Sie sagten fünf“, erwiderte Herr Schumann, „aber ich werde drei annehmen, wenn Sie ein liebenswürdiges Lächeln zugeben.“

Herr Löbel gab, sehr gegen seinen Willen, ein schwaches Grinsen zu, öffnete eine Schublade und holte aus derselben drei Markstücke hervor, die er einzeln auf den Ladentisch warf. Fräulein Löbel taute etwas auf, sah von dem Anzug des Besuchers nach dessen Gesicht und bemerkte, daß er angenehme Augen, einen schönen Schnurrbart und im allgemeinen einen Ausdruck der Sorglosigkeit im Gesicht hatte, den das schöne Geschlecht so sehr liebt.

„Vertrinken Sie es nicht“, bemerkte sie nicht unfreundlich.

„Nein“, erwiderte der andre feierlich, „ich will mir ein Rittergut dafür kaufen.“

„Nein, Donnerwetter“, rief Herr Löbel, der ihn näher betrachtet hatte, „Donnerwetter noch einmal, ist das nicht der junge Schumann? Natürlich, natürlich!“

„Ja, ich bin es“, bestätigte der junge Schumann vergnügt, „ich hätte Sie überall erkannt, Löbel, dasselbe alte Gesicht, dieselbe alte Stimme, dieselben alten Hemdärmel.“

„Na, hören Sie mal —“ warf der Tröbder ein, indem er die Arme kürzte und an denselben entlang schielte.

„Ich würde Sie überall erkannt haben“, fuhr der andre betrübt fort, „und dabei habe ich eine brillante Stelle aufgegeben, und komme den ganzen Weg von Australien zurück, um nur einen einzigen Blick von Fräulein Löbel zu bekommen, und sie erkennt mich nicht! Wenn ich sterbe, Löbel, werden Sie das Wort „Calais“ auf meinem Herzen eingraviert finden.“

Herr Löbel meinte: „Ach, was Sie sagen!“ Seine Tochter warf ihren Kopf in den Nacken und ersuchte Herrn Schu-

auch mit den Konservativen angehandelt hätten; jedoch blieb er den Beweis für seine Behauptung schuldig, so daß wir sie auf ihre Richtigkeit hin nicht nachprüfen können. Trotz aller Zurückhaltung ist er sich nicht dazu verstanden, auch nur den Schimmer eines Beweises dafür beizubringen. Gegen die Sozialdemokraten zog er das stärkste Geschloß auf, und ganz besonders wandte er sich gegen die sozialdemokratischen Mitglieder des Hauses, ein Verhalten, das um so mehr zu verwirren ist, als er genau wußte, daß seine Freunde den so schimpflich angegriffenen Mitgliedern die Gelegenheit zur Erwiderung nehmen würden.

Nach Vordrängung sprach noch Abg. Herold (Zentr.) und Abg. Korfanty (Vole) für das Reichstagswahlrecht, während Abg. Frhr. v. Jedlich (freikons.) unter den üblichen Ausfällen gegen die Sozialdemokratie jede Wahlrechtsreform bekämpfte. Nach Neben der Abg. Dr. Pachnietz (Fortfchr.) und Dr. Friedberg (nat.-lib.) wurde dann die Debatte gewaltsam geschlossen.

Die Abstimmung ergab die Ablehnung sämtlicher Anträge. Zunächst wurde der fortschrittliche Hauptantrag auf Hebertragung des Reichstagswahlrechts auf Preußen gegen die Stimmen der Fortschrittler, Sozialdemokraten, Dänen, Polen und des Zentrums abgelehnt. Gleichfalls abgelehnt wurde der Antrag auf Neueinteilung der Wahlkreise. Hierfür stimmten nur Fortschrittler, Nationalliberale und Sozialdemokraten. Für den nationalliberalen Antrag auf Einführung eines Muralwahlrechts, erhoben sich nur die Antragsteller. Auch der fortschrittliche Eventualantrag (Einführung der geheimen und direkten Stimmabgabe) fand keine Mehrheit. Hierüber wurde namentlich abgestimmt. Für den Antrag stimmten 188, dagegen 188 Mitglieder. Die Minderheit setzte sich zusammen aus der gesamten Linken, den Polen, Dänen und dem Zentrum, doch war das Zentrum außergewöhnlich schwach vertreten; es fehlten mindestens 40 seiner Mitglieder, und es unterliegt keinem Zweifel, daß eine planmäßige Abstimmung der Stimmabgabe hat, um ein Votum des Hauses für die direkte und geheime Stimmabgabe zu hintertreiben. Das Zentrum hat hier das selbe heuchlerische Spiel getrieben, wie auch schon früher, namentlich bei der letzten Wahlrechtsvorlage.

## Sächsischer Landtag.

Zweite Kammer.

92. Sitzung vom 20. Mai, vormittags 11 Uhr.

Am Regierungstische: v. Seydewitz.

Als erster Punkt steht auf der Tagesordnung der anderweite Bericht der Finanzdeputation A über den Gesetzentwurf zur Abänderung der Gesetz über die Wohnungsgeldzuschüsse.

Zunächst wird die am Sonnabend wegen Beschlußunfähigkeit des Hauses vertagte Abstimmung über die Verteilung einer vollspurigen Nebenbahn von Radibor nach Rauenitz (Nordostbahn) vorgenommen. Die Vorlage wird nach den Deputationsanträgen angenommen.

Der Gesetzentwurf sieht eine Erhöhung der Wohnungsgelder von durchschnittlich 50 Prozent vor. Die Sache hat bereits am letzten Landtag das Plenum beschäftigt, dem auch ein Antrag Keimling (Soz.) vorlag, der dahin ging, den höheren Beamtenklassen einen etwas geringeren, den unteren aber dafür einen etwas höheren Prozentsatz einzuräumen. Zu einer Entscheidung kam es damals noch nicht, da die Angelegenheit mit 44 gegen 42 Stimmen an die Deputation zurückverwiesen wurde.

Abg. Dr. Schanz (konf.) beantragt namens der Deputationsmehrheit, die auf ihrem früheren Standpunkt geblieben ist, das Gesetz nach der Vorlage anzunehmen. Eine aus den sozialdemokratischen und freisinnigen Mitgliedern bestehende Minderheit beantragt dagegen, dem Tarife folgende Fassung zu geben:

Beamtenklasse	Jahresbetrag des Wohnungsgeldzuschusses für die Dreiklassen:		
	I	II	III
1.	1000 M.	800 M.	600 M.
2.	800 "	600 "	450 "
3.	640 "	480 "	400 "
4.	500 "	420 "	340 "
5.	450 "	360 "	270 "
6.	400 "	300 "	200 "

Vizepräsident Vör (Fortfchr. Sp.) beantragt, die Stadt Zwickau in die erste Dreiklasse zu versetzen.

Präsident Dr. Vogel macht das Haus darauf aufmerksam, daß sich zu diesem Punkte allein schon wieder acht Redner gemeldet haben.

Abg. Brodus (Fortfchr. Sp.) wendet sich gegen einen dieser Tage in konservativen Blättern erschienenen Artikel, der die Fiktion dafür verantwortlich machen wolle, wenn die Verabschiedung des Gesetzes verzögert werde. Dabei seien einige Konservative selbst für die Anträge der äußersten Linken eingetreten. Es müsse dagegen Verwahrung eingelegt werden, daß der Kammer zugemutet werde, einfach die Gesetzwürke so zu schluden, wie sie ihr von der Regierung unterbreitet werden.

Abg. Keimling (Soz.): Wenn die Regierung behauptet, es sei beabsichtigt, sich den Verhältnissen des Reichs und in Preußen zu nähern, so ist dies um so mehr Grund, unsern Antrag anzunehmen. Wir können auch den Grundsatz, daß wir unbedingt dem falschen Beispiele Preußens folgen sollen, durchaus nicht als berechtigt an-

mann, seinen Unsinn bei Leuten vorzubringen, welche so etwas vielleicht möchten.

„Als ich Sie das letztemal sah,“ sprach Herr Vöbel, seine Lippen aufwerfend und in angelegentlichem Nachdenken auf den Labentisch blickend, „als ich Sie das letztemal sah, war es an einem Novembertage, und Sie spazierten mit noch einem jungen Menschen in Anzügen aus Veltusch herum, nach denen ich den ganzen Tag gesucht und das Unterste zu oberst gefehert hatte.“

Max Schumann seufzte. „Das waren glückliche Zeiten, Vöbel.“

„Mögen es für Sie gewesen sein,“ gab der andre zurück und sein Blut wallte ein wenig auf in der Erinnerung an diesen Streich.

„Sind Sie für immer nach Hause gekommen?“ fragte Fräulein Vöbel neugierig. „Haben Sie Ihren Vater gesehen? Er kam vor einer kleinen Weile vorbei.“

„Ich sah ihn,“ erwiderte Max mit einer Kürze, die nicht verfehlte, ihren Eindruck auf den schlauen Herrn Vöbel zu machen. „Ich werde in Wellhafen bleiben — oder auch nicht; es kommt ganz darauf an.“

„Wollen Sie denn nicht nach Hause gehen?“ fragte Herr Vöbel.

„Nein.“  
Der Trödler stand in Gedanken versunken da. Er hatte oben im Hause ein kleines Zimmer zu vermieten, und besand sich nun in einer zweifelhaften Stimmung, die zwischen der Furcht schwankte, seine Miete nicht zu bekommen, und der Freude, die er als ein Mann, der einfache Freuden liebt, darin finden würde, den arroganten Kapitän Schumann um die Schulden seines Sohnes zu mahnen. Bevor er aber zu einer Entscheidung kommen konnte, wurden seine Erwägungen durch den Eintritt einer dicken, blondhaarigen Frau unterbrochen, die aus dem hinteren Wohnzimmer kam. Diese Dame hatte vor dreißig Jahren Vöbels Strupeln gegen die Ehe besetzt und seitdem immer ein wachsam Auge auf ihn gehabt.

(Fortsetzung folgt.)

erkennen. Die allgemeine Erhöhung der Lebensmittelpreise trifft die unteren Beamten in ungleich schärferer Weise, als die höheren Beamten. Wir haben schließlich unsern Antrag zurückgezogen und uns auf den Antrag Brodus (Minderheitsantrag) geeinigt. Danach wird für die sechste Beamtenklasse eine Erhöhung des Wohnungsgeldzuschusses nicht um 75 Prozent, sondern nur um 60 Prozent gefordert. Was bedeutet die Regierungsvorlage in der dritten Dreiklasse: eine Erhöhung des Wohnungsgeldzuschusses um jährlich 60 Mark! Also wünschlich eine Erhöhung um circa 1 Mark. Das kann in allerwegen kein Ausgleich für die allgemeine Verteuerung der Lebensmittelpreise genannt werden. Die Mehrheit der Kammer werde, falls sie den Minderheitsantrag ablehne, die Konsequenzen zu tragen haben.

Abg. Nischke (nat.-lib.) erklärt namens seiner politischen Freunde, daß sie für die Vorlage stimmen wollen.

Abg. Brodus (Fortfchr. Sp.): Wir wollen die Regierungsvorlage nicht geschehen, sondern verbessern.  
Finanzminister v. Seydewitz: Die Regierung kann sich nicht dazu verstehen, daß die höheren und mittleren Beamten eine verhältnismäßig geringere Aufbesserung erfahren als die unteren Beamten.

Nach weiteren Ausführungen wird zur Abstimmung geschritten. Der Minderheitsantrag wird gegen die freisinnigen und sozialdemokratischen Stimmen abgelehnt, desgleichen der Antrag Vör auf Vorsehung der Stadt Zwickau in die erste Dreiklasse, und hierauf der ganze Gesetzentwurf unverändert angenommen, nachdem vorher die Sozialdemokraten gegen den von der Regierung aufgestellten Tarif gestimmt hatten.

Die Kammer verabschiedet sodann in Schlussberatung den Entwurf eines Gewährleistungsgesetzes für die Talsperren im Gebiete der Zwickauer Mulde und erklärte die Petition des Talsperrenausschusses und des Muldenvereins in Wolfshagen um Uebernahme der Staatsgarantie für die zur Erbauung von Talsperren aufzunehmende Anleihe und Bewilligung eines Vorzuschusses für erledigt. Es folgen zahlreiche Eisenbahnangelegenheiten.

Eine längere Debatte ruft die Vorlage auf Umbau des Bahnhofs Glauchau hervor. Die Finanzdeputation B beantragt, die endgültige Beschlußfassung über diesen Punkt anzusetzen, da die Regierung im Herbst einen neuen Plan vorlegen will, jedoch 400 000 Mark als erste Rate zu bewilligen, die durch die erforderlichen Vorarbeiten erforderlich sind.

Schließlich wird der Deputationsantrag einstimmig angenommen.

Weiter wird beschlossen, hinsichtlich der Petition des Gemeinderats zu Vorkau wegen Errichtung einer Gaststube an der Linie Chemnitz—Aue—Abatz, dem Beschlusse der Ersten Kammer beizutreten und die Petition auf sich beruhen zu lassen, desgleichen auf dem über die Petition des Komitees für Erbauung einer normalspurigen Eisenbahn von Großhartmannsdorf nach Vorkau—Vengelsdorf um Erbauung dieser Bahn gefaßten Beschlusse stehen zu bleiben.

Das Abrufen der Eisenbahnzüge.

Hierzu wird von der Kammer beschlossen, ihren in der Sitzung vom 23. April 1912 gefaßten Beschlusse, soweit er von dem Beschlusse der Ersten Kammer abweicht, fallen zu lassen und in Uebereinstimmung mit der Ersten Kammer die Staatsregierung zu ersuchen: 1. das Abrufen oder Abläuten der Züge auf denjenigen Bahnhöfen und Haltestellen wieder einzuführen, wo Zugtrennungen stattfinden oder andere Bahnen einmünden, wo Untertunnelungen für den Personenverkehr sich befinden, oder wo die Warterräume mit Schenkwirtschaftsbetrieb verbunden sind; 2. zu erwägen, ob auf den unter 1. bemerkten Bahnhöfen und Haltestellen an Stelle des Abrufens durch Eisenbahnbeamte mechanische Einrichtungen eingeführt werden können, die das Abrufen erleichtern; 3. das zu fordern, daß auf den Bahnhöfen richtig gehende, gut sichtbare Uhren, innerhalb und außerhalb der Warterräume vorhanden sind.

Es wird darauf eine Reihe Straßenbahnwünsche rein lokaler Natur erledigt.

Darauf folgte eine Anzahl Beamten-Petitionen.

Abg. Anders (nat.-lib.) beantragt namens der Finanzdeputation A, die Petitionen der Hüftenamtmänner, Vermessungsdirektoren, Obervermessungsinspektoren und Vermessungsamtmänner, sowie des Vorstands des Stenographischen Landesamts um Erhöhung ihrer Bezüge begn. Einrichtung in höhere Befoldungsgruppen in dem Sinne der Staatsregierung zur Kenntnisnahme zu überweisen, daß in den nächsten Etat Mittel zur Erfüllung der Wünsche der Petenten eingestellt werden. — Ohne Debatte wird demgemäß beschlossen.

Von den Expediten des sächsischen Staatsdiensts, unteren Justizbeamten, Zivilanwärtin, Militärkanwärtin usw. liegen ebenfalls verschiedene Petitionen um Verbesserung ihrer Lage vor. Die Petitionen werden nach den Anträgen der Deputation zum Teil der Staatsregierung zur Kenntnisnahme überwießen, teils werden sie durch einige Beschlüsse der Stände für erledigt erklärt, teils bleiben sie aber auch auf sich beruhen.

Der Gesetzentwurf über die Gewährung einer außerordentlichen Aufwands-Erleichterung an die Mitglieder der Ständeversammlung veranlaßt den

Abg. Günther (Fortfchr. Sp.), sich gegen die Bemerkung in der Begründung des Dekrets zu wenden, daß die Diäten von 3000 Mark nicht für das Jahr, sondern für die Dauer des ordentlichen Landtags bezahlt werden, ohne Rücksicht darauf, ob eine Vertagung stattfindet oder nicht. Anscheinend solle das ein Mittel sein, eine Vertagung der Landtagsverhandlungen herbeizuführen. Die Verhältnisse hätten sich aber stärker als der Wille der Regierung erwiesen.

Der Gesetzentwurf wird sodann in sofortiger Schlussberatung unverändert nach der Vorlage angenommen.

Hierauf wird das Abgesetz in Schlussberatung genommen. Die Deputation beantragt, den ganzen Gesetzentwurf nach der Vorlage (mit einigen geringfügigen Änderungen) anzunehmen und die hierzu vorliegenden Petitionen teils für erledigt zu erklären, teils auf sich beruhen zu lassen.

Nach unwesentlicher Debatte wird der Gesetzentwurf mit den Anträgen der Deputation gegen die Stimmen der Konservativen Abgg. Trüber und Barth angenommen.

Den letzten Punkt der Tagesordnung bildet die zweite Lesung des Gemeindesteuergesetzes.

Abg. Dr. Böhm (konf.) verweist auf den gedruckt vorliegenden Bericht der Gesetzgebungsdeputation und gibt dazu einige Erläuterungen.

Mitberichterstatler Abg. Lange (Soz.) greift diejenigen Punkte heraus, bei denen eine starke Minderheit einer geringen Mehrheit gegenüberstand und weist darauf hin, daß jetzt Gehälter und Löhne bis auf den letzten Pfennig zur Steuer herangezogen werden, während große Vermögen der Besteuerung entgehen. Die Gewerbesteuer hat im allgemeinen ablehnende Behandlung erfahren, hierüber war sich die Deputation ziemlich einig. Kechnlich erging es der Sondergewerbesteuer. Die Umsatzsteuer, die auf des Messers Schneide hand und vielleicht auch heute noch steht, ist eine steuerliche Ungeheuerlichkeit. Zwei Prozent des Umsatzes anzunehmen, das heißt 20 Prozent des Gewinns. Das ist keine Steuer mehr, das ist eine Konfiskation! Die Steuer richtet sich auch nicht gegen die Warenhäuser, sondern gegen die Konsumvereine, von denen es in Sachsen 20 gibt. Die Warenhäuser bringen an Umsatzsteuer auch nur 7000 Mark auf, die Konsumvereine dagegen aber 57 000 Mark. Das ist eine Steuer gegen die Genossenschaften, aber keine Steuer gegen die Großbetriebe an sich. Durch Reichsgesetz ist es den Gemeinden verboten, eine Steuer auf Lebensmittel zu erheben, und hier will man durch Landesgesetz gleichsam durch eine Hintertür diese Steuer wieder einführen. Auf jedem Pfund Salz liegt bereits eine Reichsteuer von 6 Pfg., und dieses also schon bezuener Salz soll nochmals durch eine Umsatzsteuer von 2 Prozent getroffen werden. Das ist eine Vertsteuerung der Reichsteuern! Das ist eine

Ungeheuerlichkeit, deren Ausnahme in das Gesetz nicht verantwortet werden kann. Deshalb hat sich auch zunächst dieser Mehrheit in der Deputation gefunden, die für die Ablehnung dieser Steuer eintritt.

Abg. Bauer (nat.-lib.) bedauert, daß die bessere Hand an das Gesetz nicht noch weiter angelegt worden ist.

In der Debatte werden eine Reihe Wünsche von den Vertretern der verschiedenen Parteien geäußert.

Abg. Nischke (Soz.): Dem Entwurf hatten noch verschiedene Mängel an, so daß noch eine ganze Menge Wünsche vorhanden sind. Da ist vor allem zu erwähnen, daß man die Erhebung einer Grundsteuer nicht generell nach dem gemeinen Werte vorschreibt. Verschiedener Meinung kann man auch sein, ob die Reduzierung der Besitzwechselabgabe bei Zwangsversteigerungen und Erbschaften auf die Hälfte des Steuerfußes zweckmäßig ist. Wir halten es auch nicht für gerechtfertigt, daß Pensionen und Wartegelder nur zu vier Fünfteln zur Besteuerung herangezogen werden sollen. Diese Vergünstigung kann man allenfalls noch für die kleinen Pensionen gelten lassen, bei den höheren ist sie aber ungerechtfertigt. Deshalb beantragen wir, den § 27a derart zu fassen, daß das Einkommen aus Wartegeld oder Pension, wenn es nicht mehr als 1400 Mark beträgt, nur zu vier Fünfteln zur Besteuerung heranzuziehen ist, und daß diese Vergünstigung ganz wegfällt, wenn der Besteuernde aus sonstigen Bezügen noch ein Einkommen von mehr als 800 Mark hat. In der Deputation haben wir mit diesem Antrage zwar keinen Erfolg gehabt, hoffen aber, damit im Plenum mehr Erfolg zu haben. Die Anwendung des Staatseinkommensteuertarifs für die Gemeinde-Einkommensteuer bei Einkommen bis zu 5800 Mark in doppelter und 2½facher Höhe gereicht den höheren Einkommen zum Vorteil. Deshalb beantragen wir, Absatz 1 und 2 vom § 33d zu streichen. Bei der Annahme dieses Antrages besitzende Sie eine der ungerechtesten Bestimmungen des Gesetzes, die zur Steuererhöhung der kleinen Einkommen in den kleinen Gemeinden führen muß. Im Entwurf ist weiter gesagt, daß indirekte Steuern von den Gemeinden nur mit Genehmigung des Ministeriums eingeführt werden dürfen. Uns genügt das aber nicht, deshalb stellen wir den Antrag, dem § 7 den Absatz anzufügen, daß Nahrungsmittel, Bier und Brennmaterialien nicht besteuert werden dürfen.

Zum Schluß wendet sich Redner gegen den heutigen Versuch der Abg. Wittig, die Umsatzsteuer, die als ungerechteste, rohste Steuer bezeichnet worden ist, wieder in das Gesetz hineinzubringen. Eine besonders traffe Ungerechtheit ist es aber, die Konsumvereine unter die Umsatzsteuer zu stellen. Die Umsatzsteuer nach Chemnitzer Muster ist für uns nicht diskutabel und geht uns besonders zu hoch. Wir würden vielleicht mit uns reden lassen, wenn ein Steuerfuß von 5 Prozent in Betracht käme. Die Umsatzsteuer auf die Konsumvereine auszudehnen, ist eine um so größere Ungerechtheit, als diese schon jetzt mehr als 10 Prozent ihres Umsatzes als Einkommensteuer abführen und damit viel mehr leisten als die Privatgeschäfte. Die letzteren dürfen den Abzug vom steuerpflichtigen Einkommen abziehen, während man den Konsumvereinen den Abzug der Dividende nach einer sehr anfechtbaren Entscheidung der Verwaltungsgerichte nicht gestattet. Da nicht zu übersehen ist, wie sich die Deputationsmehrheit zu der Anregung des Abg. Wittig stellt, beantragen wir: Für den Fall der Annahme des § 57 diesem folgenden Passus anzufügen:

Von Konsumvereinen und ähnlichen wirtschaftlichen Organisationen darf eine Umsatzsteuer nicht erhoben werden.

Abg. Dr. Speck (konf.) behauptet, die Bestimmung, den Gemeinden die Erhebung einer Umsatzsteuer zu verbieten, sei ein Eingriff in die Gemeindeautonomie. Deshalb stelle die Minderheit der Deputation den Antrag, § 50, Absatz 2 in der Fassung des Entwurfs anzunehmen.

Abg. Günther (Fortfchr. Sp.) wendet sich gegen eine Erhebung der Grundsteuer nach dem gemeinen Werte, weil diese eine Erhöhung der Mietpreise zur Folge haben müßte.  
Abg. Nischke (nat.-lib.) ist für Einführung einer landbesitzlichen Umsatzsteuer, wenn man sich auch nicht gerade auf 10 Prozent verweisen brauche.  
Abg. Schönsfeld (konf.) bekämpft die Bestimmung, daß die Sparkassenbeschlüsse nicht mehr wie bisher verwendet werden dürfen, weil nach seiner Meinung dann die Erfüllung der Gemeindeaufgaben erschwert werde.

Weiter sprechen die Abgg. Dr. Böhm (konf.), Heymann (konf.) und Wiener (Ref.), von denen namentlich der letztere eifrig die Umsatzsteuer verteidigt.

Sekretär Reihner (Soz.) sagt, darauf verzichten zu wollen, sich mit dem Abg. Wiener über die Bedeutung der Warenhäuser zu unterhalten; das hieße Wasser in die Elbe tragen. Wer in den Warenhäusern kauft, das seien gerade die Mittelstandskreise. Redner polemisiert dann gegen den Abg. Günther in Sachen der Grundsteuer. Wenn Hausbesitzer sich so sehr um die Interessen der Mieter sorgen, so ist das sehr verdächtig, und wenn sich Herr Günther in trauer Gesellschaft mit Herrn Wiener befindet, so er scheint das sehr fraglich, ob das ein gutes Zeichen für Herrn Günther ist. Die vorliegenden Petitionen gegen die Umsatzsteuer werden bei eingehender Prüfung der Deputation sehr wertvolles Material liefern. Es ist doch sehr bezeichnend, daß sich die sächsischen Handelskammern und der Verband sächsischer Industriellen, auf deren Urteile man doch sonst großes Gewicht legt und die ganz außerhalb der Konsumvereinebewegung stehen, ganz energisch gegen die Umsatzsteuer aussprechen.

Redner wendet sich dann gegen die Abgg. Nischke und Wiener und weist darauf hin, daß die Stadtverwaltung von Bernstadt beschlossen hat, von den Steuererträgen aus der Umsatzsteuer, die der dortige Arbeiter-Konsumverein ausbringt, einen Pensionsfonds für die städtischen Beamten zu bilden. Er erlucht, an den Deputationsbeschlüssen in Sachen der Umsatzsteuer festzuhalten.

Nach einer längeren Geschäftsordnungsdebatte wird das ganze Gesetz einer Zwischendeputation überwießen.

Die Anträge Nischke (Soz.) werden sämtlich abgelehnt. Dafür treten zum Teil nur noch die Freisinnigen ein. Der Antrag Speck wird ebenfalls abgelehnt; damit erledigt sich der Eventualantrag Nischke.

Schluß der Sitzung 9½ Uhr.

Nächste Sitzung: Dienstag vormittags 11 Uhr. Tagesordnung: Ergänzungsetat und eine Anzahl Gesetzwürke.

## Fünfter Verbandstag der Steinarbeiter.

in München, 18. Mai.

Fünfter Verhandlungstag.  
Zur Beratung steht der Punkt Agitation, wozu das Vorstandmitglied Walter Leipzig das einleitende Referat hielt. Zu diesem Punkte liegen eine Reihe Anträge vor, die die Anstellung von Gau- und Bezirksleitern für verschiedene Bezirke verlangen. Walter ging auf diese Anträge näher ein und präzisierete die Stellung des Vorstandes hierzu, der gegen weitere Anstellungen von Gauleitern sei. Die Debatte drehte sich in der Hauptsache um die Anstellung von neuen Beamten. Gewünscht wurde auch, daß eine stärkere Agitation unter den westdeutschen Plastersteinarbeitern und unter den italienischen Arbeitern im Ruhrkohlenlandesteingebiet entfaltet wird. Auf heftigen Widerspruch stieß ein Antrag Nordlingen, daß die besoldeten Gauleiter bei anderen Korporationen kein Amt bekleiden dürfen, da sonst der Zweck, zu dem sie gewählt wurden, nicht erfüllt werde. Der Antrag wurde schließlich zurückgezogen. Die Anstellung eines Gauleiters für Schleien wurde mit 62 gegen 7 Stimmen beschlossen. Ein Antrag, einen Bezirksleiter für das Fichtelgebirge anzustellen, wurde dem Vorstand überwießen. Ebenso die Anträge, die mehr Agitation bei einzelnen Branchen wünschen.

Ueber die Aufnahme von Statistiken verbreitete sich dann Siebold Leipzig, der um bessere Unterstützung bei statistischen Erhebungen durch die Zirkale hat. Er begründete ferner einen Vorstandsantrag, die persönlichen Statistikkarten abzuschaffen. Diesem Vorschlag stimmte der Verbandstag zu, es soll dafür periodenweise eine allgemeine Berufsstatistik aufgenommen werden.

Der Vorstand hat beschlossen, die Statistikkarten abzuschaffen. Diesem Vorschlag stimmte der Verbandstag zu, es soll dafür periodenweise eine allgemeine Berufsstatistik aufgenommen werden.

Der Vorstand hat beschlossen, die Statistikkarten abzuschaffen. Diesem Vorschlag stimmte der Verbandstag zu, es soll dafür periodenweise eine allgemeine Berufsstatistik aufgenommen werden.

Der Vorstand hat beschlossen, die Statistikkarten abzuschaffen. Diesem Vorschlag stimmte der Verbandstag zu, es soll dafür periodenweise eine allgemeine Berufsstatistik aufgenommen werden.

Der Vorstand hat beschlossen, die Statistikkarten abzuschaffen. Diesem Vorschlag stimmte der Verbandstag zu, es soll dafür periodenweise eine allgemeine Berufsstatistik aufgenommen werden.

Der Vorstand hat beschlossen, die Statistikkarten abzuschaffen. Diesem Vorschlag stimmte der Verbandstag zu, es soll dafür periodenweise eine allgemeine Berufsstatistik aufgenommen werden.

Der Vorstand hat beschlossen, die Statistikkarten abzuschaffen. Diesem Vorschlag stimmte der Verbandstag zu, es soll dafür periodenweise eine allgemeine Berufsstatistik aufgenommen werden.

Der Vorstand hat beschlossen, die Statistikkarten abzuschaffen. Diesem Vorschlag stimmte der Verbandstag zu, es soll dafür periodenweise eine allgemeine Berufsstatistik aufgenommen werden.

Der Vorstand hat beschlossen, die Statistikkarten abzuschaffen. Diesem Vorschlag stimmte der Verbandstag zu, es soll dafür periodenweise eine allgemeine Berufsstatistik aufgenommen werden.

Der Vorstand hat beschlossen, die Statistikkarten abzuschaffen. Diesem Vorschlag stimmte der Verbandstag zu, es soll dafür periodenweise eine allgemeine Berufsstatistik aufgenommen werden.

Der Vorstand hat beschlossen, die Statistikkarten abzuschaffen. Diesem Vorschlag stimmte der Verbandstag zu, es soll dafür periodenweise eine allgemeine Berufsstatistik aufgenommen werden.

Der Vorstand hat beschlossen, die Statistikkarten abzuschaffen. Diesem Vorschlag stimmte der Verbandstag zu, es soll dafür periodenweise eine allgemeine Berufsstatistik aufgenommen werden.

Der Vorstand hat beschlossen, die Statistikkarten abzuschaffen. Diesem Vorschlag stimmte der Verbandstag zu, es soll dafür periodenweise eine allgemeine Berufsstatistik aufgenommen werden.

Der Vorstand hat beschlossen, die Statistikkarten abzuschaffen. Diesem Vorschlag stimmte der Verbandstag zu, es soll dafür periodenweise eine allgemeine Berufsstatistik aufgenommen werden.

Der Vorstand hat beschlossen, die Statistikkarten abzuschaffen. Diesem Vorschlag stimmte der Verbandstag zu, es soll dafür periodenweise eine allgemeine Berufsstatistik aufgenommen werden.

Der Vorstand hat beschlossen, die Statistikkarten abzuschaffen. Diesem Vorschlag stimmte der Verbandstag zu, es soll dafür periodenweise eine allgemeine Berufsstatistik aufgenommen werden.

Der Vorstand hat beschlossen, die Statistikkarten abzuschaffen. Diesem Vorschlag stimmte der Verbandstag zu, es soll dafür periodenweise eine allgemeine Berufsstatistik aufgenommen werden.

Der Vorstand hat beschlossen, die Statistikkarten abzuschaffen. Diesem Vorschlag stimmte der Verbandstag zu, es soll dafür periodenweise eine allgemeine Berufsstatistik aufgenommen werden.

Der Vorstand hat beschlossen, die Statistikkarten abzuschaffen. Diesem Vorschlag stimmte der Verbandstag zu, es soll dafür periodenweise eine allgemeine Berufsstatistik aufgenommen werden.

Der Vorstand hat beschlossen, die Statistikkarten abzuschaffen. Diesem Vorschlag stimmte der Verbandstag zu, es soll dafür periodenweise eine allgemeine Berufsstatistik aufgenommen werden.

Der Vorstand hat beschlossen, die Statistikkarten abzuschaffen. Diesem Vorschlag stimmte der Verbandstag zu, es soll dafür periodenweise eine allgemeine Berufsstatistik aufgenommen werden.

Zu dem Punkt **Wahlrecht** liegt ein Antrag des Vorstandes vor, für das Hauptbureau zwei Hilfskräfte anzustellen. Die Wahlkommission schlägt vor, nicht Hilfskräfte, sondern zwei neue Sekretäre einzustellen, die aber kein Stimmrecht im Vorstand haben und in die Gehaltsklasse der Gauleiter kommen sollen. Die Kommission hat auch zur Gehaltsfrage Stellung genommen. Der Vorstand hat beantragt, die Gehälter der Verbandsangestellten auf Grund der Stala des Stuttgarter Gewerkschafts-Kongresses zu regeln. Die Kommission hat diesem Vorschlag nicht zugestimmt, er geht ihr zu weit; sie glaubt, daß dann eine Beitragserhöhung nötig sei. Die Stuttgarter Stala sieht ein Höchstgehalt von 3000 Mark vor; die Kommission empfiehlt für die angestellten Vorstandsmitglieder ein Höchstgehalt von 2800 Mark. Das bisherige Höchstgehalt, das sämtliche Angestellte des Hauptbureaus seit 3 Jahren erreicht haben, beträgt 2400 Mark. Dies Gehalt soll nun ab 1. Juli um 150 Mark und dann jedes weitere Jahr um 50 Mark erhöht werden.

Die Gehaltsfrage rief sehr lange Erörterungen hervor. Die Stuttgarter Delegation, die doch schon vor 10 Jahren festgelegt wurden, gehen den Delegierten zu weit. Der Vertreter der General-Kommission, Knoll-Verlin, trat warm für den Antrag des Vorstandes ein, und das Vorstandsmitglied Siebold wies nach, daß die Angestellten des Steinarbeiterverbandes zu den am schlechtesten bezahlten Gewerkschaftsbeamten gehören.

Eine Reihe von Anträgen wurden entsprechend den Beschlüssen der Kommission abgelehnt. Die Anträge 152 bis 162, die sich auf die **Verrechnungssfrage**, **Grenzkreittigkeiten** mit dem Fabrikarbeiterverband beziehen, die die Bekämpfung des Alkoholismus betreffen usw., wurden dem Hauptvorstand überwiesen. Der Verbandstag trat den Beschlüssen der Kommission in Bezug auf die Gehaltserhöhung der besoldeten Vorstandsmitglieder und Gauleiter (diese eine jährliche Zulage von 50 Mark bis zum Höchstgehalt von 2800 Mark) bei. — Angenommen wurde ferner der Antrag, wonach Mitglieder des Verbandsauschusses kein Amt in der Sozialverwaltung bekleiden dürfen. — Abgelehnt wurde der Antrag Hamburg, wonach der Verbandsvorstand durch Wahlbestimmung zu wählen ist. — Beschlossen wurde, im Hauptbureau zwei Mitglieder als Sekretäre anzustellen. — Der bisherige Hauptvorstand wurde in seiner Gesamtheit wiedergewählt; ebenso Staubinger zum Redakteur. — Der Sitz des Verbandsauschusses bleibt wie bisher in Dresden; als dessen Vorsitzender wurde Eisner-Dresden wiedergewählt. Die Statutenänderungen treten am 1. Januar 1918 in Kraft. Damit waren die Verhandlungen der Generalversammlung beendet; die Generalversammlung wurde mit einem begeisterten Hoch auf den Steinarbeiterverband geschlossen. Die Delegierten stimmten die erste Strophe der Arbeitermarzialhymne an.

## Gewerkschaftsbewegung.

### Die Arbeitsvermittlung in der Leipziger Holzindustrie.

Aus dem Bureau des Holzarbeiterverbandes wird uns geschrieben: Die Arbeitsvermittlung in der Leipziger Holzindustrie war in den letzten Monaten Gegenstand lebhafter Erörterungen zwischen dem Holzarbeiterverband und dem Arbeitgeber-Schutzverband. Nach dem im Jahre 1910 abgeschlossenen Tarifverträge waren die Arbeitsnachweise beider Organisationen anerkannt; es sollte der von den Arbeitern geforderte paritätische Arbeitsnachweis in Kraft treten, wenn die beiderseitigen Zentralvorstände eine Einigung über das Regulativ herbeigeführt haben. Zu dem jetzigen Konflikt gab Anlaß die im Schutzverband geübte Art der Arbeitsvermittlung und Arbeitereinstellung. Fälle, die der Maßregelung arbeitsloser Arbeiter gleichkamen, wurden Gegenstand von Verhandlungen in der Schlichtungskommission, und trotz des ausgesprochenen Bedauerns der Unternehmer über diese Fälle wurde eine Änderung der angewandten Geschäftsordnung abgelehnt.

Im November vorigen Jahres beschäftigten sich nun die Holzarbeiter in sieben Bezirksversammlungen mit diesen Zuständen; es wurde ein für die Verbandsmitglieder geltendes Nachweisregulativ beschlossen, das außerdem noch eine scharfe Kontrolle über die Arbeitereinstellungen in den Betrieben vorsah. Die Verbandsleitung wurde weiter beauftragt, mit dem Schutzverband zu verhandeln und die Forderung auf Einführung des paritätischen Arbeitsnachweises zu stellen. In einer umfangreichen Eingabe wurde die Forderung der Holzarbeiter begründet und darauf hingewiesen, daß durch die Vermittlung der Zentralvorstände bei der Begründung von paritätischen Arbeitsnachweisen in Berlin, Bremen, Hannover, Hamburg usw. nunmehr auch die Bestimmung des Vertrages zu erfüllen sei. Auf diese Eingabe erfolgte am 14. Januar eine völlig ausweichende und nichtssagende Antwort des Schutzverbandes, worin dieser es fertigbrachte, die Arbeiter für die Mißstände in der Arbeitsvermittlung verantwortlich zu machen.

Gegen diesen Vorwurf wurde von den Holzarbeitern auf das entschiedenste protestiert und am 14. März beschlossen, dem Schutzverband mitzuteilen, innerhalb 14 Tage eine Sitzung zu veranlassen; im Ablehnungsfalle sollte die Arbeitsvermittlung des Schutzverbandes als vertragswidrig bezeichnet und gegen den Arbeitsnachweis entsprechend vorgegangen werden. Daraufhin erklärte sich der Schutzverband bereit, in Kommissionsverhandlungen einzutreten, die dann vier Sitzungen in Anspruch nahmen.

Ueber das Ergebnis der Verhandlungen berichtete der Bevollmächtigte Gerike am vorigen Dienstag in einer stark besuchten Versammlung der Holzarbeiter. Er führte aus, daß die Verhandlungen sich äußerst schwierig gestaltet hätten, da die Unternehmer jede Diskussion über den paritätischen Arbeitsnachweis zunächst ablehnten und die von den Arbeitern geforderte Auslegung des Vertrages auf lebhaften Widerspruch stieß. Die Unternehmer zeigten nur Geneigtheit, einzelne Beschwerden zu prüfen und entsprechende Abhilfe zu schaffen. Sie begründeten ihre Haltung mit dem Hinweis auf die Stellungnahme ihrer Mitglieder zur Frage des paritätischen Arbeitsnachweises. Diese hätten sich in einer Versammlung einstimmig dagegen ausgesprochen. Von den Vertretern der Arbeiter wurden die „Gründe“ der Unternehmer eingehend kritisiert und als ein Ausfluß des bekannten Herrenstandpunktes der Unternehmer gekennzeichnet. Es war recht bezeichnend, daß die Kommissionsmitglieder der Unternehmer den Ausführungen der Arbeitervertreter über die Zweckmäßigkeit und Notwendigkeit einer einheitlichen Arbeitsvermittlung durchgängig zustimmten, aber die Einführung zurzeit ablehnten. Schließlich wurde in der Frage des paritätischen Arbeitsnachweises folgende Erklärung von den Parteien angenommen:

„Die beiderseitigen Parteien werden bei den Verhandlungen und bei dem Abschluß eines neuen Vertragsverhältnisses die Zentralvorstände veranlassen, eine Vorlage für die Durchführung des paritätischen Arbeitsnachweises den Parteien zu unterbreiten.“

Für die Vermittlung während der gegenwärtigen Vertragsdauer sollen in den bestehenden Nachweisen der beiderseitigen Organisationen vom 15. Mai ab folgende Bestimmungen gelten:

1. Die Nachweise vermitteln Arbeiter für die Betriebe der Holzindustrie in Leipzig und Umgebung, soweit dieselben den zwischen dem Arbeitgeber-Schutzverband für das deutsche Holzgewerbe und dem Deutschen Holzarbeiterverband abgeschlossenen Tarifvertrag anerkennen und einhalten.

2. Die Arbeitgeber des Vertragsgebietes für die Leipziger Holzindustrie sind verpflichtet, alle offenen Stellen an den Arbeitsnachweis zu melden.

3. Alle beschäftigungslosen Holzarbeiter haben sich auf dem Nachweis als Arbeitslose persönlich eintragen zu lassen und sich täglich während der Vermittlungszeit zur Kontrolle zu melden. Jeder Arbeitslose erhält nach der Meldung eine Kontrollkarte. Arbeitsuchende, die sich drei Tage hintereinander nicht mehr im Nachweis gemeldet haben, müssen sich von neuem einschreiben lassen.

4. Die Arbeitsvermittlung erfolgt für den Arbeitgeber-Schutzverband, Büchelstraße Nr. 5; im Sommerhalbjahr vormittags 9 und 11 Uhr, im Winterhalbjahr vormittags 9 und 11 Uhr; für den Holzarbeiterverband, Zeiger Straße Nr. 32 (Volkshaus): vormittags 9 und 10 Uhr.

Alle freien Stellen sind bekanntzugeben, und erfolgt die Arbeitsausgabe nur in dieser Zeit.

5. Der Arbeitsvermittler ist gehalten, die Stellen bestmöglichst mit geeigneten Kräften zu besetzen. Die Vermittlung geschieht in der Reihenfolge, wie sich die Arbeitslosen gemeldet haben, jedoch sind die besonderen Ansprüche der Arbeitgeber und Arbeiter zu berücksichtigen, soweit dadurch früher eingetragene Arbeitslose nicht übergangen werden.

6. Können offene Stellen durch den Nachweis innerhalb zweier Wochen Vermittlungsfrist nicht besetzt werden, so steht es den Arbeitgebern frei, sich anderweitig Leute zu besorgen. Die dann anders als durch den Nachweis eingestellten Leute müssen sich mit einer Bescheinigung des Arbeitgebers vor Aufnahme der Arbeit eine Vermittlungskarte vom Arbeitsnachweis beschaffen.

Dasselbe gilt, wenn der Arbeitsuchende vorher im Nachweis eingeschrieben und die Stelle gemeldet war.

Die vom Nachweis vermittelten Arbeiter haben sich sofort nach Annahme der Vermittlungskarte nach der zugewiesenen Arbeitsstelle zu begeben.

7. Wenn ein vom Nachweis vermittelter Arbeiter die nachgewiesene Stelle annimmt, diese aber, ohne dem Arbeitgeber oder Arbeitsnachweis Mitteilung zu machen, nicht antritt, wird er drei Tage in der Vermittlung zurückgestellt. Im Wiederholungsfalle muß er sich von neuem einschreiben lassen.

8. Wer durch den Nachweis in ein Arbeitsverhältnis vermittelt wird, welches in den ersten sechs Tagen aus berechtigten Gründen wieder gelöst wird, kommt in der Nachweisliste nicht an die letzte Stelle, sondern wird um soviel Stellen zurückgeschoben, als neue während seiner Arbeitsdauer eingetragen wurden, jedoch ist dies nur zweimal hintereinander zulässig.

9. Diejenigen Arbeiter, welche zu einer Ausnahme von weniger als zwei Wochen vermittelt werden, verbleiben auf ihrem Plage in der Nachweisliste.

10. Arbeiter, welche ihr Arbeitsverhältnis wegen Krankheit, militärischen Leistungen oder kurzem Aussehen unterbrechen mühten und in dieser Zeit nicht anderweitig beschäftigt waren, können ohne weiteres durch Vermittlung des Nachweises in ihre Stellen wieder eintreten.

Bezüglich der Einstellung von nächsten Verwandten des Arbeitgebers soll eine entsprechende Mitteilung an den Nachweis ausbreifend sein.

11. Erkrankt ein Arbeitsloser, der bereits eine Woche und länger arbeitslos ist, so behält er seine Vermittlungsnummer bis zur Dauer eines Vierteljahres.

12. Die Tätigkeit von Personen innerhalb der beiderseitigen Organisationen darf in der Arbeitsvermittlung nicht Anlaß zu gegenseitigen Mahnungen bilden.

13. Beschwerden über die Geschäftsführung im Arbeitsnachweis sind an die Obmänner der Schlichtungskommission zu richten.

Leipzig, den 20. April 1912.  
Arbeitgeber-Schutzverband für das deutsche Holzgewerbe,  
Bezirksverband Leipzig,  
H. Thurner.  
Deutscher Holzarbeiterverband, Zahlstelle Leipzig,  
W. Gerike.

Dieser Abschluß bedeutet einen guten Erfolg des Holzarbeiterverbandes. Ist damit auch zurzeit der einheitliche paritätische Arbeitsnachweis nicht erreicht worden, so wird doch die Vermittlung nach den Regeln dieser Nachweise anerkannt, und die Einstellung der Arbeitskräfte soll nur durch diese Arbeitsnachweise erfolgen.

In der Diskussion wurde dieser Fortschritt allgemein anerkannt, aber es kam auch zum Ausdruck, daß man, ehe nicht der paritätische Arbeitsnachweis unter Mitverwaltung der Arbeiter durchgeführt sei, dem Unternehmernachweis mißtrauisch gegenüberstehen müsse. Es würde nach wie vor versucht werden, unter Umgehung der Vereinbarungen den besonderen Wünschen einzelner Unternehmer Rechnung zu tragen. Gerike äußerte sich dazu und bemerkte, daß die Arbeitervertreter schon in der Kommission diese Meinung ausgesprochen hätten; durch die anerkannten Vereinbarungen sei aber doch ein anderer Boden geschaffen, und es möglich geworden, ihnen mit Hilfe der Vertragsinstanzen Geltung zu verschaffen. Die Versammlung stimmte dann einstimmig folgendem Antrage der Verwaltung zu:

„Die am 14. Mai 1912 tagende, stark besuchte Versammlung der Zahlstelle Leipzig des Deutschen Holzarbeiterverbandes stimmt den Vereinbarungen mit dem Arbeitgeber-Schutzverband über die Arbeitsvermittlung zu und verpflichtet die Kollegen, diese Arbeitsnachweisbestimmungen streng einzuhalten.“

Die arbeitslosen Kollegen werden weiter verpflichtet, in Zukunft vor Eintritt in ein neues Arbeitsverhältnis ihre Arbeitslosenkontrollkarte im Verbandsbureau abzuliefern, um so die ordnungsgemäße Vermittlung feststellen zu können.

Das Umschauen in den Werkstätten, schriftliche Anfragen bei den Arbeitgebern sowie die Vermittlung durch Bescheidlagen der Kollegen untereinander ist nicht gestattet.

In den Firmen, welche dem Schutzverband nicht angehören, dient als Ausweis für die ordnungsgemäße Vermittlung der vom Verbandsbureau ausgestellte Kontrollkarte, welcher an den Werkstattbelegierten auszuhändigen ist.

Laut protokolllarischer Vereinbarung zwischen den Verbänden sollten die Vereinbarungen am 15. Mai in Kraft treten, wenn bis zu diesem Tage ein Einpruch von einer Seite nicht erfolgt ist. Letzteres ist nicht geschehen. Es ist somit von nun ab für die Arbeiter der Holzindustrie jedes Umschauen in den Betrieben unzulässig. Die Arbeitsvermittlung darf nur noch durch die bestehenden Arbeitsnachweise erfolgen.

### Leipzig und Umgebung.

**Zur Sonn- und Feiertagsruhebewegung im Feisergewerbe.**  
In der letzten öffentlichen Versammlung faßten die Gehilfen einstimmig den Beschluß, an die einzelnen Prinzipale heranzutreten um festzusetzen, wieviele für und wieviele gegen den 12-11h-Vertrag an Sonntagen, ferner für den Geschäftsstillstand an den zweiten Feiertagen auf Grund § 41 b. D. stimmen würden. Am 13. Mai wurden daher jeden einzelnen Meister zwei Erklärungen nebst einem Rundschreiben zugestellt. In letzterem wurde eingehend

klargestellt, wie notwendig und durchführbar eine Arbeitszeitverlängerung ist. Die zustimmende Erklärung erwarteten die Gehilfen bis zum 18. Mai. Leider konnte die Liste bis heute noch nicht abgeschlossen werden, da mit jeder Post noch „Nachzügler“ eintreffen.

Am Mittwoch, den 22. Mai, abends 7 1/2 Uhr, hatten abermals die Gehilfen im Etablissement Tzoli eine öffentliche Versammlung ab, in der die eingegangenen Antworten bekannt gegeben werden. **Verband der Feisergewerkschaften Deutschlands, Zweigverein Leipzig.**

**Der Streik der Asphaltseure und Pappbeder bei der Firma G. F. Weber, P. Plagwitz, ist zugunsten der Arbeiter beendet.** Kollegen, hier zeigt es sich wieder einmal, was die Einigkeit der Arbeiter erzielen kann. Rasse sich keiner von den Querstreibern verblüffen und mögen sich sämtliche Kollegen dem Zentralverband der Asphaltseure und Pappbeder anschließen. Die Zeitung.

**Achtung, Maurer und Bauhilfsarbeiter!** Der Neubau des Unternehmers Peuser, Kaiserin-Augusta-Straße, ist für organisierte Kollegen gesperrt. **Deutscher Bauarbeiterverband, Filiale Leipzig.**

### Deutsches Reich.

**Die zentralen Verhandlungen im Isoliergewerbe gescheitert.**  
Die am 13. Mai in Magdeburg wieder aufgenommenen zentralen Verhandlungen zwischen dem Zentralverband der Isolierfirmen und dem Bauarbeiterverband scheiterten schon nach zweitägigen Verhandlungen, und zwar an der Frage der Lohngarantie bei Akkordarbeit. Die Unternehmer stellten wohl eine Erhöhung der bisher von ihnen selbst festgesetzten Akkordpreise in Aussicht, lehnten aber eine Lohngarantie ab. Die Arbeiter hingegen erklärten, der Zulassung der Akkordarbeit nur dann zustimmen zu können, wenn der Lohn garantiert werde. — Ob ein nochmaliger Versuch, zentrale Verhandlungen zustande zu bringen, unternommen werden wird, hängt von der Entscheidung der Generalversammlung des Zentralverbandes der Isolierfirmen ab, die bereits zum 14. Mai ebenfalls nach Magdeburg einberufen worden war. Wie diese Entscheidung ausgefallen ist, ist noch nicht bekannt. Was geschehen wird, wenn zentrale Verhandlungen nicht mehr erfolgen, ob dann eine örtliche Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen versucht wird, oder ob es wieder zum Kampfe kommt, darüber läßt sich im Augenblick noch nichts sagen.

**Der Streik der Rheinschiffer**  
ist infolgedessen in ein verschärftes Stadium getreten, als auf Antrag der im sogenannten Partikulierschifferbetriebe beschäftigten Matrosen die Organisation gestattet hat, daß sich diese der Bewegung anschließen können. Bisher beteiligte sich das Personal der Partikulierschiffer — das sind Schiffer, die ihre Verfrachtungen durch das Kohlenkontor beziehen — am Streik nicht. Die Streikenden hoffen, daß durch die Arbeitsniederlegung der Matrosen im Partikulierschifferbetriebe eine erhebliche Einwirkung auf die weitere Gestaltung des Streiks erfolgen wird, da dann mit der Stilllegung von etwa 400 Fahrzeugen gerechnet werden kann.

**Zur angekündigten Metallarbeiterausperrung im Matagau.**  
Nachdem die Metallindustriellen Süddeutschlands die Ausperrung von 60 Proz. der Beschäftigten vom 1. Juni ab angekündigt haben, falls in Frankfurt keine Einigung erzielt wird, gibt der Metallarbeiterverband an alle Metallarbeiter, denen durch Fabrikanschlag die Kündigung angedroht ist, die Parole aus, jede Ueberzeitarbeit zu verweigern.

**Streik der Mieter in Kiel.** 400 Mieter der Kruppischen Germania-Werke haben wegen Ablehnung ihrer Lohnforderungen die Arbeit niedergelegt.

### Ausland.

**Ein Kraftwagenführerstreik in Wien.**  
In Wien sind gegen 1400 Kraftwagenführer ausständig. Im Laufe des gestrigen Tages bewilligten etwa 165 Automobilbesitzer, die gegen 600 Automobile im Betriebe haben, die Forderungen der Chauffeure, so daß sich die Zahl der Streikenden heute wesentlich verringerte. Gestern abend streikten nur noch 800 Chauffeure.

**Friedensschluß in den amerikanischen Anthrazitgruben.**  
Wilkesbarre (Pennsylvania), 18. Mai. Der Konvent der in den Anthrazitgruben beschäftigten Bergleute hat das vom Subkomitee der Bergleute und Grubenbesitzer angenommene Lohnabkommen ratifiziert.

## Beste Nachrichten u. Depeschen.

**Cherbourg, 21. Mai.** Der Dampfer der Hamburg-Amerika-Packfahrt-Aktiengesellschaft Kaiserin Augusta Victoria, der gestern im hiesigen Hafen eintraf, traf auf der Ueberfahrt von Hamburg nach Southampton auf eine deutsche Fischerbarke, in der sich Schauspieler befanden, die in Bremen gastierten. Die Unglücklichen, noch im Smolting, hatten sich vor fünf Tagen ein Boot genommen, um eine Veranlagungsfahrt auf dem Meere zu unternehmen. Sie wurden jedoch in die Nordsee hinausgedrrieben und waren seither ohne Nahrung. Die meisten waren so erschöpft, daß sie sich nicht mehr aufrecht halten konnten, und in hoffnungslosem Zustande an Bord des Schiffes geholt werden mußten. Man glaubt nicht, sie am Leben erhalten zu können.

(Augenblicklich gastieren in Bremen Schauspieler vom Leipziger Stadttheater. Der Direktion des Stadttheaters ist jedoch bis zur Stunde von dem Ereignis nichts bekannt.)

**London, 21. Mai.** Die Times meldet aus Saloniki, daß die Lage in Albanien sich von Stunde zu Stunde verschlimmerte. In Albanien drohe ein allgemeiner Aufruhr auszubrechen. Die türkische Regierung hat weitere Verträge mit Konstantinopel abgeschlossen. In der Nähe von Monakowiza hat eine große Schlacht stattgefunden, wobei die Verluste auf beiden Seiten sehr groß gewesen sein sollen. Der Kampf dauere noch an. Vadii Bei hat sich an die Spitze von 1500 kufständischen aus Dibra gestellt.

**London, 21. Mai.** Heute beginnt der Streik auf den Leichterfahrzeugen auf der Themse. Zunächst traten gegen sechstausend Mann in den Ausstand, denen vielleicht eine verwandte Gewerkschaft von fünftausend Mann folgen wird. Nur die Leichterfahrzeuge für Kohlen werden bisher nicht berührt. Die Londoner Transportarbeiter haben beschlossen, sich in diesem Streik zunächst neutral zu verhalten, aber in den Ausstand einzutreten, falls die Arbeitgeber Streikbrecher heranziehen sollten. Die Transportarbeiter zählen hunderttausend Mann.

**London, 21. Mai.** Die Regierung hat unter den Parlamentsbrudersachen die amtliche Begründung der Novelle zum deutschen Flottengesetz veröffentlicht lassen.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil:  
Hermann Liebmann in Leipzig.

Verantwortlich für den Inseratenteil:  
Friedrich Piller in Norddorf-Beipelsitz.

Druck und Verlag: Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft.

Diese Nummer umfaßt 20 Seiten.

# PFINGST-ANGEBOT!

**Russenkittel**  
 beste Ausführung  
 prächtige Farben  
 75  $\eta$  bis 4.- $\mathcal{M}$



## Herren-Kleidung

Anzüge vorz. Sitz, modernste Stoffe, 1- u. 2-reihig  
 50.- 44.- 38.- 35.- 32.- 30.- 28.- **25.-**

Anzüge für Jünglinge  
 1- u. 2-reihig, auf Rosshaar. Ersatz für Maßarbeit  
 32.- 28.- 24.- 20.- 18.- **16.-**

Anzüge für Knaben  
 7 bis 14 Jahre, Jackett- und Sportform  
 20.- 18.- 16.- 14.- 12.- 10.- 9.- **8.-**

Anzüge für Knaben 1 bis 7 Jahre,  
 in Blusen-, Jackett- und Sportfason  
 16.- 14.- 12.- 10.- 8.- 7.- 6.- 5.- **4.-**

Fantasie-Westen ..... 3.- bis **8.-**

Paletots ..... 36.- 32.- **30.-**

Ulster ..... 43.- 35.- **25.-**

Gummimäntel ..... 36.- bis **24.-**

Herren-Sport-Anzüge  
 33.- bis 24.- $\mathcal{M}$

Herren-Sport-Lodenjoppen  
 18.- bis 9.- $\mathcal{M}$

Pelerinen wasserdicht

Herren . . . 22.- 12.- $\mathcal{M}$   
 Jünglinge . 18.- 9.- $\mathcal{M}$   
 Knaben . . . 12.- 6.- $\mathcal{M}$

Konfektion  
 für Damen u. Kinder

Damen-Leinen-Mäntel

in grosser Auswahl ..... 9.50 bis 22.-

ca. 1000 Damen- u. Backfischblusen

Seidenbatist, weiss, reich bestickt,  
 mit Rückengarnierung . . . . . 95  $\eta$  1.50 2.- bis 10.- $\mathcal{M}$   
 Tüllblusen auf Seide gearbeitet . . . . . 4.00 5.25 bis 11.- $\mathcal{M}$   
 Musselin, moderne Farben . . . . . 2.50 3.- bis 9.- $\mathcal{M}$   
 Seidene Blusen . . . . . 12.- bis 25.- $\mathcal{M}$   
 Mädchen-Blusen für das Alter von 5-14 Jahren 1.75 bis 4.50 $\mathcal{M}$

ca. 1000 Kostüm-Röcke

Leinen, prima la Stoffe . . . . . 4.50 bis 10.- $\mathcal{M}$   
 Kostüm-Röcke, engl. Muster . . . . . 3.- bis 15.- $\mathcal{M}$   
 Cheviot, schwarz und blau . . . . . 8.- bis 20.- $\mathcal{M}$   
 Tuch, schwarz und blau . . . . . 8.- bis 20.- $\mathcal{M}$

ca. 1000 Kinder-Kleider

: Grosse : Auswahl! Für das Alter v. 1-14 Jahr.	von Batist . . . . .	3.- bis 12.- $\mathcal{M}$
	Musselin . . . . .	5.- bis 13.- $\mathcal{M}$
	Leinen . . . . .	2.50 bis 12.- $\mathcal{M}$
	Satin . . . . .	3.- bis 12.- $\mathcal{M}$
	la Wollstoff . . . . .	4.- bis 17.- $\mathcal{M}$

Damen-Paletots

englische Muster, tadelloser Sitz, beste Ver-  
 arbeitung . . . . . 9.- bis 28.- $\mathcal{M}$   
 Tuch und Kammgarn, moderne Stoffe . . 15.- bis 40.- $\mathcal{M}$

Anzüge  
 nach Maß  
 ~  
 Großes  
 Stofflager  
 und  
 Reste

Radfahrer-  
 Beinkleider  
 7.50  $\mathcal{M}$

REUDNITZ  
 Dresdner Strasse 55  
 PLAGWITZ  
 Ecke Zschochersche  
 und Amalienstrasse  
 LINDENAU  
 Nr. 18 Markt Nr. 18

# Pfingsten



## Politische Uebersicht.

### Der Entwirrspungsplan der ungarischen Regierung.

Aus Budapest wird uns geschrieben: In einigen Wochen wird ein Jahr sein, daß die Obstruktion gegen die Militärvorlagen einsetzte und nicht nur ihre Annahme verhinderte, sondern selbst ihre Durchberatung. Und heute stehen die Dinge so, daß nicht einmal das ordentliche Rekrutenkontingent bewilligt ist, wo doch die Aushebung schon längst vorüber sein mußte. Was Wunder nun, daß die ungarische Regierung alles aufbietet, um die Obstruktion zur Abstützung zu bewegen. Wird sie jedoch ihr Ziel erreichen?

Um die Obstruktion mit Erfolg betreiben zu können, mußte die Opposition, die bei den letzten Wahlen durch die Regierung Khuen-Hedervary beinahe vernichtet wurde und ihr daher den Kampf auf Leben und Tod ansagte, ihrem Kampfe den Ansehen geben, daß sie gegen die Befastung der Massen und für das allgemeine Wahlrecht kämpft. Ihre Formel lautete: erst das Wahlrecht, dann soll das neue Parlament darüber entscheiden, ob es die Vermehrung der Rüstungen wünscht oder nicht. Jedoch konnte sich die Opposition nach oben hin die Sache nicht verderben, und sie erklärte sich bald bereit, die Vermehrung der Rüstungen zuzulassen. Inbessene die Frage der Wahlreform konnte nicht mehr ausgeschaltet werden, sie blieb nunmehr der Angelpunkt der Krise. Aber freilich bestand die Opposition nicht mehr auf der Forderung des allgemeinen gleichen und geheimen Wahlrechts. Je aktueller die Frage wurde, um so offener gab sie das zu verstehen. Wir wollen — erklärten die Führer — kein so langes allgemeines Wahlrecht, das bis zum äußersten ginge; den Holzpflug wollen wir durch einen Eisenpflug ersetzen, aber beibeide nicht durch einen Dampf-pflug; an Stelle der Postkutsche soll eine Vizinalbahn treten, jedoch kein Expreszug usw. usw. Am vergangenen Sonntag drückte sich der Vizepräsident der obstruierenden Justizpartei noch klarer aus. Dieser Herr, namens Hollo, schrieb an leitender Stelle in dem offiziellen Organ dieser Partei:

Keine einzige parlamentarische Partei denkt daran, das Wahlrecht auf alle erwachsenen Männer auszudehnen. Heute besitzen ungefähr zwei Drittel der erwachsenen männlichen Bevölkerung kein Wahlrecht. Die Unabhängigkeitspartei (d. i. die Justizpartei) will ungefähr einem Drittel dieser Entrechteten das Wahlrecht verschaffen.

Wie einem Drittel der entrechteten Männer wollen diese Herren das Wahlrecht verleihen — für eine solche Wahlreform sind sie geneigt, die Obstruktion abzubrechen. So standen die Dinge, als die Regierung mit der Opposition in Verhandlungen trat. Es war nun schon damals klar, daß sich eine Einigung leicht erzielen lassen werde. Die Regierung trat mit dem Plane eines schwebigen Kurienwahlrechts an, wonach 30 Mandate aus Grund eines allgemeinen Wahlrechts vergeben werden sollten. Die Justizpartei ging darauf nicht ein, aber sie rüstete ihren Kampf halb und halb ab, sie verzichtete darauf, der Regierung bei den Delegationen Schwierigkeiten zu machen. Nun ist die Regierung mit ihrem zweiten Plane hervorgerückt. Dieser lautet:

Es werden fünf Hauptkategorien und zehn Unterkategorien für die Wahlberechtigten aufgestellt. Die Hauptgrundlage bildet der Zensus, ebenso wie jetzt. Der Zensus wird im ganzen Lande durchschnittlich genommen werden, eventuell durch den Grundbesitz (die Wohnzahl) ersetzt. Der Zensus desjenigen, der nicht lesen und schreiben kann, würde höher sein. Für denjenigen, der mindestens sechs Elementarklassen absolviert hat, würde der geringste Grundbesitz genügen, um das Stimmrecht ausüben zu können. In diesem Falle würden auch die selbständigen öffentlichen Beamten, Kaufleute und Gewerbetreibende auch ohne Grundbesitz das Wahlrecht ausüben. Unter den Arbeitern würde der Entwurf nur den Vorarbeitern das Stimmrecht gewähren. Die andern Arbeiter erhalten nur dann das Wahlrecht, wenn sie ein Zeugnis über die absolvierte sechste Elementarklasse vorweisen, seit mindestens fünf Jahren Mitglied der Krankenkasse sind und über eine gewisse selbständige Haushaltung verfügen. Das Wahlrecht würden im allgemeinen nur die Männer erhalten, die das dreißigste Lebensjahr überschritten haben. Diejenigen, die eine Reifeprüfung abgelegt haben, könnten schon nach ihrem vollendeten vierundzwanzigsten Lebensjahre das Wahlrecht ausüben. Derzeit können die Bürger schon mit zwanzig Jahren das Wahlrecht ausüben. Die bisher zur Wahl Berechtigten würden ihr Recht behalten. Die Abstimmung wäre nur in den Städten geheim.

Das ist also der Entwirrspungsplan der ungarischen Regierung. Daß diese Wahlreform das heutige Unrecht in vollem Umfange aufrechterhalten würde, ist klar. Deshalb wird auch der Regierung ein Flasch prophetisiert, denn die Opposition würde darauf nicht eingehen. Wir teilen diese Meinung nicht, denn nach alledem, was in der letzten Zeit die Opposition über ihre Wahlrechtsfreundschaft verlautbar gemacht hat, ist ihr in dieser Sache ebensowenig zu trauen, wie der Regierung. Daß eine Einigung auch auf dieser Grundlage erzielt werden kann, geht schon daraus hervor, daß die Opposition ihre Verhandlungen mit der Regierung nicht abgebrochen hat, sondern mit ihr weiter feilscht.

Das eine gute hat aber der bekannt gewordene Plan der Regierung doch an sich gehabt, daß er wieder eine Reihe Illusionen verstreut hat, die hier wie Unkraut aufwuchern. Erst am vergangenen Donnerstag schrieb die Volksstimme, das deutsche Organ der ungarischen Parteileitung:

Entweder will Lukács der Mann der Zukunft oder der Mann der Vergangenheit sein.

Schlägt Lukács den ersten Weg ein, den Weg zur Freiheit, Gleichheit und Recht, ein, so wird er ein großer Mann der ungarischen Geschichte sein. Er ist so wild und unabhängig, daß bereits alles erreicht, was jemand auf der politischen Laufbahn erreichen kann. Er ist kein Magnat, seine Familientraditionen (1), seine Ehe (1), seine bürgerliche Stellung (1) haben ihn wie zu einem Vorkämpfer der bürgerlichen Rechtsgleichheit geschaffen. Als er vor einigen Jahren bereits als Ministerpräsident im Konyas erschienen, wurde er von Stephan Tisza sozusagen hinausgeworfen. Seine ganze Vergangenheit ist wie geschaffen dazu, ihn zum Schöpfer des modernen Ungarns zu machen. Er kann eine geschichtliche Größe gewinnen, wenn er das maßgebende Wort der Geschichte versteht.

Lukács hat also zu wählen: Soll es von ihm heißen: er war der Schöpfer des modernen Ungarns, der große, mutige Staats-

mann auf den das Land so lange wartete; oder soll es von ihm heißen, er hat es vermocht, den Sturz der ungarischen Klassenherrschaft um einige Monate zu verlängern.

Nun hat sich dieser Sprößling einer Bureaukratenfamilie, der Jahrzehnte hindurch ungarischer Finanzminister war, eine steinreiche geabelte und getaufte Jüdin heiratete, und sich einmal mit dem Junker Tisza überworfen hat — diese Vergangenheit sollte ihn zum Schöpfer des modernen Ungarn berufen haben — als das entpuppt, was er stets war, ein getreuer Anwalt der Herrschenden und ein verstockter Feind der Arbeiterklasse, denn auf Grund seines Entwurfs würden keine 5000 Proletarier das Wahlrecht erreichen. Hoffentlich werden nun endlich die Schuppen von den Augen des ungarischen Michels fallen.

## Deutsches Reich.

### Parlamentsbrief. Aus dem Reichstage.

Berlin, 20. Mai. Mit Bulgarien sollen in Zukunft Rechtsverträge abgeschlossen werden, die die Ausländer in Bulgarien in rechtlicher Beziehung wesentlich besser stellen. Nach kurzer Debatte stimmte das Haus zu. Für eine Verlebensanstalt für Luftschiffahrt, natürlich zu militärischen Zwecken, wurden 250 000 Mk. bewilligt, und 7500 Mk., um weitere Arbeitszimmer für die Abgeordneten im Reichstage zu schaffen. Der jetzige Zustand ist tatsächlich auch ein halbtöter. Bei der durchschnittlich starken Besetzung des Hauses reichen die vorhandenen Arbeitsräume nicht aus, so daß es vielfach erhebliche Schwierigkeiten und Unbequemlichkeiten bereitet, Arbeiten im Reichstage ausführen zu können. Die Beseitigung des Branntweinkontingents, die mit dazu dienen soll, die Kosten für die neuen Rüstungen aufzubringen, stand in zweiter Lesung zur Beratung. Die Kommission hat die Regierungsvorlage derart im Interesse der liebesgabenhungrigen Schnapsbrenner verschlechtert, daß von der anfänglich erwarteten Einnahme von 36 Millionen für das Reich etwa nur noch 19 Millionen übrig bleiben, und ungefähr 17 Millionen den Brennern wieder zugute kommen. Die Genossen Wurm und Sudekum geißelten dieses Verfahren, das die mit so großem Geschrei angekündigte Beseitigung der Liebesgabenwirtschaft beim Spiritus illusorisch macht. Aber für diese agrarische Maßregel war eine sichere Mehrheit vorhanden, da die Nationalliberalen für die Agrarier stimmten. So wurde der sozialdemokratische Antrag, statt jährlich 16 Millionen aus dem Ertrage der Branntweinsteuer zur Erhöhung der Vergütung für vergölkten Branntwein zu verwenden, hilfsbedürftigen Kriegsveteranen eine Beihilfe zu gewähren und einen andern Teil zur Deckung des Reichszuschusses zu nehmen, der notwendig wäre, um die Altersgrenze für den Bezug von Altersrente auf das 65. Lebensjahr herabzusetzen, mit 211 gegen 141 sozialdemokratische und volksparteiliche Stimmen abgelehnt. Die Armen und Hilfsbedürftigen sollen eben nichts erhalten, damit die Schnapsbrenner weiter enorme Profite einfacken können auf Kosten der Allgemeinheit. Die den süddeutschen Staaten gewährte Vergünstigung einer geringeren Verbrauchsabgabe soll nicht ohne Zustimmung dieser Staaten beseitigt werden können. Dagegen kämpften unsere Genossen an; mit 229 gegen 128 Stimmen wurde jedoch beschlossen, daß den süddeutschen Staaten ein solches Recht gegeben werde. Die kleinen Brenner, die aus Obst usw. Branntwein herstellen, zahlen eine niedrigere Steuer, wenn die Gesamtmenge nicht mehr als 50 Liter Alkohol beträgt. Unsere Genossen wollten diese Vergünstigung bis 100 Liter gewähren, fanden jedoch keine Mehrheit. Das werden sich hoffentlich die kleinen landwirtschaftlichen Brenner in Süddeutschland merken. Als im Verlaufe der Debatte Genosse Davidsohn das Wort nahm, erlaubte sich Herr Paasche, der gerade präsierte, den albernem „Witz“ zu machen, statt Davidsohn Jsaaksohn zu sagen, worüber das „hohe“ Haus in ein minutenlanges Gelächter ausbrach. Da Präsidium und Mehrheit heute das Geschick fertigstellen wollten, auch schon deshalb, um am Mittwoch die Sommerferien antreten zu können, setzte eine tolle Hejragd ein. Aber es war ein vergebliches Beginnen. Um 8 Uhr, beim 16. Paragraphen, trat allgemeine Erschöpfung ein, so daß die Vertagung bis morgen beschlossen wurde.

### Gerüchte über Deutschlands Pläne im Orient.

Ein französisches Blatt, Excelsior, das allerdings nicht im Ruf der Zuverlässigkeit steht, läßt sich von seinem Korrespondenten in Rom melden, man sei in diplomatischen Kreisen Italiens sehr besorgt wegen der Verlegung Marschalls von Konstantinopel nach London. Man glaube dort, die deutsche Regierung habe die Absicht, sich die Insel Rhodos zuzueignen zu lassen. Es heißt in der Auslassung:

Deutschland ist nämlich während darüber, daß es bei dem türkisch-italienischen Kriege bisher leer ausging, während die andern Mächte ihr Schäßchen bereits ins Trockne brachten. So nahm England sich Solun, Frankreich das Hinterland von Tunis ein und Rußland ist dabei, seine persischen Interessen ins Reine zu bringen, und es wird auch die Darbanelenfrage in dem von ihm angestrebten Sinne lösen. Endlich hat sich Oesterreich-Ungarn seine wirtschaftspolitische Stellung auf dem Balkan bedeutend gebessert und ebenso sein Protektorat über Mazedonien und Albanien, das praktisch genommen unlegbar besteht, gefestigt. Nur Deutschland hat noch keinen Vorteil errungen, weil es aus Freundschaft für die Türkei sich reserviert verhielt. Jetzt aber will es nicht länger zuwarten, und daher wird Freiherr v. Marschall die Zustimmung Englands zu der Abtretung der Insel Rhodos an Deutschland und durch das Cabinet von St. James auch das Einverständnis Rußlands und Frankreichs zu gewinnen suchen.

Auch in Konstantinopel schwirren allerhand Gerüchte umher. So wird gemeldet:

Der Exminister Salki-Babansade äußert im Tanin die Befürchtung, Deutschland und Rußland ständen im Begehr, eine wirtschaftliche Teilung der Türkei vorzunehmen. Offenlich wird England das nicht dulden. Tisza brüht ähnliche Befürchtungen bei Besprechung des deutschen Vorkriegsvertrages aus, setzt aber seine Foknung auf Frankreich. Sabah fordert die Türken angeht die ersten äußeren Lage auf, an der inneren Erärkung des Landes zu arbeiten.

Die Gerüchte sind natürlich mit aller Vorsicht aufzunehmen. Aber man darf sich nicht wundern, wenn sie austauschen.

Die Art und Weise, wie die deutsche Regierung sich Kiautschows bemächtigte und wie sie in Marokko sich „Kompenationen“ geben ließ, haben eben auch die guten Freunde dieser Regierung — und zu diesen zählen ja die Regierungen Italiens sowohl als der Türkei — argwöhnisch gemacht. Abenteuerlich wäre der Plan, sich der Insel Rhodos beim Friedensschluß zu bemächtigen, insofern, als England in einer solchen Besitzergreifung seinen Traditionen nach eine Gefährdung des Seeweges nach Indien erblicken würde. Deshalb ist aber noch nicht ausgeschlossen, daß in der Tat ähnliche Pläne bestehen.

Für den Weltfrieden bedeutet die Einmischung der Mächte, wie sie mit einem Recht von den genannten jungtürkischen Blättern erwartet wird, eine ernsthaftige Gefährdung.

### Theodor und Theobald.

Herr Theodor Wolff vom Berliner Tageblatt will erfahren haben, daß dem Reichskanzler Theobald v. Bethmann-Hollweg die „Erhöhung in den Grafenstand“ bevorsteht. Wir wissen nicht, ob die Beziehungen des Blattes aus der Jerusalem Straße zu den Hoffstrahlen genügend zuverlässig sind und ob sich das Gerücht bewahrheiten wird. Es interessiert uns auch verdammt wenig, da es der Welt der Arbeit unendlich gleichgültig ist, ob der Bureaukrat, dem zurzeit die Aufgabe zugefallen ist, den „Prügelknaben des persönlichen Regiments“ zu spielen, ein neues Titelchen zugebacht ist oder nicht. Amüsant ist jedoch, daß der Chefredakteur des „Weltblattes“ dieses Gerücht wichtig genug findet, um es in einem Leitartikel breit zu treten, und wie er im Stil von Berlin WB. sich beeilt, den neuen Grafen zu beweihräuchern, wobei folgende Stillschüsse von besonderer Schönheit sind:

Dieses Gerücht ist noch nicht bestätigt, aber es sieht nicht unwahrscheinlich aus, und aufrichtig — wirklich ohne eine Spur von Falschheit — hoffen wir, es möchte auf Wahrheit beruhen. In den demokratischen Regionen, deren Entwicklungsarbeit er mit so naivem Selbstvertrauen hemmen zu können glaubt, gönnt man Herrn v. Bethmann-Hollweg persönliche Auszeichnungen gern, und die kleinliche Mißgunst sinnen und spinnt nur in den Katakomben, in denen jeder neidvoll die Geschenke des andern wagt.

Und: Das unterliegt keinem Zweifel, daß er mit der Opferwilligkeit eines Grilloparzerischen Helden an dem Kaiser hängt.

Reinweg rührend ist das. Da, wie Herr Wolff mitzuteilen weiß, die „Standeserhöhung“ erfolgen soll, weil der Reichskanzler die Rüstungsvorlagen im Reichstage durchgebracht hat, so ist daran zu erinnern, daß diese wahnwichtigste aller wahnwichtigen Vorlagen deshalb so glatt angenommen wurde, weil auch die liberalen Volkserbberber Feuer und Flamme für den Imperialismus sind und daß auch das „demokratische“ Blatt des Herrn Wolff dafür eifrig Propaganda gemacht hat. Daher sind wir der Meinung, daß das deutsche Bürgertum vollauf einen Bethmann-Hollweg als Reichskanzler und einen Theodor Wolff als „führenden Journalisten“ verdient.

### Von der nationalliberalen Zerfegung.

Die Rechtsnationalliberalen sind eifrig an der Arbeit, ihren Sieg auf dem Vertretertage auszunützen. Sie schaffen eine förmliche Partei in der Partei, eine Sonderorganisation mit besonderem Sekretariat und Organ; wie wir gestern schon kurz meldeten, tritt der bisherige Generalsekretär der Gesamtpartei, Herr Fuhrmann, in den Dienst der Sonderorganisation der Rechten. Der hannoversche Courier meldet folgende Einzelheiten:

Die neue Organisation wird eine besondere Zentralkasse in Berlin erhalten, der der frühere Abg. Fuhrmann als geschäftsführender Direktor vorstehen soll. Von dieser Zentrale wird eine täglich erscheinende Korrespondenz für Zeitungen sowie ein Wochenblatt herausgegeben.

Nach der Kölnischen Zeitung wird die Sonderorganisation den Namen „Nationalliberaler Reichsverband“ führen.

Daß diese Sonderorganisation der erste Schritt zur Spaltung der Partei ist, liegt klar auf der Hand. Es sei denn, sie werde dadurch vermieden, daß sich die gesamte Partei dem Scharfmachern des rechten Flügel unterwirft. Und das ist freilich bei dieser Partei, wo scharfe Grenzen der Richtungen so wenig bestehen, daß der für ein Zuchthausgefangener arbeitende Stresemann als Mann der Linken gilt, nicht ausgeschlossen. Jedenfalls zeigt das Vorgehen der Rechtsnationalliberalen, welche eine arge Komödie der Einigungsvertretertag war, wie jammervoll der äußerlich gefeierte Bassermann in der Wirklichkeit dort unterlegen ist. In des dürfte auch dieser Schaukelpolitiker zur gegebenen Zeit den Anshluß nach rechts nicht verpassen.

### Ein ungeheuerlicher Streikjustiz-Scandal.

Die überreife Streikjustiz im Ruhrrevier, die mehr von der Sorge um die „Ordnung“, d. h. um das Unternehmertum, als um das Recht geleitet ist, hat eine beispiellose Blamage dahin. Der „Zigigkeit“, die der Justizminister und die scharfmacherischen Parteien im preußischen Dreiklassenhaufe übers Bohnenlieb gelobt wurde, mangelte die Richtigkeit! Nach eingehender Verhandlung und mehreren Konferenzen hat das Essener Landgericht festgestellt, daß einige hundert Urteile der Streikjustiz erster Instanz einfach gesehwidrig und als ungültig sind. Mehrere hundert Angeklagte sind zu Strafen verurteilt worden, und viele von ihnen haben Strafen verbüßt, die ungesetzlich waren, die nur deshalb verhängt werden konnten, weil bei dem Geschwindigkeit und dem Eifer der Streikjustiz den Herren Anklagevertretern und Richtern keine Zeit blieb, sich genauer über die Strafvorschriften zu unterrichten!

Eine Anzahl der von den Schöffengerichten des Ruhrreviers verhandelten „Streikvergehen“ bestand darin, daß die Sünder den Aufforderungen von Polizeibeamten zum Weitergehen, die bei den Wisperrungen während des Schichtwechsels erfolgten, nicht oder nicht schnell genug Folge geleistet haben sollen. Viele Angeklagte wurden wegen solcher Lappalien unter Berufung auf die Oberpräsidialverordnungen für Rheinland und Westfalen zu Haftstrafen von 1 bis 4 Wochen verurteilt. Die ersten Berufungen ameer Bergleute gegen Hafturteile in Höhe von einer bzw. zwei Wochen wurden jetzt vor der Essener Strafkammer ver-

**Handelt.** Hier stellte sich heraus, daß die angezogenen Oberpräsidialverordnungen ausschließlich Geldstrafen in Höhe bis zu 60 Mk. zulassen. Die beiden Bergleute erzielten dann auch Umänderung ihrer Freiheitsstrafen in Geldstrafen von 50 bzw. 30 Mk.

Es ist also kein Zweifel, daß eine riesige Menge erstinstanzlicher Urteile gegen Streikende einfach hinfallen. Die Schnelljustiz, die wegen der schleunigen Statuierung des abjehrenden Exemplars etabliert wurde, ist bis auf die Knochen blamiert!

Aber damit nicht genug. Hunderte von angeblichen Streikführern sind nicht nur zu wideregeleicher Freiheitsstrafe verurteilt worden, sondern Hunderte haben diese ungelegliche Strafe auch verbüßt, haben die Gefängnisstrafe längst abgeessen! Denn nicht wenige Angeklagte hatten ja keinen Verteidiger, wurden gerade durch die Schnelljustiz um die Möglichkeit gebracht, sich einen rechtskundigen Beistand zu suchen. Sie haben keine Berufung gegen die Schöffengerichtsurteile eingelegt und muhten infolgedessen die „rechtskräftig“ gewordenen Strafen verbüßen! Sie sind wegen der Haft und des blinden Elfers der Streikrichter ungerechterweise auf mehr oder minder lange Frist ihrer Freiheit einfach beraubt worden.

Was nun? Was wird die vorläufige Justiz tun, um dies schreiende Unrecht wieder gut zu machen? Es gibt nur einen Weg, den die Staatsanwaltschaft unverzüglich zu beschreiten hat. Sie muß sofort das Wiederaufnahmeverfahren einleiten, denn es geht doch nicht an, daß im preussischen Rechtsstaate Hunderte von Menschen herumlaufen, die der Justiz nachgesehen dürfen, eines heillosen Verschens wegen unschuldig Freiheitsstrafe erlitten zu haben. Und ebenso selbstverständlich ist, daß der Staat diesen widerrechtlich ins Gefängnis Gesteckten Entschädigung zu zahlen hat!

Der Skandal der Schnelljustiz im Ruhrrevier stinkt ohnehin schon zum Himmel. Diese ungeheuerliche Rechtsverletzung macht das Mm voll. Schlimmer ist die Klassenjustiz noch nicht getroffen worden, als sie sich hier selbst geschlagen hat!

**Berlin, 21. Mai.** In der gestrigen Sitzung des Bundesrats wurde dem Entwurf zu einem Militär-Duffahrsfürsorgegesetz die Zustimmung erteilt.

Der Ausschuss des Vereins der deutschen Zuckerindustrie hat heute eine Resolution beschlossen, in der gegen jeden Versuch protestiert wird, die Herabsetzung der Zuckersteuer, auf welche Zuckerindustrie, Landwirtschaft und Konsumenten ein gesetzlich festgelegtes Anrecht haben, abermals hinauszuschieben und von schwer erfüllbaren Bedingungen abhängig zu machen.

**Auch beleidigte Preußen.** Das preussische Herrenhaus setzte am Montag seine Etatsberatungen fort. Zwei Redner, die Herren v. Puttkamer und von Kestler konnten nicht umhin, auf die Reichstagsrede unseres Genossen Scheidemann loszuhamern. Herr v. Kestler will zum Angriff gegen die Sozialdemokratie übergehen, damit der Reichstag nicht am Ende noch eine sozialdemokratische Mehrheit bekomme, die Preußen nicht dulden dürfe. Er gab aber das Rezept für diesen Angriff nicht an, sondern verlangte von der Regierung nur, daß sie wieder einmal den Sammlungsruf ertasse, der aber bisher noch selten etwas genützt hat.

Am übrigen beschäftigt man sich eifrig mit der Dänenverfolgung in Nordschleswig. Es wurde von verschiedenen Rednern, darunter auch von dem Bruder der Kaiserin, Herzog Ernst Günther von Schleswig-Holstein, von der Regierung Festigkeit und Schärfe, namentlich auch gegen die Heimattlosen verlangt.

**Soldatennahrung.** In Meß sind am Freitag 100 Mann vom sächsischen Infanterieregiment Nr. 12 unter Verpflegungsercheinungen erkrankt. Es stellte sich bei allen Erbrechen ein, Fieber war dagegen nicht vorhanden. Die Verpflegungsercheinungen traten nach dem Genuß von Fischkoteletts ein, die das Regiment von einer Regier. Firma bezogen hatte. Die meisten Soldaten sind zur Stunde wieder gesund und dem Lazarett entlassen und die übrigen können voraussichtlich in kurzer Zeit wieder entlassen werden.

Die militärische Nahrungsmittelkontrolle scheint wieder einmal nicht funktioniert zu haben.

**Meine politische Nachsichten.** Das interreligiöse Abgeordnetenhaus hat die erste Lesung des Budgetprovisatoriums beendet und die Vorlage einem Ausschusse überwiesen. — Ein Erlaß des Jaren bezaumt die Schließung des finnlandschen Landtags zum 20. Mai an. — Der Präsident des ungarischen Abgeordnetenhauses, Ludwig Kavaay, hat sein Amt niedergelegt. Es heißt, daß die Majorität den Grafen Stephan Tiszay als Kandidaten für die Präsidentschaft aufzustellen beabsichtigt.

## Großbritannien.

Das Urteil gegen Tom Mann revidiert.

**London, 20. Mai.** Das Urteil über den Arbeiterführer Tom Mann, der während des Grubenarbeiterstreiks Soldaten aufgebordert hatte, dem Befehl, auf Strecken zu schießen, nicht zu gehorchen, ist von sechs auf zwei Monate Gefängnis herabgesetzt worden.

## Serbien.

Bildung einer Koalitionsregierung in Serbien.

**Belgrad, 20. Mai.** Gestern fand ein Ministerrat unter Vorsitz des Königs statt, der sich mit der politischen Lage Serbiens beschäftigte. Wie in politischen Kreisen sind die Verhandlungen zwischen den Jung- und Ultraliberalen zwecks Bildung einer neuen Koalitionsregierung in vollem Gange, obwohl sich bei einem Teil der Ultraliberalen wie auch der Jungliberalen ein heftiger Widerstand gegen ein neuerliches Zusammengehen beider Parteien im Parlament bemerkbar macht. Doch wird mit Sicherheit die Demission des jetzigen Kabinetts Milovanowitsch für die nächsten Tage erwartet. An seine Stelle soll ein Koalitionskabinett mit Pajitsch an der Spitze treten, in welchem den Jungliberalen drei Portefeuilles eingeräumt werden sollen.

## Persien.

Ein Werk der russischen Deutepolitik?

Ausland hat das stärkste Interesse an Unruhen in Persien, da diese ihm immer von neuem den Vorwand geben, seine Truppen in Persien zu belassen und sie sogar zu verstärken. Erststufte Bestrebungen, die Ruhe im Lande wiederherzustellen, hintertreibt es deshalb mit allen Mitteln. So wird auch die nachstehende Meldung verständlich:

**Teheran, 20. Mai.** Nach hier eingetroffenen Meldungen ist der Polizeichef Jesterem, der die in der Nähe von Hamadan gegen die Aufständischen operierenden Regierungstruppen kommandierte, getötet worden. Ein Telegramm von privater Seite erklärt, Jesterem sei verächtlich ermordet worden. Wie es sich abspielte, nachdem er den Aufständischen unter Salaz ed Dauleh eine schwere Niederlage beigebracht hatte.

Wie weit bei diesem Mord der russische Rubel eine Rolle gespielt hat, wird sich wohl noch herausstellen.

# Sächsische Angelegenheiten.

Aus dem Landtage.

Dresden, 20. Mai.

Einen „Akt der Gerechtigkeit“ nannte dieser Tage der nationalliberale Vorkämpfer der mittleren Staatsbeamten, Abg. Anders, der als Rechnungsrat bei der Staatseisenbahn selbst zu dieser Beamtenkategorie gehört, die von der Regierung beantragte Gehaltserhöhung für sieben Oberlandesgerichtsrate. Es handelte sich hier um eine ganz offensichtliche Durchbrechung der Besoldungsordnung zugunsten einer Beamtengruppe, die bisher schon ein Gehalt von 6600 bis 9300 Mk. bezog und nun noch um 700 Mk. im Höchstgehalt bessergestellt werden soll. Dieselbe Regierung, die diese Umgehung der Besoldungsordnung gutheißt, lehnt aber jedes Mittel an diesem Gesetgebungswert des selbigen Dreiklassenlandtags brüst ab, sobald dies im Interesse der niedrigbezahlten Unterbeamten verlangt wird, und es charakterisiert danach gelind die Begriffe von Recht und Gerechtigkeit, die bei den Parteifreunden des Herrn Anders herrschen, wenn dieser jenen oben zitierten Ausdruck tun konnte. Bei solchen Gerechtigkeitbegriffen war es aber auch vorauszu sehen, daß die von unserm Genossen vertretene Forderung einer progressiven Erhöhung der Wohnungsgeldzuschüsse, die einen gewissen Ausgleich für die Ungerechtigkeiten der Besoldungsordnung hätte bilden können, bei der bürgerlichen Mehrheit auf glatte Ablehnung stoßen würde. Diese Voraussicht traf denn auch heute ein. In der Finanzdeputation A, an die bekanntlich nach lebhaften Debatten im Plenum der Gesetzentwurf über die Wohnungsgelder zurückverwiesen worden war, hatte die Regierung alle Mienen springen lassen, um ihre die höheren und mittleren Beamten begünstigende Vorlage zu retten, und die nationalliberal-konservative Mehrheit hatte ihr getreulich Gefolgschaft geleistet. Um nun wenigstens ein einheitliches Minderheitsvotum vor das Plenum zu bringen, hatten sich unsere Genossen mit den Freisinnigen auf einen gemeinsamen Antrag geeinigt, der nur geringe Abweichungen von dem ursprünglichen sozialdemokratischen Antrag vorsah. Nach stundenlangem Debattieren, die neue Gesichtspunkte begrifflicherweise nicht mehr zeitigen konnte, wurde das Minderheitsvotum gegen die Stimmen der sozialdemokratischen und bürgerlichen Linken abgelehnt; nur je ein Wildliberaler (Langhammer) und Konservativer (Donath) stimmten mit der Minorität. Die unteren Beamten können sich nun bei ihren konservativen und nationalliberalen „Freunden“ bedanken, wenn ihre Hoffnungen wieder einmal zu Wasser geworden sind.

Dem heftigen Redekampf zum ersten Tagesordnungspunkt folgte dann eine mehrstündige Unterhaltung über Eisenbahnwünsche, die Körnung der Zuchtbluten und ähnliche interessante Themata. Erst beim letzten Punkt — dem 17. — setzte dann wieder ein lebhafteres Rededuell ein. Es handelte sich hier um die sehr wichtige Frage der Gemeindesteuerreform, die den Landtag in früheren Sessionen des öfteren schon beschäftigt hat, aber niemals zu einem Resultat geblieben ist. Diesmal nun scheint es, als ob der Entwurf Gesetz werden sollte. Die Regierungsvorlage hat in der Gesetgebungskommission, in der der Genosse Lange neben dem Konservativen Böhmke als Referent mit an dem Entwurf gearbeitet hat, eine Reihe unerkennbarer Verbesserungen erfahren, die manchem alten Jopf im Gemeindevorstand ein Ende bereiten. Die Debatten drehten sich heute denn auch in der Hauptsache nur noch um die Umsatzsteuer, die in ihrer rohesten Form mit knapper Mehrheit in der Deputation gefallen, in ihrer „verbesserten“ Gestalt, dem sogenannten Chemnitzer System, aber in den Deputationsanträgen Eingang gefunden hatte. Danach sollen bis zu 10 Prozent des Gesamtumsatzes eines Großbetriebes im Kleinhandel oder des Zweiggeschäftes eines auswärtigen Kleinhandelsbetriebes als mutmaßlicher Reingewinn zur Einkommensteuer herangezogen werden können. Selbstverständlich machten unsere Genossen auch gegen diese verkappte Form der Umsatzsteuer Front, die besonders wegen ihrer Höhe in vielen Fällen ungerecht wirken und besonders die unbepflanzten Konsumenten belasten muß. Die Konservativen dagegen begeisterten sich als alte Anhänger der Umsatzsteuer auch diesmal wieder rückhaltlos für die im Regierungsentwurf vorgesehene rohe Umsatzsteuer und forderten durch einen Antrag dessen Wiederherstellung. Jammervoll wie immer gebärdeten sich die Nationalliberalen; sie zerfielen in nicht weniger als drei Gruppen. Die eine unter Führung des Großindustriellen Bauer lehnte jede Umsatzsteuer ab, die zweite unter Führung des Gemeindevorstands Kleinhempel erklärte sich für eine Besteuerung der Handelsbetriebe nach Chemnitzer System, und die dritte endlich, deren Bannerträger Herr Kischleusch war, zog mit den Konservativen an einem Strang. Er erntete dafür die ganz besondere Anerkennung der äußersten Rechten. Dabei mußte, wie immer in solchen Fällen, die Sorge um den vom Großkapital bedrohten Mittelstand und die Autonomie der Gemeinden zur Bemäntelung herhalten. In Wirklichkeit glauben die Herren Umsatzsteuerfreunde an keins dieser Argumente; der einzige Sinn und Zweck ihrer Begeisterung ist die Spekulation auf die drei oder vier Wahlstimmen der Mittelständler. Hervorgehoben zu werden verdient dann noch die Rede des Herrn Günther, der sich mit einer ganz besonderen Berne für die Interessen der — Hausbesitzer ins Zeug legte. In seinem Schlusswort rechnete Genosse Lange gründlich mit den diversen Mittelstandsetzern ab, nachdem zuvor schon die Genossen Kische und Fleißner in die Debatte wirkungsvoll eingegriffen hatten.

Mit großer Spannung wurde dem Ausfall der Abstimmung entgegengesehen, da das Schicksal der Umsatzsteuer voraussichtlich an wenigen Stimmen hing. Das Resultat war, daß sie, soweit die Regierungsvorlage in Frage stand, mit erheblicher Majorität abgelehnt wurde. Das Schicksal der Umsatzsteuer nach Chemnitzer Muster blieb noch unentschieden, da 38 Stimmen für den entscheidenden Paragraphen und ebensoviel dagegen abgegeben wurden. Die Abstimmung muß also morgen wiederholt werden. Zu beachten ist aber, daß es sich bei all diesen Beschlüssen erst um die zweite Lesung handelt; die endgültige Entscheidung fällt erst im Herbst.

Das „nationale“ Moment in der Jugendpflege.

Mit der nationalen Jugendpflege beschäftigte sich die Erste Kammer am Montag über Kapitel 101 des Etats. Dort sind bekanntlich erstmalig 100 000 Mk. zur Förderung der Jugendpflege

eingestellt. Im sächsischen Herrenhaus gab der Berichterstatter der Deputation Oberbürgermeister Ventler-Dresden seiner Freude darüber besonderen Ausdruck unter Hinzufügung des Wunsches, daß in der Anleitung zur Jugendpflege das nationale Moment besonders betont werde. Der Oberbürgermeister dankte dann den Offizieren und Lehrern, daß sie an den Sonnabendnachmittagen die jungen Leute über 14 Jahre spazieren führen, und im Anschluß hieran wurde das Kultusministerium gebeten, diese Bestrebungen tatkräftig zu unterstützen. Selbstredend fand diese Bitte beim Kultusminister bereitwillig Gehör. Angesichts der vielfachen und mit großer Energie betriebenen Bestrebungen, die schulentlassene Jugend einer staatsfeindlichen Bewegung zuzuführen, sei es die ernsteste Aufgabe der Regierung, nationale Jugendpflege zu treiben. Demonstrativer Beifall folgte diesen Worten, der Minister hatte den Herrenhäusern an der Seele gesprochen.

Gegen die Umsatzsteuer.

Der Verband sächsischer Industrieller hat in die bürgerliche Presse folgende Auslassung zur Frage der Umsatzsteuer verlanzt: „Die Frage der Umsatzsteuer hat, wie aus dem soeben erschienenen Bericht der Gesetgebungskommission der Zweiten Kammer zu ersehen ist, bei den Beratungen über das Dekret eines Gemeindevorstandes betreffend lokale Kämpfe hervorgerufen. Der Regierungsentwurf liegt in § 50 die kommunalgesetzliche Einführung von Umsatzsteuern von Großbetrieben im Kleinhandel und von Kleinhandelsbetrieben frei, wenn ihr Ertrag lediglich zur Entlastung der wirtschaftlich schwächeren Gemeindevorstände dient. Wie schon bekannt, ist in dem Gesetzentwurf in dieser Beziehung eine wichtige Änderung angebracht worden, indem die Gesetgebungskommission dem § 50 eine Bestimmung angefügt hat, nach der Umsatzsteuern von Großbetrieben im Kleinhandel und Kleinhandelsbetrieben, die Zweiggeschäfte unterhalten, nicht erhoben werden dürfen. Der Beschluß ist in der Deputation mit sehr knapper Mehrheit und gegen den Einspruch der Staatsregierung gefaßt worden. Die Staatsregierung, die zwar am Standpunkt steht, daß die landesgesetzliche Einführung einer Umsatzsteuer nicht zweckmäßig sei, hält es dennoch für richtig, den Gemeinden die Wahl zu lassen, ob sie eine Umsatzsteuer einführen wollen oder nicht. Der Deputationsbeschluß, der sich auf die schon vielfach bewiesene Erhöhung stützt, daß eine Umsatzsteuer für Großbetriebe im Kleinhandel, auch wenn ihre Erträge dem Kleinhandel zugute kommen sollen, doch immer als eine ungerechte Steuer anzusehen sei, ist vom Standpunkt einer gerechten Steuerpolitik aus nur zu begrüßen und wird im übrigen auch für die Steuerpolitik der Gemeinden ohne Nachteil bleiben. Denn bekanntlich haben die Gemeinden vor der ihnen schon bisher zustehenden Möglichkeit, Umsatzsteuern zu erheben, keinen Gebrauch gemacht; ja in einigen sächsischen Gemeinden hat man sogar die Umsatzsteuer wieder beseitigt.“

Ganz ist damit freilich aber die Umsatzsteuer nicht aus dem Gesetz verschwunden. Schon der Regierungsentwurf sah in dem § 52 die Möglichkeit vor, die Umsatzsteuer nach dem sogenannten Chemnitzer Muster einzuführen, d. h. als Einkommen aus Großbetrieben des Kleinhandels und aus Kleinhandelsbetrieben, welche Zweiggeschäfte in der Gemeinde unterhalten, einen bestimmten Prozentsatz des erzielten Jahresumsatzes, jedoch nicht unter zehn Prozent davon zu versteuern, wenn das wirklich erzielte Einkommen hinter diesem Satz zurückbleibt. Dieser Paragraph ist in der Deputation seinem wesentlichen Inhalte nach angenommen worden.

Nach der Haltung, welche die Deputation zu dem oben erwähnten § 50 einnahm, ist die Annahme dieses Paragraphen allerdings unvollständig. Die in § 52 vorgesehene Steuer ist im Entwurf zwar als „Einkommensteuer“ bezeichnet und in diese Rubrik eingeordnet. Wenn sie nun zwar auch der Form nach eine Einkommensteuer ist, so ist sie dem Wesen nach doch eine Umsatzsteuer; denn sie zieht nicht das tatsächliche Einkommen, den tatsächlichen Reingewinn der betroffenen Geschäftsbetriebe heran, sondern ein fiktives Einkommen, das in Höhe eines Prozentsatzes bis zu zehn Prozent des Umsatzes unterstellt wird. Gegen diese „Einkommensteuer“ sind daher alle diejenigen Bedenken geltend zu machen, die gegen die Umsatzsteuer als solche geltend gemacht worden sind. Der Verband sächsischer Industrieller hat denn auch erst kürzlich wieder gegen diese Steuer stärkste Bedenken ausgesprochen.

Daß der Umsatz keinen Maßstab für die Leistungsfähigkeit eines Geschäftes bilden kann, weil das Verhältnis zwischen Geschäftsertrag und Betriebskapital und Umsatz nicht nur bei Gewerbetreibenden verschiedener Handelszweige, sondern auch bei Gewerbetreibenden desselben Geschäftszweiges außerordentlich verschieden ist, ist schon sehr oft nachgewiesen worden. Die Verschiedenheit des Verhältnisses zwischen Geschäftsertrag einerseits, Betriebskapital und Umsatz andererseits beruht auf einer ganzen Reihe von Umständen; insbesondere: auf der Verschiedenheit der Geschäftsauslagen (Grundstückswert, Miete, Ausstattung des Ladens, Zahl des Personals, Gehälter und Löhne des Personals, Reklame usw.); darauf, ob der Geschäftsinhaber mit eigenem oder fremdem, hoch zu veranschlagendem Kapital oder mit Warenkredit arbeitet; darauf, ob der Geschäftsinhaber ein tüchtiger Kaufmann ist und günstig einzukaufen versteht u. a. m.

Eine weitere Ungerechtigkeit liegt aber darin, daß der Reingewinn bis zu zehn Prozent keineswegs als normaler oder nur auch regelmäßiger Gewinn anzusehen ist. Es ist Tatsache, daß der Reingewinn zahlreicher Großbetriebe des Kleinhandels, darunter geschäftlich hochangesehener und aufgeweiteter Betriebe, einen Prozentsatz von zehn Prozent des Umsatzes bei weitem nicht erreicht.

Es ist bedauerlich, daß die Deputation sich diesen gewichtigen Bedenken, welche ihr auch in Eingaben vorgelegt worden sind, vollkommen verschlossen hat. Die von der Deputation beschlossene „Einkommensteuer“ auf Grund willkürlich angenommener Prozentsätze des Reingewinnes ist nichts anderes als eine versteckte Umsatzsteuer, die man auf der einen Seite aus dem Entwurf entfernt hat, um sie an anderer Stelle wieder aufstauen zu lassen. Das Bestreben der beteiligten Kreise richtet sich nunmehr darauf, daß in der weiteren Verhandlung der Angelegenheit wenigstens eine Herabsetzung von zehn auf fünf bis höchstens acht Prozent erreicht wird. Damit würde einer ungerechten Besteuerung einzelner Betriebe wenigstens einigermaßen vorgebeugt.

Soweit die Rundgebung des Industriellenverbandes. Man sieht daraus, daß sich die Industriellen sehr entschieden gegen die Umsatzsteuer in jeder Form wehren. Leider ist bei der Haltung der Nationalliberalen, die in ihrer Mehrheit, wie wir erst dieser Tage vernehmen konnten, für die Steuer eintreten, die Annahme dieser ungerechten Steuer so gut wie sicher. Die einzige Partei, die im Landtage geschlossen gegen die Umsatzsteuer ist, ist die Sozialdemokratie. Und diese wird heute Dienstag, wenn die Gemeindesteuer in der Zweiten Kammer zur Schlußberatung auf der Tagesordnung steht, mit allen Mitteln die Umsatzsteuer zu Falle zu bringen suchen.

**Das staatsgefällige Theaterstück.** In Kürze bei Plauen wollte der Arbeitergesangsverein zu seiner Abendunterhaltung das Theaterstück von Paul Geni: An die Scholle gefesselt aufführen. Die Amtshauptmannschaft Plauen gab dies aber nicht zu. Nachdem ihr das Programm länger als 14 Tage vorgelegen hatte, teilte sie am Tage vor der Aufführung dem Vorstand mit:

Die Aufführung des Stückes: An die Scholle gefesselt von Paul Geni, A. Hoffmanns Verlag Berlin, wird seines zum Klassentampfe aufreizenden anstößigen Inhalts wegen hiermit untersagt. Es dürfen nur die nachverzeichneten Theater- bzw. humoristischen sowie die angezeigten Gesangsstücke aufgeführt werden. Im übrigen sind Abweichungen vom hier eingereichten Programm unzulässig.

Das sächsische Volksblatt bemerkt hierzu: Die Amtshauptmannschaft war auch noch so lebenswichtig, auf der Rückseite des Schreitens das Programm der Reihenfolge nach so aufzustellen, wie sie es ausgeführt zu haben wünscht. Das Stück ist in der

Gegend von Plauen schon ohne Beanstandung aufgeführt worden; es ist deshalb ganz unverständlich, warum es jetzt auf einmal aufreißend wirken soll. Es bleibt abzuwarten, ob auch andre Instanzen die Meinung der Amtshauptmannschaft teilen.

**Brodenhain.** Ein Konflikt in Sachen der Umschreibung besteht zwischen den städtischen Körperschaften. Das Stadtverordnetenkollegium hatte mit großer Mehrheit beschlossen, die Umschreibung der Konsumvereine von 2 auf 1 1/2 Prozent zu ermöglichen. Der Stadtrat hat diesen Beschluss abgelehnt. Auch in einer gemeinschaftlichen Sitzung wurde keine Einigung erzielt. Das Stadtverordnetenkollegium rief hierauf die Entscheidung der Kreisoberhauptidee an, die nach Anhörung des Kreisaußschusses nicht auf die Eingabe des Kollegiums zu verfallen befinden hat, da zu einer Änderung des Ortsgesetzes die Einigung beider Kollegien erforderlich ist.

Die Baugenossenschaft hat beschlossen, Gelände von der Stadt zu kaufen und darauf mehrere Wohnhäuser zu errichten. Die Stadt übernimmt die Bürgerhaft gegenüber der Landesversicherungsanstalt für die Bezahlung dieser Häuser in derselben Weise, wie dies bereits bei den von der Baugenossenschaft gebauten Häusern an der Waldauer Straße der Fall ist.

**Jittau.** Zur Uebernahme der Anstalts-Irrenfürsorge durch den Staat haben die städtischen Kollegien zu Jittau nunmehr definitiv 100 000 Mk. als einmalige Vergütungssumme für den Staat bewilligt. Die Summe wird aus Anleihemitteln bestritten.

**Chemnitz.** Der Rat der Stadt Chemnitz hat eine Erhöhung der Gehälter für die städtischen Beamten beschlossen. Die Beamten hatten sich bekanntlich wiederholt mit Eingaben an den Rat gewendet, worauf ein Ausschuss zur Prüfung der Angelegenheit eingesetzt wurde. Nach den Vorschlägen dieses Ausschusses ist nun die Neuordnung der Anstellungsverhältnisse der Beamten erfolgt. Der Mehraufwand für 1912 beträgt 191 000 Mk. Auch einem Teil der städtischen Arbeiter ist eine geringe Erhöhung ihres Lohnes zugestanden worden.

**Johanngeorgenstadt.** Eine stark radioaktive Quelle ist bei Breitenbach entdeckt worden. Sie entspringt in der Anna-Wilhelms-Quelle und wurde vom Oberbergamt Siepp aus St. Joachimsthal untersucht. Die Gemeindevertretung von Breitenbach hat bereits Schritte zur Erbauung einer Badeanstalt unternommen.

**Glauchau.** Zur Errichtung eines Stadttheaters haben die städtischen Kollegien zu Glauchau einmütig den Beschluß gefaßt, alljährlich einen größeren Betrag aus den verfügbaren Beständen der Stadthauptkasse gesondert zinsbar anzulegen, um so in absehbarer Zeit den Grundstock zur Erbauung eines städtischen Theaters zu bilden. Für das laufende Rechnungsjahr wurden 10 000 Mk. zu diesem Zweck bewilligt.

**Kleine Nachrichten aus dem Lande.** Von den beiden auf dem Neubau der Elbzentrale in Pirna verschütteten Arbeitern wurde in der Nacht zum 20. Mai der 20 Jahre alte unverheiratete, in Dresden geborene Arbeiter Klemm als Leiche geborgen. Der Tod muß noch ärztlichem Ausdruck insolge Erstfischung bald nach dem Einsturz der Schutzmaffen eingetreten sein. Der zweite Arbeiter konnte noch nicht aufgefunden werden. — Ein schweres Verbrechen wurde in Gröden verübt. Einbrecher drangen in das abseits von der Straße gelegene Geschäft des Halbhühners Stoyan und verletzten die Ehefrau des Stoyan schwer durch Schläge auf den Kopf. Dem heimkehrenden Stoyan öffnete die Frau nicht, weshalb dieser nachher herbeieilte. Die Frau lag mit schweren Kopfwunden leblos auf dem Fußboden. Das Bett war durchwühlt. Das von den Verbrechern gestohlene Geld war ihnen aber nicht in die Hände gefallen. Die Mörder sind entkommen. In dem Aufkommen der Frau wird gezwifelt. Das Ehepaar Stoyan ist hochbetagt und kinderlos. — Eine wilde Schlägerei fand auf dem Hofe eines Landlokals in Pöbtzau statt. Dabei wurde auch auf einen

Grenadier eingeschlagen. Durch einen wichtigen Stockfisch über den Kopf erlitt er eine schwere Schädelverletzung und brach betäubungslös zusammen. Die Läter entkamen. — Nach Unterschlagung amtlicher Geider war der Krankenkassenkassierer Pester in Göppersdorf bei Burgstädt flüchtig geworden. Er stellte sich dem freiwillig der Kriminalpolizei in Chemnitz. Die unterschlagene Summe beträgt 3000 bis 4000 Mk. — Als der 43 Jahre alte Schachmeister Wilhelm Danz vom Braumbetrieb des Schachts Dora und Helene in Grohßhüßen auf seinem Rad nach Hause fuhr, wurde er auf der Chaussee nach Vorna von drei noch nicht ermittelten Männern überfallen und durch Messerschläge in den Kopf und in die Brust so schwer verletzt, daß er bewußtlos liegen blieb. Nach Anlegung von Notverbänden ist der Verletzte nach dem Leipziger Krankenhaus übergeführt worden.

### Aus den Nachbargebieten.

Aus einem Mansfelder Wahllokal.

Im Wahllokal zu Biesdorf, dem Herrschaftssitz des preussischen Herrenhauspräsidenten v. Wedel, hatte sich am Stichtwahltag ein Genosse die Kühnheit erlaubt, das geheime Wahlrecht dadurch zu schänden, daß er die übereinandergeschichteten Wahlkugeln durch einander zu verschieben suchte. Der Versuch mißlang, denn der als Wahlvorsteher fungierende Gutsinspektor Faber klemmte die übereinandergeschichteten Kugeln unter den Arm. Unser Genosse glaubte zu dieser Selbsthilfe schreiten zu müssen, weil das vieredige Blechstück, das als „Wahlurne“ diente, nicht viel größer war als die Kugeln und ein Durchschieben derselben so ziemlich ausgeschlossen war. Wegen der begangenen „Frevelthat“ hatte sich unser Genosse und ein anderer, der durch seine Mitbewesenheit ihm Beihilfe geleistet haben soll, vor dem Schöffengericht zu Alsdorf wegen groben Unfugs zu verantworten. Sieben Genossen sollen durch ihre bloße Anwesenheit im Wahllokal Hausfriedensbruch begangen haben. Der Gerichtsvorsitzende bezeichnete diese Vorgänge als „Wahlkrawall“ und erklärte das Schöffengericht für unzuständig, weil hier — Aumahung eines öffentlichen Amtes vorliege. Nun muß die Strafkammer über den schwierigen Fall entscheiden.

**Camburg.** Sämtliche Gastwirte Camburgs wurden vor das Schöffengericht zitiert, weil sie gebüdet hatten, daß in ihren Lokalen das Glücksspiel Raufscheln betrieben wurde. Das Gericht hatte einen großen Zeugenapparat aufgeboden, doch wurde auf ihre Vernehmung verzichtet, weil alle Wirte den Tatbestand zugaben. Sie bestritten aber, daß es sich beim Raufscheln um ein Glücksspiel handle. Um dieses zu beweisen, veranstalteten sie vor Gericht ein Probemaufscheln. Der Gerichtshof kam danach zu der Ueberzeugung, daß das Raufscheln als Glücksspiel anzusehen sei und verurteilte jeden der 11 Wirte zu 3 Mk. Geldstrafe.

### Gerichtssaal.

Schwurgericht.

Die Furcht vor der Erziehungsanstalt. Der 19 Jahre alte Marktweiser Georg Richard Köhler aus Reudnitz, der bei seiner Mutter in Anger-Grottenborn, Ungerstraße 19, wohnte, sollte auf Antrag seines Vormunds einer Erziehungsanstalt überwiesen werden, da er bereits mehrmals wegen Diebstahls und Betrugs bestraft worden ist. Köhler hatte die Absicht, sich der Unterbringung in der Erziehungsanstalt zu entziehen. Um sich zur Flucht Geld zu verschaffen, stahl er seinem Bruder am 12. Februar ein Sparfassenbuch über 45 Mk. Am andern Tage wollten Kriminalbeamte in der Wohnung polizeiliche Erörterungen anstellen. Der Angeklagte, der sich an dem fraglichen Morgen allein in der Wohnung befand, fürchtete, als gefänglichst wurde, die Beamten kämen, um ihn abzuholen. Da aber sein Bruder draußen war und sagte, er sei

allein, öffnete er die Tür. Es trat der Kriminalbeamte Köhnel mit erhobenem Revolver mit in die Wohnung und der Angeklagte flüchtete in seine Kammer. Hier gab er fünf Schüsse aus einem Revolver ab. Dem Angeklagten wird nun zur Last gelegt, er habe auf den Beamten geschossen. Der Angeklagte aber behauptet, er habe die Schüsse lediglich auf sich selber abgegeben, um sich zu töten. Er ist auch ins Krankenhaus geschafft worden, wo vier Wunden in der Brust des Angeklagten konstatiert wurden. Er ist jedoch als gebessert entlassen worden. Da aber der Angeklagte fünf Schüsse abgegeben hat, so nimmt man an, daß einer der Schüsse gegen den Beamten gerichtet worden ist. Der Krankenhausarzt hält aber für möglich, daß die eine der Wunden von zwei Schüssen herrühren könne. Der Kriminalbeamte will aber gesehen haben, daß der Angeklagte auf ihn angelegt habe. Da habe er befohlen: Hände hoch! Der Angeklagte habe den Befehl befolgt, aber in demselben Augenblick sei auch der Schuß losgegangen. Die Geschworenen verneinten die Schuldfragen, sie bejahten nur die Schuldfrage wegen nicht erlaubten Schießens. Der Angeklagte wurde zu drei Wochen Haft verurteilt.

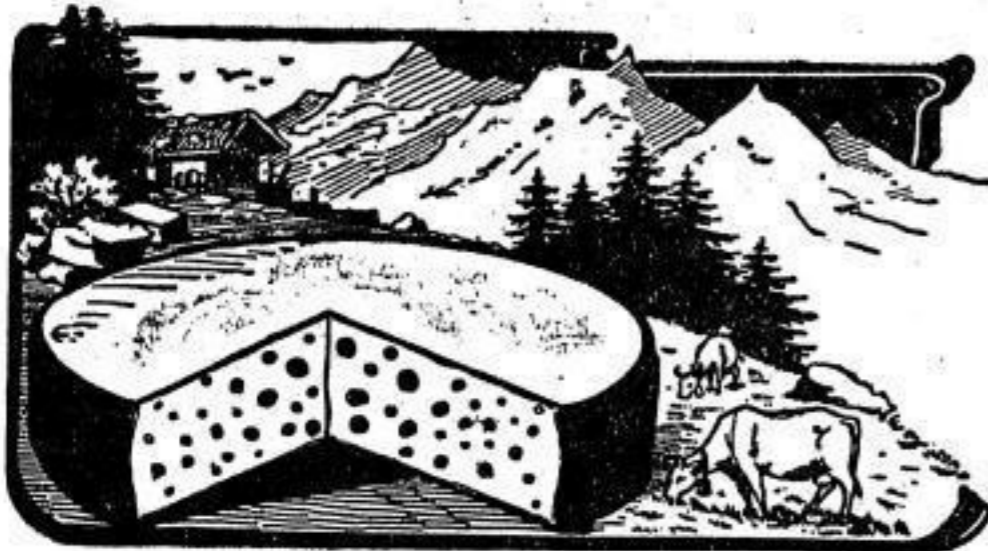
**Sittlichkeitsverbrechen.** Der 44 Jahre alte Bergarbeiter Karl Moritz Neuberger aus Freibergsdorf war des Verbrechens nach § 176, 1 des St.-G.-B. angeklagt. Die Verhandlung, die unter Ausschluss der Öffentlichkeit stattfand, endete mit der Verurteilung des Angeklagten zu zwei Jahren Gefängnis und fünf Jahren Ehrverlust.

Ein Handtäschchenräuber. Am 10. März gegen Abend kam der Revier R. mit seiner Braut die Schönefelder Lindenallee daher gegangen. R. hatte seine Braut am Bahnhofs abgeholt und trug ihr ihr Handtäschchen. Der 19 Jahre alte Arbeiter Paul Trellinski aus Ruhland, der mit einem Bekannten, Wilarek mit Namen, daher kam, entriß dem R. das Täschchen und floh. In dem Täschchen befanden sich ein Taschentuch, zwei Bleistifte und ein leeres Geldtäschchen. Das Taschentuch und die Bleistifte sind bei Trellinski gefunden worden, das übrige will er weggeworfen haben. Bei der Verhaftung des Räubers wurden 70 Rubel bares Geld in seinem Besitz gefunden. Wilarek ist ebenfalls in Untersuchung gezogen worden. Man hat ihm aber seine Mittäterschaft nicht nachweisen können. Dagegen schiebt Trellinski alle Schuld auf R., der ihn zu dem Raubansatz beredet haben soll. Er sei erst in der Kirche und dann bei einem Turnvereinsvergügen gewesen. Aus dem Gefängnis hat Trellinski an Wilarek einen Brief geschrieben, worin er erklärt, er wolle in der Kirche dem lieben Gott schwören, daß er gänzlich unschuldig sei. In der Verhandlung gab er aber den Raubansatz an.

Das heute mittag verkündete Urteil lautete unter Jubelung mildernder Umstände auf 1 Jahr 9 Monate Gefängnis.

### Die beste Bekämpfung der Schundliteratur

ist das Werben neuer Abonnenten für die Volkszeitung!



Jetzt muss man  
**Schweizerkäse** essen!

**Schweizerkäse** hochfein im Geschmack . . . . Pfund **1.20**  
**Echt Emmenthaler** schön gelocht und saftig, direkt aus der Schweiz . . . . Pfund **1.30**



**Teebutter F.E.K.** jetzt 1/2-Pfd.-Stück nur **70** Pfg.  
kaufen nur Feinschmecker!  
**Eier** . . . . . Stück von **5 1/2** Pfg. an



# F. E. Krüger

Königsplatz 8-9.

Weitere Verkaufsstellen:

- L.-Thonberg, Reitzenhainer Str. 8.
- L.-Gohlis, Aeuss. Hallische Str. 79, an der Lindenthaler Str.
- L.-Plagwitz, Zschochersche Str. 36.
- L.-Lindenau, Markt 14.
- L.-Kleinzschocher, Dieskaustr. 25.
- L.-Connowitz, Pegauer Strasse 11.
- L.-Reudnitz, Dresdner Str. 62, vis-à-vis d. Kirche.
- Am Südplatz, Zeitzer Str. 39 u. 40.
- L.-Neustadt, Eisenbahnstrasse 51.
- L.-Anger, Ecke Unger- u. Zweinaundorfer Strasse.
- L.-Leutzsch, Hauptstrasse 92.
- Leipzig-Norden, Hainstrasse 26.
- L.-Eutritzsch, Wilhelminenstr. 8, an der Delitzscher Str.

**Sozialdemokrat. Verein 12 Kreis**  
Vereinskalender

1. Feiertag, früh 7 Uhr  
**Großer Pfingst-Ausflug**  
nach Park Schleußig.  
Sammelpunkt früh 1/2 7 Uhr Königsplatz.  
Abmarsch Punkt 7 Uhr mit Musik.

**Der Hauskassierer kassiert:**  
23.—25. Mai im Norden  
28.—30. Mai im Westen II.  
**Partei-Beiträge** sowie sämtliche An- und Abmel-  
dungen werden vom Hauskassierer  
**Faul Holes**, Hospitalstr. 18, IV. I., sowie jeden Tag (außer  
Sonntag), von abends 1/2 9 bis 10 Uhr, im **Volkshaus**,  
Saalgebäude Zimmer Nr. 13, angenommen. [11307]

**Bezirk Osten, 12. Kreis.**  
Donnerstag, den 23. Mai, abends 1/2 9 Uhr,  
**Mitglieder-Versammlung** im **Pantheon**,  
Dresdner Straße 20. — Tagesordnung: 1. Der  
**Kampf um die Arbeiterjugend.** Referent:  
**E. Frenzel.** 2. Vereinsmitteilungen.  
Zahlreichen Besuch erwartet  
[11307] **Der Bezirksvertreter.**

**Genoffinnen!** Unser **Diskussions-**  
tag, den 23. Mai, im **Volkshaus** statt. Wir  
bitten um recht rege Beteiligung.  
Ferner machen wir jetzt schon darauf aufmerksam,  
dass am **Mittwoch**, den 29. Mai, unsere **Kinder-**  
spiele im **Volkshausgarten** beginnen. Es ist not-  
wendig, dass unsere Schulkinder an unseren guten  
Einrichtungen teilnehmen, und richten wir hiermit  
an alle Mitglieder die Bitte, ihre Kinder pünktlich  
um 3 Uhr ins **Volkshaus** zu schicken.

**Allgem. Arbeiter-Bildungs-Institut**  
für Leipzig.  
Die Geschäftsstelle des Bildungs-Instituts be-  
findet sich im **Volkshaus**, Zeltzer Strasse 32, IV.,  
Zimmer Nr. 21, Aufgang vom Mittel-Portal aus.  
Geschäftszeit: 8 Uhr früh bis 2 Uhr nachmittags. — Abend-  
Sprechstunden: Montags u. Freitags von 7—1/2 9 Uhr abends.  
Telephon Nr. 20594. [\*] **Der Bildungs-Ausschuss.**

**Jeder prüfe**  
sein  
**Auge!**  
Richard Kinds  
patentamtl. geschützt. Klemme

1. Ob er nebenstehende  
Schrift aus einem Abstände  
von 25 cm lesen kann:  
Wer dieselbe nicht auf solche Entfernung lesen kann, ist  
weitsichtig, übermäßig oder ziemlich stark kurzsichtig.  
2. Werden folgende  
drei Buchstaben:  
**F B E**  
auf eine Distanz von 6 m mit dem einen oder anderen Auge  
nicht mehr erkannt, so ist betreffendes Auge kurzsichtig,  
übermäßig oder stigmatisch. [8558\*]  
In all den Fällen bedarf man, um die Augen vor  
weiteren Nachteilen zu bewahren, einer richtigen Brille u. An  
meiner Anstalt, welche seit Jahren als Spezial-Anstalt für  
Zuteilung wissenschaftlich richtiger Augengläser besteht,  
werden die Augen zur genauen Bestimmung der erforders-  
lichen Gläser auf sorgfältigste untersucht. **Brillen** mit  
Rathenower Kristallgläser von 1.50 Mark an.  
**Richard Kind, o. v. Wiegand**  
Spezial-Institut für Zuteilung richtiger Augengläser  
Telephon Leipzig 20236. Telephon  
20236. **Weissenfels u. S.**  
Peterssteinweg 23b. Jüdenstrasse 36.

**Untersuchungen**  
**Urin-** zur Erkennung  
von Krankheiten  
Man bringe oder sende (per  
Post) 1 Fläschchen Morgen-Urin  
**Laboratorium Timmer,**  
Altenburg S.-A.  
Marktstr. 1 (am Schloß).  
Sprechtag: Mittwoch, Sonn-  
abend sow. Sonntag vormitt.\*  
**Müllers Monats-**  
**Garderobe**  
**Jetzt** nur 2/3  
Hallastr. 27, 1/2 Tr.  
empfiehlt zum Verkauf von  
feinsten Persefalten u. Stu-  
denten wenig getragene  
**Anzüge u. Paletots**  
Maharbeit, d. neu bis 100. M ge-  
kost., für 8, 12, 16, 20. M u. höher.  
**Frack- u. Gehrock-Anzüge**  
staunend billig, auch leihweise.

**Globin**  
bester Schuhputz  
In grossen Dosen à 20 Pf.

**Cocosa**  
Feinste  
**Pflanzen-Butter**  
MARGARINE  
Holl. Marg. Werke, Jürgens & Prinzen G.m.b.H. Goch, Rhld.

Vertretung und Lager: **Eduard Brade, Leipzig, Montbéstr. 4. Telephon 2265.**

**Herren-**  
**Garderoben**  
**Kredit**  
Nur  
Pfaffendorfer Str. 5, I.

Grosse  
Auswahl  
in:  
**Anzügen**  
**Gehrock-**  
**Anzüge**  
**Paletots**  
**Ulster etc.**  
Anzahlung: **Nobensache!**

**Julius**  
**Schmerels**  
Monats-Garderobe  
nur **Katharinenstr. 8**  
(früher Fleischergasse)  
Ältestes Geschäft Leipzigs  
verleg., f. jed. Fig. pass. Ulster  
Palet., Anzüge, Kost., Jäcklets,  
Emot., Fracks u. Wehrde zu  
auffallend billigen Preisen, zu  
allen Festlich- leihweise.  
Reiche Auswahl in **Mitt.-Mäden**,  
grauen u. schwarzen Mänteln,  
Ziv., Reit- u. Eiselethol, nur  
Katharinenstr. 8, I. Tel. 20027.

**Monatsgarderoben**  
kaufen Sie bei  
mir nur v. feinst.  
Kaval., Stud. u.  
w. getr. Sachen,  
engl. Stoff, fein.  
Mahar., a. a.  
Seide, Anzüge,  
Joppen, Ulster,  
Paletots, die 70  
bis 100 Mark  
gekostet haben,  
8, 12, 16, 20.  
Frack- u. Geh-  
rock-Anzüge  
staunend billig,  
auch leihweise.  
Nur **Brühl 27, im Laden.**

**Ägypten.**  
Von Oswald Schröder.  
Geb. statt 6 M. nur 3 M.  
Leipziger Buchdruckerei H. G.

**Schmerel's**  
Monats-Garderobe  
nur **Plauensche Str. 3, I.**  
Große Auswahl in eleganten,  
von Kavallieren getragenen  
**Anzügen, Paletots, Ulster,**  
**Hosen, Jäcklets, Gehrock,**  
**Frack- u. Smoking-Anzüge,**  
auch leihw., **Milliarmäntel,**  
**Mäde u. Hosen** bekannt bill.  
Nur **Plauensche Str. 3, I.**  
Telephon 10628.

**Teppiche**  
mit klein. Webstühlen wegen  
Aufgabe des Geschäfts spottb.  
zu verk. **Schäferstr. 15, I.\***  
Wichtig für **Maschinen-**  
**bauer und Dreher:**  
Duthmann, E. Tabelle zur  
Ermittlung der Wechsel-  
räder bei Gang- u. **Milli-**  
**metergewinden, ohne zu**  
rechnen, für Drehbänke  
mit **Leitspindel 2, 2 1/2, 3,**  
**4, 5, und 6. Gang auf**  
**1" engl. Preis 80 Pfg.**  
Zu beziehen durch die  
**Leipziger Buchdruckerei A. G.**  
Abteilung Buchhandlung  
Tauscher Straße 19/21  
oder durch deren Filialen  
und durch die Ansträger der  
**Volkszeitung.**

**Grosser Gelegenheitskauf**  
in hocheleg. Monatsgarderobe.  
Empfehle allerfeinste Frühjahrs-  
paletots, Ulster, Mod-  
u. Jäckletanzüge sowie Gesellschaftsanzüge, darunter Pracht-  
exemplare auf Seide, die früher 80 bis weit über 100 M.  
gekostet haben, werden von 15 bis 50 M. verkauft. Be-  
sonders preiswert empfehle von erstklass. Firmen ganz neue  
hochmod., in schönsten auffallenden Farben angefertigte  
Anzüge, Paletots und Beinkleider sowie Pelserinen, Anzüge  
und Joppen, auch für Jünglinge u. Knaben. Sehr feine  
Gesellschafts-Anzüge werden äußerst preiswert verkauft.  
[8088\*] **J. Kindermann, Salzgäßchen 9, 1. Etage.**

**Bade- u. Schwimm-Anstalten**  
**Königin** Schwimmbad: Dienstags Volkstag 20.  
**Carola-Bad** Frauen: Montags 5—9 Uhr abends.  
Kinder: täglich 1/2 2—8 Uhr 15.  
**Dampfbad** Frauen: Donnerstags 4—7, 9 Uhr abds.  
**Diana-Bad** Dampf-, Wannen-, Kur-  
bäder, Schwimm-Halle.  
**Lange Str. 8** Schwimm-Unterricht.  
Dienstags Schwimmbad 20, f. Kind. tägl. v. 1/2 2-6 15.

**Leipziger Beerdigungs-Anstalt, Pistor**  
Teleph. 582 **Feuerbestattung** Teleph. 582  
**28 Matthäikirchhof 28**  
Zweiggeschäft: **Lind., Odermannstr. 10. Tel. 17410.**  
**L.-Gohlis, Eisenacher Str. 8. [\***  
**L.-Volk., Konradstr. 41. Tel. 532.**

**Familien-Nachrichten**  
Für die vielen Beweise inniger Teilnahme beim Hin-  
scheiden meines lieben unvergesslich. Mannes, unfres Vaters  
**Hermann Schmidt**  
sage ich allen Verwandten und Bekannten, seinen Vor-  
gelehrten, näheren Arbeitskollegen sowie den Gartenvereinen  
Fortschritt und Aue meinen innigsten Dank. [11420]  
L.-Lindenau, den 20. Mai 1912.  
Die tieftrauernde Witwe **Ida Schmidt** nebst Kindern.

Für die vielen Beweise der Liebe und Teil-  
nahme beim Hinscheiden meines lieben Mannes,  
unfres Vaters  
**Gottfried Gelhaar**  
sagen wir hiermit Verwandten und Bekannten  
sowie seinem Chef, Herrn Dr. Friedrich König, und  
Arbeitskollegen, auch Herrn Pastor Müller unsern  
aufrichtigsten Dank.  
L.-Lindenau, den 21. Mai 1912.  
[11391] **Marie Gelhaar** und Kinder.

Für die vielen Beweise aufrichtiger Teilnahme bei  
dem herben Verluste unserer innigstgeliebten Mutter  
sprechen wir hierdurch allen Beteiligten unseren tief-  
gefühltesten Dank aus.  
L.-Kleinzißschocher, den 20. Mai 1912  
Winkdorfer Straße 83bb.  
[11401] **Geschwister Köhler.**

Heute früh 4 Uhr entschlief sanft in ihrem  
80. Lebensjahre unsere gute Mutter, Großmutter  
und Schwester  
**Frau Auguste verw. Winter.**  
Um stille Teilnahme bitten  
Leipzig, Frankfurter Str. 23, den 21. Mai 1912  
[11456] **Familie Otto Lautenschlag.**

**Bericht über den Schlachtviehmarkt**  
auf dem städtischen Viehstall zu Leipzig am 20. Mai 1912.

a) **Wuttrieb:**  
602 Rinder u. zwar 219 Döfeln, 138 Bullen, 27 Kalben, 200 Kühe, 18 Fresser, 817 Rälber;  
385 Schafe; 3846 Schweine; zusammen 6050 Tiere.  
b) **Marktpreise für 50 kg in Markt:**

Tiergattung	Bezeichnung	Lebende Gewicht	Schlacht- Gewicht
Ochsen	1. vollfleischige, ausgewäskete, höchsten Schlachtwertes bis zu 6 Jahren	—	84—88
	2. junge, fleischige, nicht ausgewäskete, — ältere ausgewäskete	—	87—90
	3. mäßig genährte junge, gut genährte ältere	—	78—86
	4. gering genährte jeden Alters	—	70—77
	5. vollfleischige ausgewäskete, höchsten Schlachtwertes	—	85—87
Bullen	1. vollfleischige jüngere	—	82—84
	2. mäßig genährte jüngere und gutgenährte ältere	—	79—81
	3. gering genährte	—	76—78
	4. vollfleischige, ausgewäskete Rälben höchsten Schlachtwertes	—	89—94
	5. mäßig u. gering genährte Kühe u. gering genährte Rälben gering genährtes Jungvieh im Alter von 3 Monaten bis zu einem Jahre	—	85—90
Kalben	1. vollfleischige, ausgewäskete Rälben höchsten Schlachtwertes bis zu 7 Jahren	—	85—90
	2. ältere ausgewäskete Kühe und gut entwickelte jüngere Kühe und Kalben	—	78—84
	3. gut genährte Kühe und mäßig genährte Rälben	—	87—75
	4. mäßig u. gering genährte Kühe u. gering genährte Rälben gering genährtes Jungvieh im Alter von 3 Monaten bis zu einem Jahre	—	88—72
	5. Doppellender	—	85—95
Schafe	1. beste Mast- und Saugtälber	—	62—66
	2. mittlere Mast- und gute Saugtälber	—	55—61
	3. geringe Rälber	—	42—54
	4. Mastlämmer und jüngere Mastlämmer	—	45—46
Schweine	1. Mastlämmer und ältere Mastlämmer	—	42—44
	2. mäßiggenährte Hammel und Schafe (Merzschafe)	—	34—41
	3. vollfleischige der feineren Rassen und deren Kreuzungen im Alter bis zu 1 1/2 Jahr	—	58—59 70—72
	4. fettschweine	—	57—59 71—73
	5. fleischige	—	53—55 67—69
Fresser	1. gering entwickelte	—	50—52 63—66
	2. Sauen und Eber	—	46—51 58—64
	3. Rälber	—	85—95

c) **Ueberhand:** Rinder 32, davon Döfeln 18, Bullen 6, Kühe 8, Kalben —, Rälber 2,  
Schafe 64, Schweine 71.  
d) **Geschäftsgang:** Rinder langsam, Rälber mittel, Schafe langsam, Schweine mittel.



## Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 21. Mai.

**Geschichtskalender.** 21. Mai 1471: Der Kaiser Albrecht Dürer in Nürnberg geboren († 1528). 1508: Christoph Kolumbus in Valladolid gestorben (\* 1446 oder 1447). 1689: L. Campanella, Verfasser des Sonnenstaates, gestorben. 1821: Der Naturforscher Franz v. Bezdig in Rothenburg o. T. geboren († 1908). 1870: Der Pädagoge Friedrich Guis Ruitz zu Jöhndain in Thüringen geboren (\* 1780).

Sonnenaufgang: 5,58, Sonnenuntergang: 7,56.  
Monduntergang: 12,84 vorm., Mondaufgang: 7,48 vorm.

**Wetter-Prognose** für Mittwoch, den 22. Mai.

Wesentliche Winde, veränderliche Bewölkung, warm, zeitweise Regen, Gewitterneigung.

### Statistisches.

Vor einiger Zeit ist ein recht interessantes Zahlenwerk erschienen: Die Jahresübersichten der Statistischen Monatsberichte der Stadt Leipzig. In diesem Heftchen werden die wichtigsten Vorkommnisse in der Stadt, soweit sie öffentliches Interesse haben und sich durch Zahlen feststellen lassen, wiedergegeben. Diese Zahlen sind nicht nur für den Kommunalpolitiker, sondern für jedermann deshalb lehrreich, weil sie zum Teil die Entwicklung der letzten zehn Jahre zeigen. Zuerst wird berichtet über die Größe des Stadtgebietes. Da erfahren wir, daß Leipzig im Jahre 1888 ein Gebiet von 1738 Hektar umfaßte. Nach der Eingemeindung einer Anzahl Vorortgemeinden im Jahre 1892 wuchs es auf 5694 Hektar an. Im Jahre 1910, nach abermaliger Eingemeindung einiger Vororte, vergrößerte sich das Gebiet auf 7363 Hektar.

Über die Witterungsverhältnisse wird in einem zweiten Kapitel berichtet. Aus diesem Abschnitt erfährt man, wie stark der Luftdruck, die Lufttemperatur, die relative Feuchtigkeit, die Bewölkung in Zehnteln der Himmelsfläche, Windrichtung und -stärke, und wie die Niederschlagsmenge in der Zeit von 1902—1911 im Durchschnitt war. Der Luftdruck in Millimetern zusammengezogen auf 0 Grad, schwankte zwischen 749,4 und 762,7, die Lufttemperatur in Celsius im Mittel zwischen 7,9 und 9,7 Grad. (Die höchste Temperatur war 33,2 Grad, die niedrigste 18,3 Grad.) Die relative Feuchtigkeit war mit 84 Prozent im Jahre 1902 am stärksten und 1910 mit 74 Prozent am geringsten. Die Niederschlagsmenge war mit 435,9 Millimetern im Jahre 1904 am geringsten, während sie 1905 mit 751,6 Millimetern den Höhepunkt erreichte.

Der höchste Wasserstand in unsern Flüssen wurde am 6. Februar 1909 und der niedrigste Stand am 17. und 18. Juli, sowie am 25. September 1904 beobachtet.

Über Stand und Bewegung der Bevölkerung wird in sechs Abschnitten berichtet. Die Einwohnerzahlen sind in Zeiträumen von fünf Jahren (nach jeder Volkszählung) angegeben. Im Jahre 1888 hatte Leipzig 170 340 Einwohner, 1890 einschließlich der „einsiedelnden“ Vororte 357 122, Ende 1911 600 732 Einwohner. Ein lehrreicher Abschnitt ist der über Geburten. Hier erfährt man, daß die Geburten stark zurückgehen. Während im Jahre 1901 bei rund 450 000 Einwohnern 15 279 Kinder geboren wurden, sind es 1911 nur noch 13 409 Geburten bei rund 600 000 Einwohnern. Die Zahl der Eheschließungen stieg von 4547 im Jahre 1901 auf 5156 im Jahre 1911. Die Sterbefälle schwankten in den Jahren 1901—1911 zwischen 7871 und 8480. Verhältnismäßig sind die Sterbefälle demnach zurückgegangen. Das Kapitel Gesundheits- und Sicherheitswesen unterrichtet über den Krankenbestand in den Krankenhäusern, die ansteckendsten Erkrankungen, über die Rettungsgesellschaft Samariterverein zu Leipzig, die Chemische Untersuchungsanstalt, die Bakteriologische Abteilung beim Hygienischen Institute der Universität, die Desinfektionsanstalt, städtische Bäder und die Feuerwehr. Bei sämtlich angeführten Instituten ist eine fortschreitende Entwicklung zu verzeichnen.

Verkehr, Handel und Gewerbe wird in 20 Abschnitten behandelt. Unter Verkehr wird der Personen- und Güterverkehr auf den in Leipzig einmündenden Eisenbahnen, der auf den Straßenbahnen und der Fremdenverkehr behandelt. Über den Verkehr bei der Post ist nichts berichtet, obwohl es doch hierher gehörte. Sehr ausführlich wird über die Preise der Lebensmittel berichtet. Wer die Zahlen aufmerksam durchgeht, findet u. a. die traurige Tatsache heraus, daß die Bevölkerung nicht nur unter der enormen Fleischnot zu leiden hat, sondern daß das Fleisch auch in der Güte zurückgegangen ist. So wurden im Jahre 1901 schon 10 576 Ochsen geschlachtet, und im Jahre 1911, nach der riesigen Bevölkerungszunahme, nur noch 10 398 Stück. Hingegen stieg in den letzten Jahren (außer den Schweinen) die Zahl der geschlachteten Pferde. Beanstandungen kranker Tierkörper fanden in der letzten Zeit weniger statt als früher. Sicher nicht deshalb, weil der Gesundheitszustand der Tiere im allgemeinen besser geworden ist als früher, sondern weil die Kontrolle laager gehandhabt wird. Als Beweis dafür können wir anführen, daß die Beanstandungen kranker Organe der Tiere von 48 720 im Jahre 1901 auf 136 556 im Jahre 1911 gestiegen ist. In derselben Zeit stieg das Gewicht des beanstandeten Fleisches von 20 358 Kilogramm auf 56 496 Kilogramm.

Aber nicht nur das Fleisch ist teurer geworden, sondern auch alle Gemüse. Diese, die im Haushalt des Arbeiters eine so große Rolle spielen, sind gegen das Jahr 1910 bedeutend im Preise gestiegen. Dasselbe gilt für Butter und Eier. Sogar die Fische, die doch immer als billiges Nahrungsmittel empfohlen werden, sind teurer geworden. Nur die Forellen und der Rheinlachs nicht. Bei den Forellen ist der Durchschnittspreis von 4,36 Mk. auf 4,23 Mk. pro Pfund, und beim Rheinlachs von 4,48 Mk. auf 4,25 Mk. pro Pfund zurückgegangen. Nunmehr wird wohl der Leipziger den Oberbürgermeister den Arbeitern als billigen Fleischersatz Forellen und Rheinlachs statt Schellfisch und Serringe empfohlen. Das Brot war im Durchschnitt 1910 1 Pf. pro Pfund teurer als 1911.

Die Kleinhandelspreise für Kohlen und Bricketts waren in den verfloßenen zehn Jahren eigentlich nur geringen Schwankungen unterworfen, aber ihre Preise standen durch

die Ringbildung damals schon hoch. Die Bricketts kosteten im Jahre 1901 durchschnittlich pro Doppelzentner 1,55 Mk., und 1911 1,49 Mk. Die Einfuhr der Steinkohle stieg von 367 013 Tonnen 1901 auf 395 365 Tonnen 1911. In derselben Zeit stieg die Einfuhr der Braunkohle von 276 438 auf 400 760 Tonnen. Die Einfuhr aus Oesterreich ging von 80 850 auf 32 024 Tonnen zurück.

Vom Gewerbe- und Kaufmannsgericht wird über die erhobenen Klagen, Sitzungen, der Verfügnisurteile, sowie die Tätigkeit des Gewerbegerichts als Einigungsamt usw. berichtet. Im Jahre 1901 fanden 332 Sitzungen mit 2555 Streitfachen statt. Die geringste Zahl an Sitzungen am Gewerbegericht weist das Jahr 1903 auf, nämlich 181. Die höchste Zahl an Sitzungen und Terminen hat das Jahr 1911, und zwar 459 Sitzungen mit 4059 Terminen. Das Kaufmannsgericht berichtet von 1905 ab. Damals wurden 258 Sitzungen mit 1014 Streitfachen abgehalten. 279 Sitzungen mit 1344 Terminen waren es im Jahre 1911. Das Kapitel: Soziale Versicherung und Arbeitsnachweise bringt Zahlen über Krankenkassen, Invalidenversicherung und die Arbeitsnachweise. Es bestehen an Orte 1 Ortskrankenkasse, 14 Betriebskrankenkassen, 6 Innungskrankenkassen, 7 Eingeführte Hilfskassen. Diese hatten 1911 149 382 männliche und 87 439 weibliche Mitglieder. Ueber die Invalidenversicherung wird u. a. berichtet: „In den Genuss der Rente traten im Berichtsjahre 951 Personen, die 201 262 Mk. Rente bezogen. 89 männliche und 9 weibliche über 70 Jahre alte Personen erhielten von 1911 ab Altersrente in der Höhe von 19 280 Mk.“

Zum Schluß wird in 7 Abschnitten das Armen- und Fürsorgewesen behandelt. Der erste Abschnitt behandelt die vom Armenamt, vom Pflieg- und Jugendfürsorgeamt verpflegten und beaufsichtigten Personen. Wir erfahren dort, wieviel Personen als Almosenempfänger unterstützt, Obdachlose untergebracht, und wieviel Personen in Armenhäusern, Versorgungshäusern, Irren-, Blinden- und Taubstummenanstalten, in Waisenhäusern, vom Jahre 1904 ab untergebracht wurden. Im Jahre 1911 waren in Leipzig zu versorgen: 3909 Almosenempfängerparzellen, 167 Obdachlose, 494 Personen in den Armenhäusern, 199 in den Versorgungshäusern, 163 in den Arbeitsanstalten, 1272 Gelfestranke, 39 Gebrechliche, 20 Blinde, 29 Taubstumme, 363 Personen in den Krankenhäusern, 338 in Pflieghäusern, 9630 Ziehfinder, 1814 Waisenkinder, 723 Fürsorgegeköllinge. Die Zahl der in offener Armenpflege dauernd unterstützten Personen stieg von 3429 im Jahre 1907 auf 3909 Personen im Jahre 1911. Hieran anschließend wird über die Städtischen Speiseanstalten, Obdachlose, Asylverein, Verein für innere Mission und den Verein Hauspflege berichtet.

Die Jahresübersichten der Städtischen Monatsberichte bieten viel Wissenswertes. Aber es lassen sich auch Gebiete anführen, die noch unbedingt hineingehören. Das wird den Bericht über die Post vermischen, haben wir schon bemerkt. Nach unserm Dafürhalten müßte aber auch über die Entwicklung der Schulen berichtet werden. Von den Wahlen zum Reichstag, Landtag und dem Stadterordnetenkollegium erfahren wir ebenfalls nichts. Darüber zu berichten, ist doch notwendiger, als die Angabe, wieviel gestürzte Pferde von der Feuerwehr aufgehoben wurden. Ueber den privaten Grundbesitzwechsel wird berichtet, während wir über den Stand des städtischen Grundbesitzes nichts erfahren. Eine Sache, die bei der Bedeutung der Stadt und der Stiftungen als Grundbesitzer wohl der Erwähnung wert ist. Es stehen sich auch noch andre Gebiete anführen, die zu erwähnen wären, wir wollen es jedoch bei dem Angeführten bewenden lassen in der Erwartung, daß es später Berücksichtigung findet.

### Die Vertrauensärzte Detektivs und Mittel der Berufsge nossenschaften.

p. Die Klagen über die Institutionen der Vertrauensärzte der Berufsge nossenschaften sind unerschöpflich. Die Vertrauensärzte haben auf die Praxis der Berufsge nossenschaften, auf die Anerkennung der Entschuldigungsverpflichtung und auf die Höhe der Versicherungsleistungen einen ungemein großen Einfluß bekommen. Der Vertrauensarzt ist oft die maßgebende Instanz. Das ist um so gefährlicher, als die Vertrauensärzte nur gar zu oft in einer gewissen Abhängigkeit von den Berufsge nossenschaften stehen. Was diese Abhängigkeit auch formell nicht bestehen, faktisch ist sie vorhanden und sie hat ihre Rückwirkung auf die Tätigkeit der Vertrauensärzte. Aus den Gutachten vieler Vertrauensärzte lassen sich die Beweise bringen, daß sie sich nicht als objektive Gutachter fühlen, sondern als Vertreter der Interessen der Berufsge nossenschaften. Das ist auch leicht begreiflich. Der Arzt, der häufig als Gutachter von der Genossenschaft bestimmt wird, will dieses Vertrauen rechtfertigen und wenn er Befürworter einer Heilanstalt ist, der viele Unfallverletzte überwiesen werden, will er auch den Nutzen seiner Heilanstalt für die Berufsge nossenschaft beweisen. Wenn er monatlich einen Unfallverletzten für Rechnung der Berufsge nossenschaft behandelt und am Schluß eine Beförderung konstatieren hat, wird er nicht gerne einige Wochen später zugeben, daß kein Erfolg erzielt ist. Daß die Berufsge nossenschaften den Vertrauensärzten als den betrachteten, der ihnen bei Kürzung der Renten behilflich sein muß, ist bekannt. Das wissen auch die Ärzte, wenn die meisten es auch nicht gerne zugeben wollen, sondern sich als die absoluten „Objektiven“ und „Uninteressierten“ geben. Da ist es erfindlich, daß in einer kürzlich erschienenen Schrift der Frankfurter Nervenzust. Dr. Laquer offen zugibt, daß das Gefühl zu haben, als Detektiv oder Mittel zu fungieren. Wörtlich sagt er: „Wer als Kassensarzt oder Vertrauensarzt in Fällen von funktionellen Nervenzuständen mit traumatischer Genese des öfteren tätig ist, der wird — wenigstens nach meinem persönlichen Empfinden — nie das unangenehme Gefühl los, daß er als Detektiv oder Mittel fungiere, um für die sozialpolitischen Behörden die Kostanten aus dem Feuer zu holen. Er soll in gut zwei Dritteln aller Fälle als ärztlicher — Großinquisitor die Frage entscheiden: Sind die Krankheitserscheinungen bei dem Mangel objektiver Symptome, den der Kranke oder Verletzte gewöhnlich zeigt, wirklich vorhanden oder sind sie nur simuliert bzw. übertrieben? Das sind recht unerquickliche, oft unlösbare Aufgaben für den human denkenden Arzt, der ein soziales Gewissen hat und auch in dem Symptomen gemisch von nervösen Unfallfolgen einerseits die objektive Wahrheit sucht, andererseits der modernen Strömung in der Arbeiterfürsorge sich nicht entziehen und dem Arbeiter nicht unrecht tun will.“

Was Dr. Laquer über die Rolle des Arztes als Mittel oder Detektiv bei der Begutachtung von Nervenzuständen sagt, gilt auch für die Begutachtung anderer Unfallfolgen. Es ist nicht schwer, sich auszumalen, zu welcher Entscheidung die Vertrauensärzte kommen, die sich auf der einen Seite als Sachwalter der Berufsge nossenschaften fühlen und auf der andern Seite von jedem Unfallverletzten annehmen, daß er simuliere oder doch zum mindesten übertriebe. Und die Zahl dieser Ärzte ist nicht gering. Sie

werden, um der „objektiven Wahrheit“ zum Siege zu verhelfen, nur zu oft zu Schlüssen kommen, die den Unfallverletzten objektives Unrecht tun. Jedes Arbeitersekretariat kann Duzende von Fällen bringen, in denen der Vertrauensarzt in seiner Rolle als Mittel oder Detektiv schwer geirrt, wenn nicht schlimmeres getan hat. Das Wirken mancher Vertrauensärzte ist geradezu unheilvoll. Ihm durch Schaffung absolut unabhängiger Ärzte oder Ärztekollegien zu begegnen, wäre eine der dringendsten und lohnendsten Aufgaben der Gesetzgebung.

### Neue Zustände.

Neuete Zustände scheinen in der Mechanischen Fabrik von Schulte u. Co. in Bindenau, Raimundstraße, zu existieren, wie eine Verhandlung vor dem Schöffengericht gegen den „Meister“ Kögler und den Vorarbeiter Stecher dartut.

Der Schleifer S. hatte am 13. Februar mit dem „Meister“ Kögler eine Auseinandersetzung. Als S. sich auf der Meisterstube entfernte hatte, beobachtete ein Zeuge, wie sich S. mit dem Vorarbeiter Stecher im Hinterhof unterhielt und dann in die Schleifererei ging, wo S. arbeitete. Hier teilte Meister K. dem Schleifer S. nach nochmaligem heftigen Wortwechsel mit, daß er sofort aufhören solle, worauf dieser erwiderte, er gehe nach Fertigstellung seines Auftrags. Im Verlaufe der weiteren Auseinandersetzung packten sich die beiden. Der Vorarbeiter Stecher sprang hinzu und drückte S. an die Wand, während K. mit einem größeren Metallhahn in ebenso unmenslicher als hinterlistiger Weise auf S. losging. Die Zeugen gaben ihrer Meinung dahingehend Ausdruck, daß dieser Ueberfall verabredet war. Einige hinzugekommene Arbeiter mußten die Prügelhelden erst in energischem Ton auffordern, von ihrem Opfer abzulassen, was diese daraufhin wohl oder übel tun mußten. S. der sehr stark blutete, mußte sich in ärztliche Behandlung begeben.

Der Rechtsanwalt Dr. Ewald kennzeichnet das rohe Gebahren dieser schlagfertigen „Helden“ in treffender Weise und beantragte — nachdem der Anwalt die Verurteilung der Angeklagten beantragt hatte — auch die Erstattung der gehaltenen Verluste. Nach längerer Beratung des Gerichts wurden Kögler und Stecher zu je zwei Wochen Gefängnis, 50 Mk. Buße und zur Tragung der Kosten verurteilt.

**Des Margaretentages Ende.** So überschreiben die bürgerlichen Blätter die Notizen und Artikel des Margaretentages. Sie teilen ihren Lesern und der Öffentlichkeit mit, daß der Margaretentrummel wahrscheinlich 200 000 Mk. einbringen werde. Allerdings — so fügen die Nachrichten vorfertigermode hinzu — sind noch die Ausgaben zu kürzen, die bei dem Umfange der diesmal getroffenen Veranstaltungen weit höher sein dürften als am Margaretentage im vorigen Jahre. Die übrigbleibende Summe wird dann wahrscheinlich in Kapitalien irgendwo angelegt und von den Zinsen werden im Diakonienhaus ein paar Freibetten errichtet, mit denen man arme Leidende noch obendrein demütigt. So treibt die Kapitalistenklasse Wohlthätigkeit!

Außerordentlich tief hat unser Flugblatt bei den bürgerlichen Kreisen gewirkt, wie die Bemühungen der Schmids beweist, seinen Inhalt zu entkräften. Besonders die Angabe über die erbärmlichen Löhne der Blumenarbeiterinnen hat die Gesellschaft aufgeschreckt. Eine „wohlinformierte Seite“ versucht, mit Zahlenunterschieden unsere Angaben zu entkräften, aber sie kommt am Ende zu dem Ergebnis, daß der Lohnunterschied zwischen den Heimarbeiterinnen des Sebnitztales usw. und denen in Leipzig durch die teuren Lebensverhältnisse bedingt sei. Mit andern Worten, die hiesigen Heimarbeiterinnen verdienen ebenso kärglichen, zu knappstem Leben unzureichenden Lohn mit der Herstellung einer Ware, mit der die honeste Gesellschaft Wohlthätigkeit übt. Das ist unsre Aufgabe war, die Arbeiter über diesen Bettel aufzuklären, hat uns den glühenden Haß und die einseitige Beschimpfung aus den Bourgeoiskreisen eingetragen, wie die vielen Schmähschriften beweisen, die sie uns sandten. Wir haben sie als eine dankbare Anerkennung unseres Flugblattes zu den anderen gelegt, die uns bei anderer Gelegenheit zugehen pflegen und haben uns lästlich gefreut, als die Schmids in der bürgerlichen Presse der Wahrheit zuwider schreiben mußten, das Flugblatt habe keine Wirkung gehabt.

Ein renitent Oberpostassistent. Der Oberpostassistent Seibel in Schmiedewitz, gegen den mehrere Tage lang vor der Disziplinarkammer verhandelt wurde, ist zu einer Geldstrafe von einem Monatsgehalt in Höhe von 210 Mark und einem Verweis verurteilt worden. Die Dienstentlassung wurde aufgehoben. Wir teilen bereits vor einigen Tagen die Anklage mit und werden morgen näheres berichten.

**Ermittelt.** Der in der Hamburger Straße aufgegriffene und nach einem mißglückten Fluchtversuch festgenommene Lodenkastenräuber ist mit Hilfe des Verblonden Nachverfahrens als der am 7. Januar 1888 in Halle a. S. geborene Schlosser Alexander Ernst August auf'm Wasser erkannt worden. Der Verhaftete ist ein schwer vorbestrafter Einbrecher, der von Rönig aus wegen Entweichens aus der Polizeigewahrsamshaft geschickt wurde. Ramentlich hatte er es auf Wohnungen abgesehen, deren Bewohner aus Anlaß einer Verdrängung auf dem Friedhofe weilten. Im Notizbuch des Einbrechers finden sich Einzelheiten vor, die auf verübte Einbrüche hindeuten. Der gefährliche Mensch wird nun jedenfalls wieder auf längere Zeit unschädlich gemacht werden.

**Bezichtigt** wird seit dem 9. Mai der am 10. Mai 1891 in L. Bindenau geborene, zuletzt Gravelottestraße 26 bei seinen Eltern wohnhaft gewesene Eisendreher Max Walter Hermann Baummann. Der Verhaftete ist übermittelgroß, unterlegt, hat blondes Haar, graublau Augen, gesunde Zähne, Anflug von Schnurrbart und ein Leberfleck auf der Brust. Zuletzt hat Baummann einen dunklen Jacketanzug und schwarzen, steifen Filzhut getragen.

**Anfälle.** Auf einem Neubau an der Brandstraße in L. Connewitz fiel der 34 Jahre alte Arbeiter Rotnar infolge eines Fehltritts aus einer Höhe von drei Metern von einer Leiter und brach den linken Unterschenkel. Der Verunglückte wurde in das Krankenhaus gebracht.

Western nachmittag ist auf der Verbindungsbahn Engelsdorf-Steinitz der 24 Jahre alte Streckenarbeiter Friedrich Pfefferkorn aus Pannsdorf von der Maschine eines Güterzugs umgerissen und mehrfach verletzt worden. Pfefferkorn hat in das Krankenhaus gefahren werden müssen.

Vor dem Neubau Ede Markt und Barfußgasse wurde gestern eine 27 Jahre alte Schänkwirtin von einem Ballen, der von einem

Wagen fiel, getroffen. Dabei hat die Frau einen Weindruck erlitten. Sie hat sich in ihre Wohnung fahren lassen.  
Im Diakonissenhause verstarb an den Folgen einer schweren Verbrennung das am 7. März 1909 geborene Töchterchen Eleonore Irene der in Leipzig-Lindenau, GutsMuthstraße 5, III., wohnenden Arbeitersfamilie Klibel. Das Unglück hatte sich in der Wohnung ereignet. Näheres ist noch nicht bekannt.  
Warnung vor einem Einmieterbeträger. Auswärts hatte sich ein unbekannter Mensch als Monteur der Siemens-Schuckertwerke in Berlin Karl Eckstein angemeldet und den Wirtshausbesitzer vorgelogen, er sei zu einer Fährtenkontrolle abgeholt. Mit einem gefälschten Telegramm erschindeste der Unbekannte von der Wirtin 25 Mk. Seitdem ist er verschwunden. Dem Unbekannten fehlt der rechte Arm; er hat eine Narbe auf dem linken Handgelenk, an beiden Füßen sind die Zehen verkrüppelt. Er ist etwa 33 Jahre alt, hat blondes Haar, blonden gekrümmten Schnurrbart und spricht schwäbischen Dialekt.

**Diebstahl.** In E-Südstrich wurde ein kleiner vierdrähtiger, schwarz angestrichener Handwagen mit Kastenauflage und Firmenbezeichnung Schwarz, Kohlenhandlung, gestohlen.  
Mit Hilfe eines Nachschlüsselers entwendeten Diebe aus einer Wohnung der Sigismundstraße einen Gelddbetrag, eine silberne Herren- und eine silberne Damennuhr, diese im Deckel mit einem Graviert, eine Brosche mit einer in Gold gefassten Photographie, eine mit drei Granaten besetzte goldene Brosche, mehrere goldene Ringe, sechs silberne Kaffeelöffel, gez. 1842, ein Quittungsbuch des Sparvereins für Konfirmandensteuer, auf den Namen Max Küttler lautend, sowie eine in Kupfer getriebene Sparbüchse.

**Verhaftungen.** Ermittelt und festgenommen wurde hier ein wegen schweren Diebstahls straffällig verfolgter, 24 Jahre alter Bader aus Gera, sowie ein 18jähriger Steindrucker aus der Westvorstadt, der bereits wegen Eigentumsvergehens bestraft worden ist und jetzt wieder einen Diebstahl begangen hat.  
Verhaftet wurde ein wegen Urkundenfälschung verfolgter 33 Jahre alter Arbeiter aus Ruffisch-Polen, sowie ein 19jähriger Arbeiter, der verdächtig ist, an einem im Nordviertel verübten Einbruch beteiligt gewesen zu sein. Einige der damals gestohlenen Sachen trug der Verhaftete auf dem Leibe.

### Aus der Umgebung.

#### Schutz der „nationalen Jugend“.

Als die deutsche Arbeiterschaft daran ging, die Erziehung der proletarischen Jugend selbst in die Hand zu nehmen, und als sie Kraft ihrer starken Organisationen auch mit beachtlichen Erfolgen auszurufen konnte, war für die bürgerliche Gesellschaft plötzlich der Zeitpunkt gekommen, nun auch etwas für die bis dahin vernachlässigte Jugend zu tun. Alle Mächte des Klassenstaates wurden auf die Jugend losgelassen, und besonders in Sachsen und Preußen kämpfte sich die ganze Ordnungsmacht mit der vom Reichstagswahlkampf her bekannten Dummheit: Es geht aufs Ganze! In den Kampf um die Arbeiterjugend. Staatsmittel wurden in reichlichem Maße zur Verfügung gestellt, ohne Rücksicht auf die Parteizugehörigkeit, ohne Rücksicht auf die Religion fanden sich die Staatsretter zusammen, um gemeinsam den neuen Herkules Arbeiterjugend zu besiegen. Die Polizei, die Staatsanwaltschaft und die Gerichte gaben sich alle erdenkliche Mühe, die proletarische Jugendbewegung mit Paragraphen zu erdrücken. Und der Erfolg dieser Heberhaften, vom ganzen Beamtenapparat unterstützten Tätigkeit? Ein weiteres Anwachsen der proletarischen Jungmannschaft. So greifen die Herrschenden in ihrer Hilflosigkeit auch hier zum Mittel der Gewalt, da nun einmal das Recht nicht auf ihrer Seite steht. Wie sich im Laufe der Zeit inwieweit der Scharfmacher eine grauenhafte Streitschulung für die proletarische Jugend zuwege brachte, die den angeblich nützlichen Elementen ein besonderes Schutz zuteil wird, so will man jetzt die jetzige „nationaldeutsche Jugendbewegung“ hinfort zum Leben bringen, indem man inwieweit besonders Schutz stellt.  
Der mit einem Jungdeutschlandschulgesetz! So ruft der Regierungspräsident von Merseburg aus, indem er an die ihm untergeordneten Behörden folgenden Rundschreiben erläßt:  
Der Regierungsräsident.  
I. c. Nr. ...

Merseburg, den 11. Mai 1912.

Wie ich von verschiedenen Seiten erfahren, meinen sich in neuerer Zeit, namentlich nach dem behördlichen Bescheid der Jugendpflege in die Hand genommen worden ist, die Fälle, daß junge Leute, welche sich den Veranstaltungen derselben anschließen, durch unehrerliche Terrorismus der Sozialdemokraten (Zwangsbeiträge, Ausschaltung aus dem Kreislauf der Fabrikarbeit, grobe Verhöhnung usw.) wieder abspenstig gemacht werden sollen.  
Ich erlaube, soweit dies möglich ist, zu veranlassen, daß gegen solche Ausschreitungen mit allen gesetzlichen Mitteln mit Nachdruck vorgegangen wird. Jedemfalls erlaube ich, auch wenn ein Vorgehen nicht möglich ist, mir über jeden einzelnen aus Ihrer Kenntnis kommenden Fall unter Beifügung etwa erforderlichen Materials eingehend Bericht zu erstatten, da ich den bestenfallsigen Material zu einer Vorlage an den Herrn Minister zwecks Vorgehens auf gesetzlichem Wege zu sammeln.  
gez. v. Gersdorf.

Nichts kann den bürgerlichen Jugendrumpel besser charakterisieren, als dieser Schrei nach Gewaltmaßnahmen. Am Wohle der Jugend mitzuarbeiten, Wissen zu verbreiten, ist von allem Anfang an nicht der Zweck der offiziellen Jugendpflege gewesen. Sie sollte im Gegenteil nichts weiter sein, als ein Schutzwall gegen den sich im Volke immer ungestümmer bemerkbar machenden Bildungsdrang. Also Aufklärungsmöglichkeit sollte verhindert werden durch einen geistlichen, zum blinden Kadavergehörig am erziehenden militärisch-patriotischen Drill. Bisher versuchte man diesen eigentlichen Zweck zu verfeinern durch einen Wust nichtssagender Phrasen. Jetzt scheint man aber das Auslösen dieses jämmerlichen Verunsicherungsmanövers eingesehen zu haben. Die bürgerlichen Jugendfreunde haben eingesehen, daß man mit dem bloßen Will und Geist, über das sie verfügen, keine geistige Strömung aufhalten kann. Deshalb läßt man die zerstückelten Märkte fallen, deshalb der Ruf nach gesetzlichen Gewaltmaßnahmen. Und das ist für die erste gemeinte praktische Jugendpflege von außerordentlichem Werte. Dadurch, daß die offiziellen Jugendvereine auf eine gleiche Stufe gestellt werden mit den gelben Streikrednerkolonnen, wird ihr wahrer Zweck offenbart, und selbst dem blödesten Arbeiter muß nun Bewußtsein gebracht werden, daß die tatkräftigste Unterstützung der proletarischen Jugendbewegung für ihn von der allergrößten Wichtigkeit ist.

**Dejsh. In der Gemeinderatsitzung vom 17. Mai** wurde Kenntnis genommen von der Bereitwilligkeit der Amthauptmannschaft, für die Gemeinden Großschöden, Gashwitz und Deuben, inklusive deren Rittergüter die Vermittlung über deren Anschließ an das Dejsher Wasserwerk zu übernehmen, da die Verträge dieser Gemeinden auf Errichtung eines eigenen Wasserwerks keine Aussicht auf Verwirklichung hätten. — Auf Veranlassung des Gemeinderats hat eine Untersuchung des in den Straßen festgeboenen Speiseeises stattgefunden. Obwohl dies einwandfrei befunden worden ist, soll durch den Gemeindevorstand bei der Amthauptmannschaft der Erlaß von Vorschriften analog denen von Leipzig angeregt werden. — Vor der Beschickung des Vertriebtages des Giroverbandes sächsischer Sparkasten wurde Abstand genommen. — Die Krankenpflege, die von der Kirche aus für Dejsh und Gashwitz durch eine Person ausgeübt wurde, genügt nicht mehr den Verhältnissen. Deshalb hat der Gemeinderat Ende vorigen Jahres schon beschlossen, für Dejsh selbst eine Person anzustellen und im Haushalteplan außer einer Unterstützung durch die Kirche 800 Mk. eingestellt. Nun hat sich aber herausgestellt, daß die Summe nicht zureichend ist, wenigstens verlangt das Diakonissenhaus für Ueberweisung einer solchen Kraft bedeutend mehr, und zwar: 280 Mk., die an das Diakonissenhaus zu zahlen sind, für die Diakonistin selbst 1.20 Mk. tägliche Kostenentschädigung, freie Wohnung, die von der Gemeinde nach einem beigegebenen Verzeichnis einzurichten ist, freie Heizung, Steuerfreiheit, Wäsche usw. In Anbetracht dieser Forderungen wurde die ganze Sache dem Finanz- und Wohlfahrtsausschuß zur Beratung überwiesen. — Auf die Veranlassung der Amthauptmannschaft über Säuglingsfürsorge wurde beschlossen, in besonderen Fällen eine Unterstützung in Naturalien eintreten zu lassen. Nach einer Umfrage bei den drei Hebammen, die dem Gemeinderat bei der Durchführung seines Beschlusses mit beifällig sein sollen, wäre in den letzten vier Jahren in drei Fällen eine Bedürftigkeit vorhanden gewesen. Ueberhaupt wurde die Sterblichkeit der Kinder unter einem Jahre in Dejsh dem Landes- und Reichsdurchschnitt gegenüber als günstig bezeichnet. Für Dejsh kamen 1910 10 Prozent, für das Reich 19 Prozent, 1911 mit seinen anormalen Witterungsverhältnissen für Dejsh 21 Prozent, für Sachsen 25 Prozent in Betracht. — Die Berechnung der Wasserrente hat infolge einer Änderung erfahren, als sie nicht mehr nach der lichten Weite der Riese, sondern nach dem Kubikmeterdurchschnitt erfolgt. — Der Wassermessersatz für Marktleberg wurde mit 45 Mk. jährlich berechnet. — Entgegen den Bestimmungen ist öfters mit Postwagen durch die Borngasse gefahren, und die Eingäunung der Anlieger beschädigt worden. Es wird deshalb ein Verbot für mittlere und schwere Fuhrwerke erlassen. Durch Aufstellen von Stempeln an beiden Seiten soll die Durchfahrt für derartige Geschirre unmöglich gemacht werden. — Der südwestliche Bebauungsplan, der in einer früheren Sitzung gegen zwei Stimmen der Unausführung der dritten Bauzone (Willen und Landhäuser) zugestimmt wurde, wurde nun endgültig bei denselben Stimmverhältnissen in die Ortsbauordnung eingereiht. — Beschlossen wurde, vom 15. Mai bis 15. August nur die Nacht- resp. Abendslaternen brennen zu lassen, und am Gemeindevorstand eine Laterne, die die ganze Nacht brennt, anzubringen. — Dem Ankauf eines Handwagens von Hohen zum Preise von 85 Mk. wird zugestimmt. — Die Säulenherstellung in der Waldstraße wurde an Schindler in Gashwitz zum Preise von 1107 Mk. vergeben. Das höchste Preisangebot betrug 2000 Mk. — Für das Baden der Schulkinder im Flußbad Leipzig-Döllitz wurden 75 Mk. verlangt und bewilligt. — Die Umgründung des Gemeindevorstandes wegen eventueller Einführung der Sparkastensatzpflicht-Versicherung wurde vom Gemeinderat beauftragt und der Beitritt der Dejsher Sparkasse in Aussicht gestellt. — Die Herstellung von Sparkastenbildern wurde an Gehr. Bohemann zum Preise von 155 Mk. vergeben. — Angeregt wurde, daß die schon verschiedentlich Male verlangten und versprochenen Bänke nun endlich aufzustellen. Nach Bestimmung der geeigneten Plätze sollen Kostenanschläge eingefordert werden.

**Rauswurf aus dem Stadtparlament.** Das Bausuch des Herrn Julius (Anbau einer Schlafkammer an das Wohnhaus Gartenstraße 9) wurde bedingungsweise befürwortet. — Gärtnerlehrling Schneider wüßte anlässlich der Errichtung eines Wohnhauses am Gassanaltweg als Sicherheit für die Straßenauslasten an Stelle der Hinterlegung eines Sparkastensbuchs zwei Stück vierprozentige Pfandbriefe der Meiningischen Staatsanleihe in Höhe von 1000 Mk. zu hinterlegen. Das Ansuchen wurde grundsätzlich abgelehnt, da auf der Einhaltung der Bestimmungen der Ortsbauordnung bestanden werden muß. — Dem Vorstand des Bauausführungsausschusses sächsischer Städte soll unverbindlich mitgeteilt werden, daß sich die Stadt unter Umständen zum Beitritt bereit erklärt. — Dem Vorschlag des Bauauschusses zufolge soll das Gast- und Gesellschaftszimmer der Ratskellerei neu vorgerichtet werden. Die Arbeiterarbeiten sind unter den hiesigen Palenmeistern auszuschreiben. Von der gewünschten Anbringung eines Windfangs und der Vergrößerung des Gesellschaftszimmers soll abgesehen werden. — Die von Herrn Arno Wahren gewünschte Verpachtung eines Wiesengrundstücks an der Alkanlage soll mit Rücksicht auf die bevorstehende Ausführung der Alkanlage unterbleiben. — Ein Besuch der Herren Herfurth und Michael, dem Unternehmer der Beschleunigungsarbeiten aufzugeben, die dabei nötigen Maurerarbeiten nur an hiesige Unternehmer zu vergeben, soll Herrn Dr. Ing. Heyd zur Kenntnis mitgeteilt werden. — Von der Mitteilung des Kirchenvorstandes vom 25. April 1912, wonach zufolge der Verordnung des Landeskonfistoriums vom 20. März d. J. dem Verkauf des alten Friedhofs nicht vor dem Jahre 1927 näher getreten werden kann und von der weiteren Mitteilung, worin der Kirchenvorstand um käufliche Abtretung des Landes zur Erweiterung des neuen Friedhofs zu dem früher festgesetzten Preise von 1.50 Mk. pro Quadratmeter ersucht, wurde Kenntnis genommen. Mit Rücksicht darauf, daß die früher, dem Sinne nach als Austausch zu betrachtende Ueberlassung des alten Friedhofs jetzt nicht aufstehen kommt, soll zwar in die Abtretung des zur Vergrößerung des neuen Friedhofs nötigen Landes gewilligt werden, aber unter der Bedingung, daß pro Quadratmeter 3 Mk. gezahlt werden. — Vor Entscheidung auf das Angebot des Herrn Glitz zum Kauf eines Teils der sogenannten Feuerwehrruine soll zunächst eine Beschichtigung erfolgen. — Für die im Laufe d. J. in einer Gastwirtschaft erfolgte Einquartierung soll nur der vorgesetzte Satz bezahlt werden. Im übrigen sollen die Gastwirte Mitteilung erhalten, daß die Eiche der Einquartierungsordnung auch bei unermittelten Einquartierungen innewohnen sind. — In geheimer Sitzung wurde die Wahl für den Schlachtviehschätzungsausschuß vorgenommen und dabei die bisherigen Mitglieder wieder und Herr Gutsbeffer Robert Brommer neu hinzugewählt.

**Gilenburg.** Die Barbiergehilfen, deren Arbeitszeit ins unendliche ausgedehnt ist, versuchen auch in Gilenburg eine Besserung herbeizuführen. Die gestellten Forderungen dieser Art waren wirklich so minimal, daß es der Menschlichkeit Lohn spricht, sie abzuschlagen. Schluß der Arbeitszeit soll von Montag bis einschließlich Freitags um 8 Uhr abends sein, Sonnabends um

9 Uhr und Sonntags um 12 Uhr. In der am 10. Mai abgehaltenen Kommissionsitzung wurde dem Statutgebenden bis auf den Schluß am Sonntag, Es hieß: dies sei unmöglich durchzuführen, da Rücksicht auf die Landwirtschaft genommen werden müßte und dergleichen mehr. Man einigte sich in der Kommissionsitzung dahin, diese Frage gemeinschaftlich zwischen Meister und Gehilfen in einer Versammlung zu behandeln. Hier stehen die Gehilfen aber ganz unerwartet auf Widerstand. Der stellvertretende Obermeister lehnte alles ab bis auf den Geschäftsfluß am Sonnabend. Es kam zu erregt Auseinandersetzungen, in der Genosse Pinkowski den Standpunkt der Gehilfen verteidigte. Die Innungshelden, unter Führung des stellvertretenden Obermeisters Dietrich, glaubten durch allerlei Ausflüchte die beschiedene Forderung als unannehmbar hinstellen zu müssen. Einer der Herren führte sogar als Beweis an, daß sein Gehilfe lieber  $\frac{1}{2}$ , oder  $\frac{1}{4}$  Stunde länger arbeitet. (?) Schließlich einigte man sich auf folgenden Vertrag. Die Arbeitszeit beginnt im Sommer Montags bis inkl. Freitags um 7 Uhr früh und dauert bis abends 8 Uhr, Sonnabends von früh 6 Uhr bis 9 Uhr abends, Sonntags von früh 6 Uhr bis 2 Uhr nachmittags. Im Winter beginnt die Arbeitszeit Montags bis inkl. Freitags um  $\frac{1}{8}$  Uhr früh und dauert bis abends 8 Uhr, Sonnabends von früh 7 Uhr bis 9 Uhr abends, Sonntags von früh 6 Uhr bis 2 Uhr nachmittags.

**Protest gegen das Junkerregiment.** Am Sonnabend fand eine öffentliche Volksversammlung statt, in der Genosse Orens scharf aber treffend die letzten Vorkommnisse im Dreiklassenparlament sowie die in letzter Zeit gefallenen Äußerungen Wilhelms II. kritisierte. Genosse Raute ergänzte den Vortrag und sprach im Sinne nachstehender Resolution: Die heute von 900 Personen besuchte Versammlung legt entschieden Protest ein gegen das die Würde und das Ansehen des Parlamentes schwer schädigende Verhalten der Mehrheit des preussischen Abgeordnetenhauses. Sie ist fest überzeugt, daß die sozialdemokratische Fraktion nur ihre Pflicht getan hat und daß von der Mehrheit des Abgeordnetenhauses gebilligte Vorgehen des Präsidenten gegen die Abgeordneten Vorhadt und Veinert im Widerspruch mit den Abgeordneten steht. Die Versammelten sind ferner der Meinung, daß die in Strassburg gefallenen Worte des Kaisers der Verfassung nicht entsprechen und eine schwere Verurteilung des gesamten deutschen Volkes hervorgerufen haben. Sie haben die Ueberzeugung gewonnen, daß diese hilflosen Zustände nur beseitigt werden können, wenn das bestehende Wahlrecht in Preußen beseitigt und durch das freie, gleiche, geheime, direkte Wahlrecht für alle 20 Jahre alten Männer und Frauen ersetzt ist. Die Versammelten wissen, daß noch schwere, erbitterte Kämpfe durchzuführen sind, ehe dieses Ziel erreicht ist, und sind fest entschlossen, diese Kämpfe mit aller Energie und ungeachtet der unabweislichen großen Opfer durchzuführen, bis auch dem preussischen Volke sein Recht und seine Freiheit wird. Die Resolution wurde einstimmig angenommen.

### Von Nah und Fern.

#### Bahnarbeiter vom Schnellzug zermalmt.

Ein schweres Unglück hat sich auf der Strecke Berlin—Schneidemühl zwischen den Orten Bschow und Jantoch zugetragen. Der Telegraph meldet darüber:

Landberg a. M., 20. Mai. Heute vormittag 10 Uhr 20 Min. fuhr der anlässlich des Pfingstfreizeitverkehrs eingelegte Durchgangszug Berlin—Schneidemühl zwischen Bschow und Jantoch in eine Arbeiterkolonne hinein. Der Vorarbeiter Bizorek aus Jantoch und die Streckenarbeiter Schäler und Siebelt aus Grawlow wurden überfahren und sofort getötet.

Nach den bestehenden Vorschriften hat der Vorarbeiter ständig die Strecke zu beobachten. Wie war es da möglich, den heranbrauselnden Zug zu übersehen? Hat der Vorarbeiter etwa aus der bekannten preussischen Sparsamkeit auch die Hufe führen müssen, so daß er die Strecke nicht übersehen konnte? Aufklärung tut hier dringend not. Als ein Wunder muß es fast erscheinen, daß nicht noch mehr Opfer der preussischen Eisenbahnpolitik auf der Strecke geblieben sind.

#### Mutige Schlägerei zwischen Soldaten und Zivilisten.

Bei dem Gaultursteil am Sonntag in Haidach bei Adschaffenburg kam es in später Nachtstunde zu einem folgenschweren Zusammenstoß zwischen Soldaten und Zivilisten. Etwa 40 Mann und zwei Unteroffiziere des hiesigen Jägerbataillons wurden plötzlich von Dorfburschen mit Knochtrüben bombardiert. Die Jäger zogen blank. Darauf gaben die Dorfburschen Schüsse mit Revolvern und Jagdgewehren ab. Auf beiden Seiten gab es bedeutende und zahlreiche Verletzungen. Das Garnisonkommando von Adschaffenburg sandte später den Bedrängten Verstärkungen, worauf der Festplatz völlig geräumt wurde.

#### Folgen der Automobilkrajerei.

Berlin, 21. Mai. Die Morgenpost meldet aus Friesdorf: Prinz Georg von Cumberland und sein Kammerherr v. Greve sind einem schweren Automobilunfall zum Opfer gefallen. Der Prinz befand sich auf dem Wege nach Kopenhagen und sah selbst am Steuer das Wagen. Etwa zehn Kilometer hinter der Stadt Friesdorf wurde er auf der Chauffee Reparaturen vorgenommen. Das Automobil fuhr mit einer Geschwindigkeit von 90 bis 100 Kilometer in die frisch gepflasterte, aber noch nicht gewalzte Chauffee hinein. Der Wagen wurde in den Chauffeegraben geschleudert. Der Prinz schlug vorwärts mit dem Kopfe auf das Blechgehäuse des Motors; sein Kopf wurde vollständig zermalmt. Das Steuer brach bei dem Sturz das Genick. Der Prinz und sein Begleiter waren auf der Stelle tot. Dem Chauffeur wurde der linke Arm zerhackt. Die beiden Leichen wurden in die Kirche des nahegelegenen Dorfes Adakel gebracht.

### Erwerbt das Bürgerrecht!

#### Küchenzettel der Städtischen Speise-Anstalten.

M i t w o c h:  
Speiseblatt I (Vormittag 9): Gode Erben mit Wiener Würstchen.  
Speiseblatt II (Abend 12): Rindfleisch mit Rindfleisch.  
Speiseblatt III (Mittag 12): Rindfleisch mit Rindfleisch.  
Speiseblatt IV (Abend 12): Gode Erben mit Wiener Würstchen.  
Speiseblatt V (Mittag 12): Rindfleisch mit Rindfleisch.  
Speiseblatt VI (Abend 12): Rindfleisch mit Rindfleisch.  
Speiseblatt VII (Abend 12): Rindfleisch mit Rindfleisch.  
Speiseblatt VIII (Abend 12): Rindfleisch mit Rindfleisch.

# Nach allgemeinem Urteil

sind  **MAGGI** Suppen die besten!

Allein echt mit dem Namen MAGGI und der Schutzmarke „Kreuzstern“.

gefördert von der  Deutschen Forschungsgemeinschaft

SLUB Wir führen Wissen. <http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19120521/10>

Reichstag.

86. Sitzung, Montag, 20. Mai, 1 Uhr.

Am Bundesratsitz: Dr. Debrick, Kuhn.

Die Rechtsverträge Deutschlands mit Bulgarien

sind der erste Gegenstand der Tagesordnung.

Ministerialdirektor Krieger: Bisher beruhten die Rechte der Ausländer in Bulgarien auf den sogenannten Kapitulationen. Danach steht den Mächten das Recht der eigenen Gerichtsbarkeit über ihre Angehörigen in Bulgarien zu und diese Gerichtsbarkeit wird ausgeübt durch die Konsuln. Bulgarien hat seit lange den Wunsch, die Kapitulationen abzuschaffen. Sämtliche Mächte und auch Deutschland sind damit einverstanden. Die Gesetze, die Rechtssprechung und die Verwaltung in Bulgarien machen diese Aufhebung unbedenklich. Zu diesem Zweck will Deutschland Rechtsverträge mit Bulgarien abschließen, die dem Reichstag zur Genehmigung vorgelegt werden. Es handelt sich um einen Konsularvertrag, um einen Vertrag um Rechtsschutz und Rechtshilfe in bürgerlichen Angelegenheiten und um einen Auslieferungsvertrag. Der Inhalt des letzten Vertrags ist: die Auslieferung beruht auf Gegenseitigkeit und findet bei allen gemeingefährlichen Vergehen und Verbrechen statt.

Abg. Dr. Am Jahnhoff (Zentr.) ist mit den Verträgen einverstanden.

Abg. Dove (Sp.) regt an, daß Deutschland auf die Türkei dahin wirken möge, daß sie ihre innere Rechtspflege, die sehr veraltet ist, so verbessere, daß auch dort die Kapitulationen aufgehoben werden können.

Abg. Haase (Soz.): Wir werden für die Verträge stimmen, weil sie gegenüber dem gegenwärtigen Zustand einen Fortschritt bedeuten.

Ministerialdirektor Krieger erklärt, daß die Regierung in dieser Richtung auf die Türkei bereits zu wirken suche.

Die Verträge werden angenommen.

In einem zweiten Nachtragsetat werden 250 000 M. für die Errichtung einer Versuchsanstalt für Luftschiffahrt und 700 000 M. für die Vorarbeiten zum Ausbau des Reichstagsgebäudes (Herstellung neuer Arbeitszimmer für die Abgeordneten) gefordert. Nach unvollständiger Debatte wird der Nachtragsetat bewilligt. Der nächste Gegenstand ist die zweite Beratung des Gesetzes auf Beseitigung des Branntweinkontingents.

1. Die Branntweineinverbrauchsabgabe.

Der § 1 bringt die Beseitigung des Kontingents in Norddeutschland und die (allgemeine) Einführung des bisherigen höheren Abgabensatzes von 125 M. für den Dekoliter.

Nach den Kommissionsbeschlüssen sollen jährlich 16 Millionen aus der Verbrauchsabgabe zu Vergütungen für den technischen Spiritus verwendet werden (Abs. 2 des § 1).

Die Sozialdemokraten stellen hierzu zwei Anträge, über die namentlich abgestimmt werden soll.

1. In § 1 Abs. 1 statt: „der niedrigere Abgabensatz von 105 M.“ zu setzen: „der höhere Abgabensatz von 125 M.“ wird aufgehoben. (Einheitliche Festsetzung der Verbrauchsabgabe auf den niedrigsten bisherigen Satz von 105 M. für den Dekoliter.)

2. Den Abs. 2 des § 1 wie folgt zu fassen:

„Aus dem Ertrag der Verbrauchsabgaben sind jährlich 16 Millionen Mark zu entnehmen und zu verwenden: 1. zur Gewährung von Beihilfen an hilfsbedürftige Kriegsteilnehmer; 2. zur Deckung des Reichsausschusses, der zur Herabsetzung der Altersgrenze vom 70. auf das 65. Lebensjahr für den Bezug der Altersrente erforderlich ist.“

Abg. Dr. Siedekum (Soz.): Die Vorlage und ihre Verteidiger behaupten, es sei die Absicht dieses Gesetzes, die Liebesgabe aufzuheben. Seit vielen Jahren bekämpfen wir die Liebesgabe auf das schärfste, weil mit ihr die Kerne der Armen bedingt werden, aus ihrem kümmerlichen Einkommen zum Teil sehr bestyrkte Mitglieder der Gesellschaft zu unterstützen. Für sie wird eine Hilfsvereinsgesetzgebung getrieben. Die Liebesgabe ist die gerade Umkehrung einer vernünftigen Sozialpolitik. Die Verneinung gebietet, daß der Starke dem Schwachen hilft. Hier aber geschieht das Umverhältnis, daß die Schwachen den Starken helfen. Nun wird eingewendet, daß durch die Liebesgabe der Betrieb der Landwirtschaft in gewissen Teilen des Reichs überhaupt erst rentabel gemacht werde. Aber nicht alle Güter mit leichtem Sandboden besitzen Brennereien, sie mühten schon längst den Weg alles Fleisches gegangen sein, wenn die Behauptung richtig wäre, daß nur die Liebesgabe den Betrieb solcher Güter ermöglichte. Wir sehen aber im Gegenteil, daß die bäuerlichen Wirtschaften im Osten, besonders in Pommern, stark zunehmen. Zwei Tage vor Beratung des Branntweingesetzes hat Graf Schwerin-Uschke hier die wachsende Bedeutung der Kartoffelzucht betont, d. h. die Möglichkeit, die Kartoffeln anders als für die Brennerei zu verwerten. Das widerlegt auch die Behauptung, daß die Landwirtschaft in gewissen Teilen des Reichs nur mit Hilfe begünstigter Brennereien existenzfähig sei. In Wirklichkeit handelt es sich darum, daß die großen Grundbesitzer ihre fähigen Kasse ohne die Existenz begünstigter Brennereien schwer halten können. Denken Sie an die Ausplauderungen des Dr. Semler, der auch jetzt fern von Madrid weiß, wie er es immer tut, wenn die Gefahr besteht, daß über die Branntweinsteuereinnahmen gesprochen wird. (Heiterkeit.) Er hat 1909 bei den Steuerdebatten bekanntlich erzählt, was ihm der damalige Staatssekretär Graf Vosadomsky in einer schwachen Stunde anvertraut hat: „Wir brauchen die Liebesgabe unbedingt. Wovon sollen sonst die ostdeutschen Großgrundbesitzer die Zulage für ihre Leutnantsöhne und Söhne als Referendare bezahlen?“ Vor allen Dingen wäre es notwendig, ein klares Bild über die Lage der kontingentierten Brennereien zu haben. Aber davor hielten sich die Herren. Jeder Arme, der gezwungen ist, Armenunterstützung in Anspruch zu nehmen, muß es sich gefallen lassen, daß seine Verhältnisse genau untersucht und kartografiert werden. Das sollte auch für die Brennereibesitzer gelten, die öffentliche Gelder in Anspruch nehmen. Vor den Folgen der öffentlichen Armenunterstützung, Verlust des Wahlrechts, sind die Liebesgabenempfänger freilich bewahrt geblieben. Ja die Junker haben verhindert, daß in Preußen, wo sie herrschen in bezug auf das Wahlrecht, die das Reichsgesetz von 1909 brachte, eingeführt wurde, was Sachsen und Württemberg längst getan haben. (Hört, hört! bei den Soz.) Die Verteidiger der Vorlage behaupten, man brauche nur den Unterschied der Besteuerung, das Kontingent, aufzuheben, um die Liebesgabe zu beseitigen. Aber schon die Begründung der Vorlage sagt ausdrücklich, daß das Kontingent wesentlich an Bedeutung verloren hätte.

Deshalb ist es recht naiv, wenn der bayerische Ministerpräsident v. Hertling meinte, man könne es der Pflanz nicht recht machen; so lange die Liebesgabe bestanden hätte, hätte sie geschrieben, sie müsse aufgehoben werden, nun wolle man sie aufheben, und da sei es ihr wieder nicht recht. Der Unterschied ist eben der: Wir wollen die Liebesgabe wirklich aufheben. Sie (nach rechts) wollen sie nur scheinbar beseitigen. (Lebhafte Zustimmung bei den Soz.) In Wahrheit ist durch das Branntweinsteuergesetz von 1909 die wirtschaftliche Aufgabe des Kontingents zum großen Teil auf den Durchschnittsbrand, und was noch fehlt, auf den Bergalltagszwang und Ueberbrand übergegangen. Wäre diese Vorlage vor dem Gesetz von 1909 eingebracht worden, so hätte sie das erreicht, was eigentlich die Steuern sollen, nämlich daß sie rechtlos in die Staatskasse fließen; jetzt erreicht die Vorlage das Gegenteil. Die Regierung will die Aufhebung der Liebesgabe jetzt nicht, weil sie ein Unrecht gutmachen will, sondern sie stellt sich auf den Standpunkt, daß sie das anrüchige Gesetz von früher nur infolgedessen ändern will, als sie daraus eine höhere Einnahme für sich ziehen kann. Sie will 36 Millionen Mark mehr für die Reichskasse gewinnen. Das ist ja nun freilich nicht gelungen. Denn wenn man das Gesetz, so wie es aus der Kommission herausgekommen ist, genauer ansieht, so bemerkt man, daß der Abs. 2 des § 1 schon die Hälfte der von der Regierung geforderten Summe wegstreicht. Die Beschlüsse der Kommission konnten aber nur eine Mehrheit finden, weil die nationalliberalen Herren der Kommission bis auf einen (stichtartig in das Lager der Agrarier übergingen. (Hört, hört! bei den Soz.) Im Jahre 1909 war es ähnlich. Damals war auch ernsthaft die Rede von einer Verminderung des Kontingents. Die Nationalliberalen wollten bis auf den niedrigsten Satz, bis auf 1 M. herabgehen, und auch damals wäre eine Mehrheit für die Verminderung der Kontingentspannung vorhanden gewesen. Damals aber wollte das Zentrum wieder zur Regierung kommen durch die Zerstümmung des Pilsowblocks, und man konnte in der Kommission sehen, wie die Herren vom Zentrum gewissermaßen das Gold in der Hand schüttelten (Heiterkeit links), und da konnten die Konservativen nicht mehr widerstehen und sagten: Nein, mit den Freisinnigen und mit den Nationalliberalen gehen wir nicht wieder zusammen. (Sehr richtig! links; Gelächter rechts.) Diesmal hat sich das Gleiche wiederholt, nur mit einer leichten Veränderung der Parteien. (Sehr wahr! bei den Soz.) Der nationalliberale Herr Sieg ist ja gewiß liberal, er ist sehr liberal, aber nur so lange, bis die agrarischen Interessen in Frage kommen, dann aber ist er genau so agrarisch wie (nach rechts zeigend) die da drüben. Vor einigen Tagen hatten wir das Vergnügen, einen Mann aus Auftritten hier zu sehen. Er sagte, ich bin der einzige Mann, der einen ganzen Kontinent vertritt, aber ich bin auch danach gewachsen. Auch Herr Sieg kann sagen: Ich bin der einzige, der in der nationalliberalen Partei die ultraagrarischen Interessen vertritt, aber ich bin auch danach gewachsen. (Er Heiterkeit bei den Soz.) Um die Liebesgabe wirksam aufzuheben, haben wir beantragt, die Branntweinsteuer auf 105 M. herabzusetzen, und auch der Staatssekretär hat zugeben müssen, daß unser Antrag der richtige Weg wäre, aber, fügte er hinzu, ich kann diesen Weg nicht mit Ihnen gehen, denn dazu fehlt mir das Geld. (Sehr richtig! rechts.) Selbstverständlich haben auch wir eingesehen, daß die Einnahme aus dieser Steuer dann nicht so groß wäre wie bisher, und so sind wir auch bereit, hierfür eine Deckung zu schaffen. Einer unserer

Advertisement for Franz Ebert clothing store. Features various fashion items with prices and descriptions. Text includes: 'Besonders billige Pfingst-Offerte', 'Jacken-Anzug', 'Blusen-Anzug', 'Schoss-Bluse', 'Ballist-Bluse', 'Volle-Bluse', 'Leinen-Paletot', 'Leinen-Kleid', 'Leinen-Kostüm', 'Kleid', 'Staubmantel', 'Rock', 'Bluse', 'Rock'. Price range from 3 to 19 M. Store address: Grösstes Spezialhaus in Sachsen.

Vertreter hat ausdrücklich im Namen seiner Fraktion erklärt, daß wir bereit wären, für eine Erbschaftsteuer zu stimmen (Hört, hört! links), um eine indirekte Steuer zu ermöglichen. Vorläufig sind aber die Mehrheitsparteien auf diesen Vorschlag noch nicht eingegangen, das letzte Wort in dieser Angelegenheit ist jedoch noch nicht gesprochen; beim Nachtragsetat werden wir zu Anträgen kommen, die die Frage der Vermögenssteuer noch einmal anregen. Die 16 Millionen Mark, die zugunsten des technischen Spiritus von der Steuer getrieben werden, sind gewissermaßen das Heigenblatt für die Nationalliberalen (Heiterkeit links), mit welchem sie vor die Industrie treten wollen und sagen, wir haben auch für die Industrie etwas getan. Das ist aber durchaus nicht richtig. Der Preis des technischen Spiritus kann nicht dauernd auf einer ungesunden Höhe gehalten werden, da er sich sonst nicht mit denjenigen Produkten konkurrenzfähig erhalten kann, mit denen er notwendigerweise konkurrieren muß. Würde die Spirituszentrale den Spirituspreis für den technischen Spiritus noch einmal in die Höhe treiben, so würden, wie man dem Lande zu sagen pflegt, die Brenner „im Spiritus erkaufen“. (Sehr richtig! bei den Soz.) Darum kommen auch diese 16 Millionen lediglich den Agrariern zugute, die nur so den Preis nicht nur für den Weinbrandwein, bei dem leider der Konsumrückgang auch bei Preissteigerungen nicht so stark ist, auf der jetzigen Höhe halten können, sondern auch für den technischen. Darum erlauben wir erneut, Ernst zu machen mit der Abschaffung der Liebesgabe, die hier nur scheinbar verfehlt wird, ohne Rücksicht auf die Verhältnisse in Süddeutschland, die wir durchaus aufrecht erhalten wollen, und bitten Sie, zunächst einmal den Einheitsatz von 105 Mk. pro Hektoliter festzusetzen. Bleiben Sie dabei, daß die 16 Millionen herausgenommen werden sollen, so verwenden Sie diese wenigstens anders, für welche Zwecke, wird Ihnen einer meiner Freunde nachher noch Anträge unterbreiten. (Vehementer Beifall bei den Soz.)

Abg. Sped (Zentr.): An der gegenwärtigen Vorlage hat eigentlich niemand eine rechte Freude. Ihr Vorzug ist, daß sie mit dem Schlagwort Liebesgabe aufräumt. Herr v. Hertling hatte vollkommen recht. Diefelben Leute, die immer mit der Behauptung kreben gingen, die Liebesgabe sei ein Geschenk an die ostelbischen Junker, die erklären jetzt, die Aufhebung der Liebesgabe sei eine Neubelastung des Konsums. (Hört, hört! rechts und im Zentr.) Für den niederen Steuerfah kann nur eintreten, wer dem Reich die notwendigen Mittel verworfen will. (Rufe bei den Soz.: Erbschaftsteuer!) Darauf kommen wir ja noch später. Die 16 Millionen sind nicht für die Agrarier, sondern für den technischen Spiritus; um sie soll der Preis für den Weinbrandwein niedriger gehalten werden können. (Sehr richtig! rechts und im Zentr.) Sie sind also ein Geschenk für die Konsumenten. Trotz mancher Bedenken stimmen wir für die Vorlage, weil sie große Vorteile für die kleinen Brenner bringt, und süddeutsche Wünsche erfüllt.

Abg. Reimath (nat.-lib.): Herr Dr. Semler ist wegen langer schwerer Krankheit und aus keinem andern Grunde abwesend. Die Schwierigkeiten der Materie liegen in den scharfen Gegensätzen nicht nur zwischen Produktion und Konsum, sondern auch zwischen Nord und Süd, zwischen Groß- und Kleinbetrieb. Der Augenblick für die Vorlage ist nicht besonders glücklich, weil gerade jetzt die Spirituspreise besonders hoch sind. (Einer der beiden amtlichen Stenographen erleidet einen Ohnmachtsanfall; der Redner muß seine Rede eine Zeitlang unterbrechen.) Die nationalliberale Partei hält an ihrem Standpunkt gegen neue Konsumsteuern fest. Nun ist es zweifelhaft, ob der vorliegende Gesetzentwurf den Konsum verfeuern wird. Bekanntlich zeigt der Konsum des Weinbrandweins aus allerhand Gründen eine rückwärtige Tendenz. Diese Tendenz wird ganz von selbst die Maßnahmen der Spirituszentrale hemmen, wenn sie den Weinbrandwein schrankenlos verteuern wollte. Wir haben versucht, alle Vorsichtsmaßnahmen zu treffen, um den technischen Spiritus konkurrenzfähig zu erhalten. Die Kommissionsbeschlüsse stellen ein Kompromiß dar, an dem zwar niemand in allen Einzelheiten volle Freude hat, aus dem aber auch nicht einzelne Steine herausgenommen werden dürfen, ohne daß das Ganze zerbricht. Darum wird die Mehrzahl meiner Freunde alle Abänderungsanträge ablehnen. Wenigstens ein Teil der Liebesgabe wird durch dieses Gesetz beseitigt. Da die Regierung und ein Teil der Rechten hierzu bereit sind, würden wir es für einen großen Fehler halten, wollten wir das Wort Liebesgabe jetzt nicht aus dem politischen Wortschatz ausschalten. Wir werden also in der großen Mehrheit für das Gesetz stimmen.

Abg. Dr. Doormann (Sp.): Die Vorlage bringt in ihrer jetzigen Gestalt mancherlei Verbesserungen, wenn wir auch mit vielem nicht einverstanden sein können. Auf die Frage der Liebesgabe will ich nicht eingehen, weil wir es für ganz ausgeschlossen halten, daß durch eine erneute Diskussion eine Einigung erzielt wird. Jedenfalls ist es durchaus unrichtig, wenn behauptet wird, wir hätten in der Liebesgabe ein Werkzeug der politischen Agitation gesehen. Wir brauchen ein derartiges Werkzeug nicht. (Sehr richtig! links.) Außerordentlich bedauerlich ist es, daß zwar das Kontingent fällt, aber die Kontingentierung bleibt, die alles weniger denn ein Vorteil ist. Die Vergällungspflicht hat eine gewisse Berechtigung, aber sie soll nicht schikanös gehandhabt werden. Deshalb lehnen wir jede Verschärfung des Vergällungszwangs ab. Der Schatzsekretär versprach sich 38 Millionen von der Beseitigung des Kontingents, davon hat ihm die Kommission 16 Millionen weggenommen. Aber wir glauben, daß auch der restliche Betrag nicht herauskommen wird. Man sollte nicht die klare Sachlage verdunkeln, daß diese Steuer vom Konsum getragen werden wird. (Bravo! links.)

Abg. Graf Mieleznki (Vole) ist mit der Vorlage einverstanden. Die Polen beantragen, ähnlich wie die Sozialdemokraten, die Verwendung der 16 Millionen zur Herabsetzung der Altersgrenze und zur Unterstützung der Veteranen und Witwen.

Abg. Frhr. v. Camp (Reichsp.) lobt die Wirksamkeit der Spirituszentrale. Die Kommission kommt den Sozialdemokraten mit den 16 Millionen auf halbem Wege entgegen. (Abg. Wurm (Soz.): Ja, nur auf halbem!) Damit können Sie schon zufrieden sein. Es gibt kein Gewerbe, das so malträtirt wird, wie das Branntweingewerbe. Wer würde sich das gefallen lassen, wenn die Landwirtschaft so gedulbig wäre. (Lautes Lachen bei den Soz.)

Abg. Dr. Bill (Zentr. Elsäßer) wünscht weitere Vergünstigungen für die kleinen Obstbrenner.

Abg. Dr. Weill (Soz.): Dem Abgeordneten Sped muß ich sagen, daß wir die Liebesgabe aufheben wollen. Aber es handelt sich hier nicht etwa um Aufhebung der sogenannten Liebesgabe, sondern um die sogenannte Aufhebung der Liebesgabe. (Heiterkeit bei den Soz.) Das ist teilweise sogar vom Abg. Reimath zugegeben worden, und auch vom Abg. v. Camp, wenn er die Theorie der Fürsorgegesetzgebungen ausdrücklich verteidigt. In dieser Theorie konnte er sich allerdings auf die bösen Wege des Sozialismus locken lassen.

Von einem malträtirten Spiritusgewerbe zu sprechen, weil keine Ruhe in die Gesetzgebung kommt, ist durchaus nicht berechtigt. Auch dieses Fuschwerk wird nicht länger als drei Jahre lebensfähig sein. Die Beseitigung des Kontingents ist noch lange nicht die Beseitigung der Liebesgabe, und zahlreiche Interessenten und Fachleute fordern auch, daß gleichzeitig die Vorschriften über den Durchschnittsbrand und den Vergällungszwang verschwinden. (Hört, hört! bei den Soz.) Unser Antrag zu Absatz 1 würde die wirkliche Aufhebung der Liebesgabe bedeuten. Dadurch würde auch der Ertrag der Vorlage nicht vernichtet werden, nachdem die sozialdemokratische Fraktion erklärt hat, daß sie bereit ist, eine aufgehobene indirekte Steuer durch eine direkte Steuer, z. B. die Erbschaftsteuer, zu ersetzen. (Hört, hört! links.) In der Kommission haben allerdings zwei Drittel der nationalliberalen Vertreter gegen unsern Antrag gestimmt und damit zum Ausdruck gebracht, daß sie sich der Versprechungen aus dem Wahlkampfe nicht mehr erinnern, den gerade ihre Partei im Zeichen der Erbschaftsteuer geführt hat. Sie werden jetzt im Plenum wiederum auf die Probe gestellt werden. Die Kommission hat erhebliche Abstriche am Ertrage der Vorlage zugunsten des technischen Spiritus gemacht, und die Regierung hat sich damit abgefunden. Auch diese 16 Millionen belasten den Weinbrandwein und sind ein Geschenk an die Industrie, das nur gemacht wird, weil man die Lieberproduktion und infolgedessen einen Preissturz fürchtet. Wir schlagen aber eine bessere Verwendung vor, als durch die Konsumenten eine Versicherungsprämie an die Brenner bezahlen zu lassen. (Sehr richtig! bei den Soz.) Wir wollen durch unsern zweiten Antrag, daß mit den 16 Millionen die Beihilfen an die Kriegsteilnehmer erhöht werden, und die Altersgrenze bei der Altersversicherung vom 70. auf das 65. Lebensjahr herabgesetzt wird. Früher sagte man, das Geld sei nicht vorhanden. Die Mittel sind aber jetzt durch die Kommissionsbeschlüsse geschaffen. Rechnen Sie daher unsern Antrag an: Sie erfüllen das Gebot Ihres eigenen sozialen Gewissens. (Vehementer Beifall bei den Soz.)

Abg. Risch (nat.-lib.): Der Vorredner hat sich unnütze Sorgen gemacht. Es gibt wohl unter den Nationalliberalen kein einziger Gegner der Erbschaftsteuer. Ich halte es für richtig, den sozialdemokratischen Verwendungsantrag anzunehmen und durch eine Erbschaftsteuer für die Deckung zu sorgen.

Abg. Wurm (Soz.): Bei der Behandlung eines jeden Spiritusgesetzes streitet man sich darüber, wer die Kosten trägt. Die Landwirte behaupten von Anfang an, daß sie die Opfer für die neue Verbrauchssteuer tragen. Die Konsumenten erlitten aber bald, wie unbedachtigt diese Frage ist. Der Spirituspreis ist ständig gestiegen, und der frühere Staatssekretär Sydow hat selbst erklärt, daß die Branntweinsteuervermehrung eine fürsorgegesetzgebende Maßnahme für die Brenner sei. Es ist Ihr (nach rechts) Weh, daß alle die Schlagworte, von denen Sie behaupten, daß sie von uns oltatorisch verwendet werden, von denen geprägt werden, die Ihre Interessen wahrnehmen wollen. Die Brenner rechnen selbst darauf, daß der Spiritus teurer wird, und auch die Spirituszentrale wird, wie Herr Kretsch, deren Direktor, erklärt hat, durch die geplanten Maßnahmen gestört werden. Die Liebesgabe wird nur dem Namen nach beseitigt, der Vergällungszwang gibt der Zentrale die Möglichkeit, die Preise in die Höhe zu treiben. In einer Petition des Verbandes pfälzischer Spiritusinteressenten heißt es: „Durch die Spirituszentrale ist das Gewerbe in ein Abhängigkeitsverhältnis gebracht worden, welches uns zu Wirgern 2. Klasse denadiert.“ (Hört, hört! bei den Soz.) Dem Gewerbe und den spiritusverbrauchenden Industrien werden in der Tat ungeheure Lasten ausgedrückt.

Wenn jemand vor drei Jahren behauptet hätte, daß die Zentrale den Spirituspreis um 70 bis 80 Prozent erhöhen würde, so hätte die Rechte das eine Verleumdung genannt. Heute ist der Preis glücklich von 40 auf 75 Mark gestiegen. (Zuruf rechts: Durch den Kartoffelmangel!) Die Preissteigerung der Kartoffeln steht zu der des Spiritus in keinem Verhältnis. Das Eigentümliche des Branntweinsteuergesetzes ist, daß man überall, wo im Gesetz steht: Die näheren Bestimmungen trifft der Bundesrat, — die Worte setzen könnte: Die näheren Bestimmungen trifft die Spirituszentrale. (Sehr gut! bei den Soz.)

Wenn eine Mehrheit für die Steuererhöhung auf 125 Mark vorhanden ist, aus deren Erträgen ein Teil für andre Zwecke abgezweigt wird, dann wollen wir dafür sorgen, daß die Liebesgabe in moderner Form einer recht großen Anzahl mittleren und kleinen Brenneren zuteil wird. So ist der Einfluß der Zentrale zu brechen. Bei der sogenannten Verbilligung des gewerblichen Spiritus liegen die Dinge so, daß trotz aller künstlichen Produktionsbeschränkung ein Uberschuß an Spiritus fabriziert wird, der in den Konsum nicht hineingehen kann, da der Branntweinverbrauch nicht zum wenigsten durch unsere Bekämpfung der Schnapspest zurückgegangen ist. Wenn die Brennerindustrie nicht in der Spiritusflut ertrinken will, muß sie sich einen Inlandsmarkt schaffen, oder die Produktion einschränken. Es ist also ein Scheinmonopol, wenn man so tut, als ob die 16 Millionen Mark, die aus der Verbrauchsabgabe genommen werden, nun rein zum Nutzen der verpöhlten, Spiritus gebrauchenden Bevölkerung von den Brennerbesitzern hergegeben würden. Die Brenner nehmen das Geld eben von den Branntweintrinkern und machen dabei ein gutes Geschäft. Die 16 Millionen wollen wir anders verwenden, als die Kommission beschlossen hat, und die Ehrenschuld an die Veteranen des Krieges und der Arbeit damit abtragen. In dem 3-Milliarden-Etat des Reiches schloß seinerzeit lumpige 8 Millionen für die Verbesserung der Altersrentenbeschlüsse durch die Herabsetzung der Altersgrenze auf das 65. Lebensjahr. Jetzt haben Sie Gelegenheit, Ihr gutes Herz zu beweisen, und die 16 Millionen im Interesse der armen Bevölkerung zu verwenden, um einen Teil des Unrechts wieder gut zu machen, das durch die Branntweinsteuergesetzgebung dem Lande geschieht. (Vehementer Beifall bei den Soz.)

Abg. Kretsch (kons.): Die Sozialdemokraten können keinen Sach ansprechen, ohne darauf hinzuweisen, daß ich der Leitung der Spirituszentrale angehöre. (Lachen v. d. Soz.) Diefelbe ist kein politisches, sondern ein agrarisches Unternehmen, es gibt unter den Brennern Anhänger aller Parteien. In der Geschäftsleitung haben wir einen Konservativen, einen Nationalliberalen und einen Fortschrittler, also den alten Reichstagsblock, mit dem Unterschiede, daß wir uns vertragen. (Heiterkeit.) Wir treiben keine Politik, sondern wollen Geschäfte machen. (Bravo! rechts.)

Abg. Wurm (Soz.): Der Spirituspreis ist seit der vorigen Kampagne um mindestens 40 Millionen gestiegen, der Kartoffelpreis nicht um den zehnten Teil. Trotz der bevorstehenden schlechten Kartoffelernte hat der Bundesrat im Herbst keine Erhöhung des Durchschnittsbrandes vorgenommen. Wenn die Spiritusfabriken

Sätze von 26 Prozent Dividende verteilen können, so beweist das, daß sie sich unter den Pittichen der Spirituszentrale sehr wohl fühlen. (Beifall bei den Soz.)

Die Besprechung schließt. Der Antrag der Sozialdemokraten, die Liebesgabe vollständig zu beseitigen, also die Verbrauchsabgabe auf 105 Mark festzusetzen, wird in namentlicher Abstimmung mit 211 gegen 141 Stimmen der Sozialdemokraten und Fortschrittler bei einer Stimmenthaltung abgelehnt.

Auch der andre sozialdemokratische Antrag, der die für den technischen Spiritus bestimmten 16 Millionen für die Kriegsteilnehmer und zur Herabsetzung der Altersgrenze bei der Altersversicherung vom 70. auf das 65. Jahr verwenden will, wird mit 208 gegen 147 Stimmen abgelehnt. Dafür stimmten die Sozialdemokraten, die Fortschrittler und einige wenige Nationalliberale.

§ 1 der Vorlage wird darauf gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und einiger Fortschrittler unverändert angenommen.

§ 2, der die Bindung des Reservatrechts von Baden, Bayern und Württemberg enthält, beantragen die Sozialdemokraten zu streichen.

Abg. Dr. Sabelum (Soz.) sieht in dieser Bestimmung eine Verfassungsänderung und Winderung der Rechte des Reichstages. Schatzsekretär Rühl: Es handelt sich nicht darum, ein neues Reservat zu schaffen, sondern um die Ausmessung des bestehenden. Würde der Paragraf gestrichen, so würde das für die Regierung gleichbedeutend mit der Ablehnung der Vorlage sein.

In namentlicher Abstimmung wird das Reservat mit 219 gegen 126 Stimmen aufrechterhalten.

Die §§ 3 und 4 enthalten staffelförmige Vergünstigungen für die kleinen Obstbrenner. Die Sozialdemokraten beantragen, die Produktionsgrenze für die Kleinbrenner von 50 auf 100 Liter zu erhöhen, und weitere Erleichterungen der ermäßigten Verbrauchsabgabe.

Die Anträge, die von den Abgeordneten Petroles (Soz.) und Dr. Weill (Soz.) zur Begründung werden, werden gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, der Elsäßer und einiger Zentrumsabgeordneten abgelehnt.

Gleichfalls abgelehnt werden die Anträge der Sozialdemokraten zu den §§ 5 und 6a, die sich auf die kleinen süddeutschen und norddeutschen Brennerien beziehen, soweit diese nicht Korn brennen, und die Abschaffung kleiner Obstbrennerien vorsehen.

Abg. Dr. Weill (Soz.) bemerkt dabei: Die Anträge bezwecken eine Stärkung der Konkurrenz der Spirituszentrale und außerdem die Ausdehnung der den Reservatstaaten und Höhenzollern zugebilligten Vergünstigung auf Oesen und Elsäßer-Verkehr. Die Würde der Begründung könnte man sich eigentlich sparen bei der festen Entschlossenheit der Mehrheit, auf keine vernünftige Anregung einzugehen. (Große Heiterkeit und sehr richtig! bei den Soz.)

Weim § 7a hatte die Kommission das Kontingent in den Reservatstaaten auf das Maximum von 3000 Hektoliter reduziert haben wollen. Ein Kompromißantrag der Mehrheit will die Streichung dieser Anträge gegen die Sozialdemokraten, die Fortschrittler und Elsäßer-Verkehr annehmen.

§ 7b gibt einer Reihe von Erzeugnissen der Gemischten Industrie die Vergünstigung der Vergällungsprämie.

Die Sozialdemokraten beantragen, für das Bleiweiß diese Vergünstigung zu streichen.

Abg. Dr. Davidsohn (Soz., Große Heiterkeit, da der Präsident sich beim Aufruf des Redners verspricht) begründet den Antrag. Die Vergünstigung für das Bleiweiß zu streichen, ist das einzige Mittel, um die Verwendung des Bleiweiß im Bergbau zu beschränken; wenn die Sache nicht mehr so rentabel ist, werden sich die Fabrikanten schon nach Ersatzmitteln umsehen. Schweden und Baden kommen schon jetzt ohne Bleiweiß aus; das muß für ganz Deutschland möglich sein. Während der Kommissionsberatung war das Haus von Interessenten aller Art überfüllt, auf deren Wünsche man, was es nur ging, Rücksicht genommen hat. Hier kommt die Arbeiterklasse mit ihrem Spezialwunsch, und sie hat ein höheres Recht als die Einzelinteressenten, daß dieser Wunsch berücksichtigt wird. (Bravo! bei den Soz.)

Der Antrag der Sozialdemokraten wird angenommen. Alle weiteren Abänderungsanträge, die von den Abgeordneten Sabelum und Wurm begründet werden (Streichung der Kürzung des Durchschnittsbrandes, Kürzere Befristung der Befristung des Durchschnittsbrandes) werden abgelehnt.

Der Rest des Gesetzes wird unverändert nach den Kommissionsbeschlüssen angenommen. Das Haus verläßt sich auf Dienstag, 11 Uhr. (Kleine Vorlagen, Statistiken, Wahlprüfungen und Petitionen, die Verfassungsresolutionen.)

Fein und doch billig sind die Jasmatz-Qualitäten



„Unsere Marine“  
2 Pfg.-Cigarette

Reiner, echter oriental. Tabak.

Siegerin

allerfeinste Sahnen-Margarine, der beste unübertroffen feinste Ersatz für Molkereibutter.

Überall erhältlich!

Höchste Auszeichnungen der Branche:

Goldene Medaille und Ehrenpreis Deutsche Ausstellung für Bäcker, Konditorei und verwandte Gewerbe Stuttgart 1911.

Goldene Medaille Internationale Hygiene-Ausstellung Dresden 1911

Palmato

allerfeinste vorzüglich haltbare Pflanzenbutter

-Margarine, ein hervorragendes Nahrungs- und Genussmittel.

Ausschließliche Fabrikation:

H. E. Mohr, G. m. b. H., Altona-Bahrenfeld.

Theatervorstellungen.

Neues Theater.

Dienstag, den 21. Mai: 187. Abends-Vorstellung (1. Serie, grün):

Robertson.

Ein Bühnenstück in 3 Aufzügen von Otto Julius Bierbaum mit Musik von Ludwig Thuille.

Die Sänger: Die Bräutigam, Die Königin, Die Erste der Brauen, Die Erste der Diensten, Die Försterin, Die Köche, Die Köchinnen, Die Köche, Die Köchinnen, Die Köche, Die Köchinnen...

Alles Theater.

Geschlossen.

Battenberg-Theater.

Heute: Abends 8 1/2 Uhr: Zum 8. Male: In der Fremdenlegion. Schauspiel in 4 Akten von Leo Jungmann.

Krystall-Palast-Theater.

Gastspiel L. Haskol mit seinem Burlesken-Ensemble. Neu! Der Musterpapa. Neu! Burlesker Schwank in 1 Akt a. d. Franz. von Anatol Durand.

Welt-Theater.

Dresdner Strasse 62. W.T. Dresdner Strasse 62.

Wills Kriegslist.

Reiter-Drama. Außerordentlich spannend.

Haus Falkenberg.

Tragedie in 2 Akten. Spieldauer ca. 45 Minuten. In der Nacht des Urwaldes.

Ausserdem ein Riesengroßstadtprogramm. Entree 20 an.

Schlosskeller.

Anerkannt elegantes, bestbesuchtes Ball-Etablissement.

Morgen Mittwoch, abends 8 Uhr [11448]. I. grosses bayrisches Gartenfest. Konzert der Kapelle Curth.

Reichshallen.

L.-Vo., Elisabethstrasse Nr. 3-7. Treffp. d. Landsmannschaft v. Limbach u. U.

Buntes Theater.

und Festball [11440]. mit gr. Blumen-Arrangement.

Zur Bärenschänke!

Telephon 2785 Leipzig, Nikolaistraße 15 Telephon 2785

Allen Freunden und Bekannten zur gefl. Nachricht, daß ich obiges altbekannte Lokal zur Bewirtschaftung übernommen habe und empfehle dasselbe zu recht regem Besuch.

Spezial-Ausshank Kulmbacher Eberlein-Bräu hell und dunkel 1/10 Liter 20 Pfg. Erstklassige Küche zu zivilen Preisen.

Abends ab 5 Uhr: Stamm zu kleinen Preisen. Heute: Großes Schlachtfest.

Zahlos wie der Sand am Meer

Sind die Nachahmungen, die unser „Palmin“ gefunden hat. Unter allen möglichen Namen sind in jeder Verpackung werden sie angeboten.

Wir machen deshalb darauf aufmerksam, daß das echte Palmin nur in Paketen (niemals lose!) verkauft wird und daß jedes Paket den Namenszug „Dr. Schlim“ in roter Schrift trägt.

H. Schlim & Cie. A.-G.

Alleinige Produzenten von „Palmin“.

Panorama Welt-Restaurant.

Täglich große Konzerte. In den oberen Räumen Erstklassiger Billardspielsaal.

Zillertal.

Inhaber: August Krämer. Preußergäßchen 14. Amüsantes Anekdotal.

Neu! Neu! Neu!

Im Blütenflor.

Der Schlager der Saison! Ohne Konkurrenz! Jeder muß das sehen! Einzig in seiner Art!

Zur Spiess-Brücke Restaurant u. Frühstücksstube.

Dufourstrasse 9. Guter Mittagstisch. Mittwochs-Schlachtfest.

Restaurations-Übernahme.

Einer geehrten Einwohnerschaft von Leipzig zur gefälligen Nachricht, daß wir am heutigen Tage das Restaurant Graue Raße Neudricker Straße 16 käuflich übernommen haben.

Gasthof u. Sommerfrische Friedrichstanneck.

Bei Eisenberg in Thüringen. Bringt den geehrten Vereinen, Partien oder sonstigen Ausflüglern meine großen Lokalitäten in empfehlende Erinnerung.

Markthalen-Restaurant.

Inhaber: R. Eppendorfer. Mittagstisch: Gemüse, Fleisch u. Bier 40 Pfg. [8464]

Mutter!!

Wenn Eure Kinder Würmer haben, gebt ihnen Dr. Busch's wohlschmeckende u. sicherwirk. Wurm-Bonbons „Wurmel“ à Pat. 30 Pfg. Zu haben bei:

- Leipzig: Engel-Apothek, Markt Salomon's-Apoth., Gr. Str. 17 Adler-Apothek, Hauptstr. 9 J. G. Apitzsch, Peterskirchhof 5 Moritz-Apothek, Eisenstr. 23 O. Barrot, Waisenstr. 24 Edwin Boyer, Hauptstr. 24 Bruno Dittlich, Weiskstr. 34 Andreas Haack, Nürnberg Str. 39 Hermann Hartig, Pfaffenw. Str. 10 Gebr. Kretschmar, Markt 11 Walt Landmann, Promenade 24 O. Neisser jun., Frankl. Str. 5 Max Naumann, Windmühlstr. 44 Wilh. Schmidt, Johannplatz 1 G. Schöpfel, Kutschhausstr. 17 Felix Schubert, Seb.-Sch.-Str. 33 Br. Strickermann, Seydastr. 6 u. Dufourstr. 38

Theatervorstellungen.

Vereinigte Leipziger Schauspielhäuser.

Direktion: Hofrat Anton Hartmann.

Leipziger Schauspielhaus.

Goethestraße 19. Dienstag, den 21. Mai, abends 7 1/2 Uhr:

Und das Licht scheint in der Finsternis.

Drama in 4 Akten von Tolstoj. Uebersetzt von August Scholz. Dramatische Gesellschaft Leipzig. Die Brüder Grimm. Der alte Gefangene. Ein Durcheinander. Der alte Gefangene. Ein Durcheinander. Der alte Gefangene. Ein Durcheinander...

Neues Operetten-Theater.

Kentral-Theater. Dienstag, den 21. Mai, abends 8 Uhr:

Das Leinwandliedchen.

Operette in 1 Vorspiel und 2 Akten von Josef Stiener. Musik von Demme. Libretto: Georg Brabbs. Operette in 1 Vorspiel und 2 Akten von Josef Stiener. Musik von Demme. Libretto: Georg Brabbs...

Großer Schuhwaren-Massen-Verkauf.

zu ganz enorm billigen Preisen. Grosse Abschlüsse mit den leistungsfähigsten Schuhfabrikanten Deutschlands sowie Kassakäufe grosser Gelegenheitsposten setzen mich in die Lage, wirklich reelle Schuhwaren zu ganz enorm billigen Preisen zu verkaufen.

Ich offeriere: Grosse Posten Damen-Schnürstiefel mit und ohne Lackkappe, darunter auch mit Bügelfalte à Paar Mk. 7.90, 6.90, 5.90, 4.90. Grosse Posten Herren-Schnür-, Schnallen- und Zugstiefel elegante Fassons à Paar Mk. 8.90, 7.90, 6.90, 5.90. Grosse Posten Kinderstiefel, braun und schwarz bessere Ledersorten à Paar Mk. 6.90, 5.90, 4.90, 3.90, 2.90.

Carl Sonntag.

Nur Sebnitzstrasse 2. Bilder von Schuhen.

APOTH. FECHER'S. Ulsstreu-Pulver. Bestes Kosmetikum u. Weichheitsmittel für das Gesicht. Kein Wundlaufen, kein Geruch mehr.

Monatsgarderobe. Empfehle zum Verkauf von feinsten Herrsch. u. Studenten wenig getragene Anzüge u. Paletots.

Einen Gewinn. Oh, Einfach macht, wer zuerst m. Monatsgarderobe-Geschäfte beschäftigt. Verkauft sehr wenig 400 Anzüge, Paletots etc. etc.

Jede Frau. wendet sich bei Bedarf in Hygienisch. Bedarfsartikeln vertrauens- Frau M. Oehler Leipzig, G. Kornh. 4/6, Tel. 10140.

# Zur Eröffnung der Wasch-Saison



machen wir darauf aufmerksam, dass wir ausschliesslich nur erprobte, gute und beste Qualitäten führen. Alle Artikel sind, ohne an Stoff zu sparen, reichlich und vollkommen geschnitten und bestens verarbeitet. Für jedes einzelne — auch das billigste Stück — leisten wir bei sachgemässer Behandlung volle Garantie für die Echtheit der Farben; Wasch-Anleitung wird jedem Gegenstand beigelegt. Jedes Stück, das bei der Wäsche in der Farbe ausgeht, wird von uns zurückgenommen und liefern wir dafür neuen Ersatz.

Der Verkauf geschieht zu billigen, aber streng festen Preisen nur gegen Bar ohne jeden Rabatt oder Skonto.

## Bamberger & Herz

Ecke Grimmaische Straße = Augustusplatz.

Wachtung!

Bäckerstreik!

Wachtung!

Der Kampf der Bäckergefelln von Leipzig um die Beseitigung des Kost- und Logiszwanges beim Arbeitgeber und um 24 Mk. Mindestlohn für 82 Stunden wöchentlicher Arbeitszeit — also um einen Stundenlohn von 29 Pfennigen — ist neu entbrannt, weil alle Versuche der Lohnkommission, mit der Bäcker-Innung über die Forderungen zu verhandeln und mit ihr zum Abschluß eines Tarifvertrags zu kommen, an der Ablehnung der Innungsleitung gescheitert sind.

Die Gefellenversammlung am 14. Mai beschloß mit 419 gegen 8 Stimmen, in den Bäckereien in den Streik einzutreten, welche die Forderungen nicht bewilligt haben.

Mitbürger, Arbeiter und besonders Ihr Frauen und Mädchen! Unterstützt die um ein wenig wirtschaftliche Freiheit, um gesunde Wohnungs- und Schlafräume und ihr Selbstbestimmungsrecht in der Beköpfungfrage kämpfenden Bäckereiarbeiter in ihrem Streik!

Kauft nur Brot und Brötchen aus folgenden Bäckereien, welche die bescheidenen Forderungen der streikenden Gefellen bewilligt haben:

- Zentrum
Bochmann, Sidonienstraße 30
Böttner, Anton, Kochstraße 15
Drehhaupt, W., Brandvorwerkstr. 15
Dartmann, Oswald, Burgstr. 14
Künd, Otto, Windmühlenstraße 42
Müller, Albert, Brandvorwerkstr. 13
Müller, F., Lützowstr. 24
Reiter, Robert, Körnerstraße 2
Rohlfing, Albertstraße 9
Schleifer, Heinrich, Krämerstraße 6 (Weißer Strich)
Schwendler, Artur, Körnerstr. 13
Schwendler, M., Seeburgstraße 60
Trebs, Herm., Nürnberger Str. 34
Ulbricht, Hugo, Bayerische Str. 63
Zanker, A. A., Zeißer Straße 13

- Mendnig
Wehrig, Emil, Wittichstraße 8
Gohler, Adolf, Liebeckstraße 28
Beder, Bertha, Untere Münstertstr. 20
Wächner, Gustav, Lützowstraße 7
Wöhme, Max, Lützowweg 88
Wusch, Emil, Dörflerstraße 100
Zeißler, Rob., Bergstraße 2
Ziesler, Emil, Lützowweg 70
Ziehlner, Paul, Gemeindeftr. 11
Hammer, Max, Kreuzstraße 35
Zeller, Max, Margaretenstraße 2
Zurth, Max, Comeniusstraße 3
Zaddlach, Ernst, Oswaldstraße 3
Zahnig, Max, Gemeindeftr. 3
Zehndorn, Wilvine, Senefelderstr. 11
Ziemek, Oskar, Heinrichstraße 20
Zischewisser, G., Schölerstraße 88
Zwagner, Oswald, Cäcilienstr. 23
Zwitte, Paul, Mühlstraße 32

- Anger-Crottendorf
Berger, Wilhelm, Weissenburgerstr. 24
Ciebes, Artur, Zweinaundorferstr.
Doffin, Schirmerstraße 8
Gurkitt, Hermann, Müllauer Str. 38
Jakob, Schirmerstraße 20
Kremer, Heinrich, Rostbachstraße 5
Kreuzingh, August, Bernhardsstr. 20
Lange, Otto, Ungerstraße 13
Lassat, Joh., Unger, Müllauer Str. 3
Popendier, Wilh., Weissenburgerstr. 5
Reusch, Hermann, Schirmerstr. 11
Rösch, Richard, Wörthstraße 3
Rudolf, Walter, Zweinaundorf, Str. 9
Stahr, Artur, Müllauer Straße
Thomas, Emil, Wörthstraße
Werhan, L., Frankestraße 12
Wiedemann, A., Rostbachstraße 4
Zangler, Ernst, Breite Straße 10
Zische, Otto, Zweinaundorfer Str.
Zister, Jfdor, Sellastraße 1
Zorn, A., Eichhornstraße 10

- Centricthj
Duhre, Georg, Schönefelder Str. 45
Dusse, Rich., Sellastraße 28
Zeißler, Otto, Theresienstraße 57
Zeld, Ernst, Salamannstraße 13
Kupfer, Oskar, Görlicher Straße 15
Kreier, Richard, Damburger Str. 37
Nedel, Emil, Deltischer Straße 46
Salomon, Richard, Sellastraße 19

- Probstheide
Deustoff, Albert, Schulstraße 10
Knoll, Emil, Hauptstraße 3

- Döjen
Raundorf, Gustav, Johannastr. 4

- Engelsdorf
\*Frankl, Willi, Bahnhofstraße 34
Piehisch, Otto, Bahnhofstraße
Scheffler, G., Leipziger Str. 4

- Volkmarisdorf
Anders, Otto, Hildegardstraße 29
Berndt, Bruno, Natalienstraße 15
\*Deperade, Rob., Marktstraße 18
\*Egner, Artur, Bollkoserstraße 18
\*Fide, Edwin, Juliusstraße
\*Gaase, Franz, Eisenbahnstraße 91
Sella, Bruno, Mariannenstr. 74
Hermann, Karl, Kirchstraße 12
\*Hoos, Richard, Elisabethstr. 11
Knobloch, Ludwig, Ludwigstraße 101
\*Reinberger, Jul., Hildegardstr. 8
Schneider, Reinhold, Hildegardstr. 42
\*Schuh, Otto, Hildegardstraße 12
\*Wetter, Hermann, Hildegardstr. 27
\*Zörner, Paul, Kirchstraße 28

- Sellerhausen
Eidner, Emil, Burzner Straße 89
\*Ednig, Paul, Baumgannstr. 9
Worn, Gustav, Burzner Str. 156
Raumann, W., Burzner Str. 145
Lehmichen, Artur, Burzner Straße
Kasser, Otto, Bemiggenstraße 23
Werner, Artur, Greifstraße 9
Zahn, Fritz, Burzner Straße 109
\*Zeffel, Fritz, Burzner Straße 26

- Thonberg
Böhme, Friedr., Reigenhainer Str.
\*Graichen, Frau, Reigenhainer Str. 42
Horn, Oskar, Stötteriger Str. 17
\*Wiedmann, Lina, Reigenh. Str. 40

- Stötterig
Friehe, Paul, Holzhäuser Str. 9
Härtel, Robert, Holzhäuser Str. 25
Hennig, Osk., Ferd.-Jost-Str. 32
Henning, Herm., Müllauer Str. 33
Knabe, Ernst, Glasenstraße 1
Kornagel, Paul, Arnoldstr. 30
Pörzler, Max, Eichstädterstraße 18
Klegert, Fritz, Eichstädterstraße 25
Salomon, Aug., Ferd.-Jost-Str. 3
Schade, Louis, Kreuzstraße 7
Zah, Emilie, Hofer Straße 4

- Stünz
Müller, Julius, Leipziger Straße 4
Knoll, Grenzstraße 1
Nöthig, Schulstraße 13
Heberall, A., Schulstraße 1a
Zeldig, Ernst, Karl-Härtling-Str. 22

- Neu-Schönefeld
\*Gimpel, Oskar, Konradstraße 29

- Sommerfeld
Schirmer.

- Neustadt
\*Gummel, Friedrich, Ludwigstr. 35
\*Herger, Paul, Mariannenstraße 46
\*Rothe, Wilhelm, Reifner Str. 40
Rupprecht, Eisenbahnstraße 57
Thurm, Bartholomäus, Kirchstr. 83

- Döllig
Lischke, Hermann, Giebnerstr. 3
Wiesenhütter, Karl, Vornaische Str. 163

- Connewitz
Beyer, Alfred, Vornaische Str. 57
Bächner, Hermann, Pegauer Str. 17
Fiedrich, Hermann, Hermannstr. 32
Fartung, Gustav, Vornaische Str. 42
Gute, Friedrich, Vornaische Str. 33
Zichmann, Reinhold, Wiedermainstraße 33 und Jiliale Simlidenstr. 26
Räbner, Max, Erneststraße 14
Krischer, Gustav, Vornaische Str. 79
Röhne, Paul, Brandstraße 19
Röhler, Oskar, Leopoldstraße 30
\*Schmann, Joh., Waisenhausstr. 4
Raschke, Artur, Meußdorfer Str. 54
Niedel, Otto, Jwenkauer Str. 36
Scholz, Paul, Veffingerstraße 23
Söh, Walter, Klemmstr. 12

- Schleuzig
\*Kriger, Franz, Könnertstraße 68
\*Schäfer, Fritz, Blümenstraße 12
\*Zischer, Hugo, Stieglitzstraße

- Vindenau
Ulbricht, Emil, Henriettenstraße
Knerdwald, Mich., Merseb. Str. 45
Beder, Hermann, Albertinerstr. 51, I.
Bergmann, Hermann, Merseburger Straße 78
Wieder, G., Leuzscher Straße 53
\*Brüning, Hugo, Merseburg-Str. 37
Lühosh, Jfdor, Caloviusstraße 11
Drehler, Paul, Geraer Straße 13
Friedrich, Artur, Gundorfer Str. 64
\*Gäler, Karl, Albertinerstraße 92
Garnisch, Hugo, Karl-Heine-Str. 58
Hiers, M., Litzner Straße 8
Honal, Franz, Holteistraße
Knoche, Alfred, Caloviusstraße 28
Küneth, G., Karl-Heine-Straße 62
Lange, Bruno, Merseburger Str. 78
Luhmann, W., Gutsmuthsstraße 48
Möh, Friedrich, Gundorfer Str. 58
Pahschke, Erwin, Albertinerstr. 64
Reinhard, Wilh., Litzner Straße 88
Schaumburg, Paul, Albertinerstr. 112
Schellenberg, Otto, Döhnelstraße 24
Schinz, Emil, Karl-Heine-Straße 42
\*Schroder, Karl, Gießerstraße 2
Seidel, Heinrich, Josephstraße 15
Siefert, Otto, Kaiserstraße 10
Sela, Wld., Kurellenstraße 36
Steinborn, Artur, Lußturnstraße 12
Stodmann, G., Elmeringstraße 4
Teich, Richard, Merseburger Str. 118
Thiele, Hermann, Litzner Str. 192
Thume, Paul, Markt 1
Vollmann, Ernst, Gundorfer Str. 89
Walter, Alwin, Spittastraße 36
\*Walther, Otto, Duedstraße 19
Wegel, Karl, Dahnemannstraße 13
Zorn Th., Kurellenstraße 44

- Banndorf
Knerdwald, Otto, Paulinenstr. 7
\*Berndt, Gustav, Albertstraße 15
\*Gröschel, Alwin
Gimpel, Otto, Johannesstraße
Reichmann, Herm., Wilhelmstraße 9
Springhetti, Paul, Dresdner Str. 45

- Wahren
\*Ernest, Oskar, Halleische Straße 29
\*Krabsch, Franz, Halleische Str. 50
Schaffh, Arno, Bahnhofstraße 1

- Plagwitz
Npel, Paul, Salzstraße 21
\*Berthold, J., Klugestraße 11
Beyer, Hermann, Zischersche Str. 64
\*Fügner, L., Lützowstraße 15
Graul, Otto, Ziegelstraße 33
\*Gellriegel, Naumburger Straße
Kosmann, Albin, Jahnstraße 42
Müller, Gustav, Zischersche Str. 32
Nichter, Paul, Merseburger Str. 14
Schweigel, Hermann, Naumburger Straße 55
Sperling, G., Kolbestraße 1.
Stahr, Richard, Weihensfelder Str. 56
Zaubner, Ernst, Merseburger Str. 11

- Kleinzschocher
\*Berthold, Richard, Klugestr. 11
Coccejus, Otto, Wlgandstraße 7
Dänfel, August, Gutsraer Straße
\*Gartmann, W., Ludaer Straße 66
Hauptner, Alfred, Krasstraße 19
\*Geriel, Otto, Diestaustraße 101
Knabe, Paul, Siemensstraße 20
Kriegsch, Karl, Altranstädter Str. 19
Kummer, Reinhold, Diestaustr. 38
Meier, Max, Gießerstr. 88
Neubert, Emil, Siemensstraße 41
\*Schöne, Bruno, Wlgandstraße 46
Ulbricht, W., Kreuzigerstraße 3
\*Vollmann, Paul, Antonenstr. 28
\*Wagner, Franz, Wlgandstr. 84
Weiner, Franz, Antonienstraße 55
Walther, Bernhard, Baumannstr. 11
Wirth, Otto, Gießerstraße 84.
Zöllner, Robert, Schönauer Weg 9

- Großzschocher
Freiberger, Alwin, Kirchstraße 18
Jahne, Bruno
Müller, Otto, Bahnhofstraße
\*Neumann, Artur, Mittelstraße 21
Schneider, Bruno, Hauptstraße 44
Weidenmüller, Emil, Hauptstr. 78

- Leutzsch
\*Uhlhelm, Otto, Weinbergstraße 8
Wieder, G., Hauptstr. 41 (Jiliale)
Hänfel, Oswald, Barneder Str. 31
\*Geiland, Alfred, Waisenhausstr. 8
Rühn, Richard, Weststraße 35
Löffing, Arthur, Grenzstraße 6
Liedich, Karl, Vindenauer Str. 37
Pollin, G., Hauptstraße 85
Schwendler, Anton, Barneder Str. 18
v. d. Weth, Richard, Barneder Str. 19
Zimmermann, Gustav, Vindenauer Straße 54

- Gaugsch
Brihe, Paul, Deßcher Straße 18
Dide, Emil, Koburger Straße 24
Dobls, G., Döhlstraße 38
Schöne, Otto, Spinnereistraße 3

- Deßsch
Alter, Hauptstraße 3
Wich, Albin, Gaugischer Straße
Sammling, Raimund, Städtelner Straße 7
Schreiter, Fritz, Oststraße 3
Spiegler, Max, Gaugischer Str. 1

- Thella
Radshun, Ernst, Lindenstraße 19d

- Lützschena
\*Gartisch, Wilhelm
Kurtz, A., Hallische Straße 40
Rödern
Gardtmann, G., Neußere Hallische Straße 287
Kühler, W., Kirchbergstraße 27
\*Reuber, Albert, Gust.-Alhn-Str. 4
Ronniger, W., Neuß. Hallische Str. 288
Wig, Max, Neußere Hallische Str. 256
\*Schmoot, Wilh. Ernst, Neußere Hallische Straße 208

- Gohlis
\*Knoll, Enno, St.-Privat-Str. 16
\*Müller, Artur, Breitenfelder Str.
Mohrbach, Artwed, Vrielstr. 35
Frau verw. Sprenger, Wendestr. 45
Stier, Anna, Gölhener Straße 18
\*Sturm, P., Gravelottstraße 12
Werner, Robert, Friedr.-Karl-Str. 31
Wille, Andreas, Neuß. Hallische Str. 100

- Marckleeberg
Grune, Max, Vornaische Straße 66
Martin, Albin, Vornaische Str. 47

- Mochau
Koch, Ernst, Volbedingstraße 31
Nischke, Alfred, Wilhelmstr. 9
\*Schreiber, Franz, Wilhelmstr. 25
Wendisch, Max, Feldstr. 6

- Schönefeld
Wischhoff, Leipziger Straße 40
Wölkner, Emil, Leipziger Str. 115
Goldschmidt, Fr., Leipziger Str. 20
Goldschmidt, Dimpfelerstraße 63
Nischke, Karl, Stannbeinplatz 5
Müller, J. O., Dimpfelerstraße 41
Ramsch, C., Kreuzstraße 3
Wredschner, Emil, Leipz. Str. 112
\*Wegner, Adolf, Dimpfelerstraße 34
Wehrauch, Robert, Lagarusstr. 23

- Böhlitz-Chrenberg
Rabitzsch, Wilh., Seldstraße 34
Wig, Gustav, Leipziger Straße
Weimann, W. M., Molkestr. 10

- Zudelhansen
Garnisch, M., Zweinaundorfer Str.
Zach, Otto, Wilhelmshöhe

- Holzhausen
Fuhrmann, Reinhold, Körnerstr. 16

- Stahmeln
\*Gödel, Ernst

- Seebenisch, 28
Pianert, Georg

- Wöhrenz bei Markranstädt
Nösch, Otto

- Wiederitzsch
Müller, Adolf
Reidhardt, Max, Stenglerstraße

- Hänichen
Meiher, Albert, Hallische Straße

- Croftewitz
Broßig, Richard

- Quasnitz
Meiher, W.

NB. Die mit einem Stern (\*) bezeichneten Bäckermeister beschäftigen zurzeit keine Gefellen, haben sich aber verpflichtet, wenn sie solche gebrauchen, diese nach den geforderten Bedingungen einzustellen.

Nur die hier angeführten Bäckereien haben die Forderungen bewilligt, während auf die Erzählung anderer, daß sie sich mit ihren Gefellen geeinigt hätten, nichts zu geben ist!

Der Konsumverein Leipzig-Plagwitz mit seinen drei Bäckereien in Plagwitz, Connewitz und Mochau hat mit dem Bäckerverbände einen Tarifvertrag abgeschlossen, der bedeutend bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen festsetzt, als von den Kleinmeistern gefordert worden sind.

Die Brostoffabrik Gebr. Joachim, Päß & Co. gewährt ihren Arbeitern Kost und Logis außer dem Hause und bessere Löhne, als von den Kleinmeistern gefordert werden.

Wirke, die ihr Gebäck aus bewilligten, in der Volkszeitung veröffentlichten Bäckereien entnehmen, wollen ihren Lieferanten ersuchen, von der Streikleitung ein Plakat für ihre Wirkschaft zu besorgen!

Die Vertretung der organisierten Arbeiterschaft von Leipzig, Gewerkschaftskartell und Parteileitung, haben die Ursachen geprüft, die zum Streik führen mußten, und sind zu dem Beschluß gekommen, daß der Kampf der Bäckereiarbeiter vollauf berechtigt ist. Sie fordern mit uns die Bevölkerung dringend auf, nur Brot und andere Backwaren aus den Bäckereien zu beziehen, welche in der Volkszeitung als geregelte Betriebe bekanntgegeben werden.

Die Lohnkommission der Bäckergefelln von Leipzig und Umgegend.

Auf Kredit

Auf Kredit

# Pfingst-Sonder-Angebot

## ca. 800 Anzüge Paletots Ulsters

Damen-Jackets, Paletots, Kostüme, Röcke, Blusen, Jupons zu staunend billigen Preisen und kaum nennenswerter Anzahlung.

Kunden erhalten sämtliche Waren ohne Anzahlung.

## Möbel Einzelne Möbelstücke von 3 Mk. Anzahl. an.

Komplette Wohnungs-Einrichtungen u. Braut-Ausstattungen.

### Herren-Garderobe und Knaben-Garderobe

1 Anzug 16 Mk. Anz. 3 Mk.  
1 Anzug 20 Mk. Anz. 4 Mk.  
1 Anzug 25 Mk. Anz. 5 Mk.  
1 Anzug 30 Mk. Anz. 6 Mk.  
1 Anzug 35 Mk. Anz. 8 Mk.  
1 Anzug 40 Mk. Anz. 10 Mk.  
1 Anzug 45 Mk. Anz. 12 Mk.

### Damen-Garderobe und Mädchen-Garderobe

Röcke von 8 Mk. Anz. 2 Mk.  
Blusen " 9 Mk. Anz. 3 Mk.  
Jackets 15 Mk. Anz. 4 Mk.  
Paletots 20 Mk. Anz. 5 Mk.  
Kostüme 32 Mk. Anz. 8 Mk.  
Nur schicke Neuheiten in allen Farben.

### Gratis

erhält jeder beim Kauf von Herren- u. Damen-Garderobe  
1 Remontoir-Uhr oder Kette  
1 Hut od. Stock.

# S. Sachs Nikolaistrasse 31.

Merken Sie sich nur

Größtes, ältestes und vornehmstes Kaufhaus mit Kredit-Bewilligung.

Die Preise meines Preisrätzels sind zur Besichtigung ausgestellt.

Diese Woche bis 9 Uhr abends geöffnet.

Auf Kredit

Auf Kredit

# Arbeiter, Hausfrauen!

Berücksichtigt bei Euren Einkäufen unsere Inserenten und beruft Euch beim Einkauf auf die Inserate in der

# Leipziger Volkszeitung.

## Kleiner Anzeiger

### Vermietungen

Wohnen.

Pl., Merseburger Str. 43, III. l., 2 gr. St. od. St. u. Ra. zu verm.

### Verkäufe

Schönes Hausgrundstück a. Bahnhof Laubitz b. Elfenburg m. Stallung, Garten, Scheune, auf Wunsch 10 Morgen Acker, ist für 7500 Mk. bzw. 12000 Mk. sofort zu verkaufen. Günstige Bedingungen. E. Burkhardt, Gärtnich b. Döben. [11823]

### Ein neues Haus

f. 2-3 Familien, pass., enth. 5 St., 3 Sa., 3 K., 2 Klof., Waschk., Boden u. Garten f. 8000 Mk. bei Klein. Anzahl. zu verk. Ernst Schubert, Döbenbergstr. 5.

### Möbel neu u. gebraucht

g. Wirtschaften, Kleiderschr. 20-30, Vertiko 30, g. Plüschsofa 30-60, Chaise 22, Kom., Bettst. m. M. 15-30, a. f. b. Paschy, Gerberstr. 29, III. \*

### Dauerh. Bettstellen

mit guten Sprungf., Matratzen (beste Arbeit) 25 Mk. G. Böhm, Tap. vis-à-vis Pant. Dresdner Str. 24, S. Geb. I.

### Möbel bill., Zeitg. gef. Einb.

Werb. Str. 62.

### Möbel in groß. Auswahl, als Aufh.

Schränke 28 Mk., Vertiko 30 Mk., Eleg. Tisch 8.50 Mk., Bettst. m. M. 28 Mk., Kommoden 21 Mk., Stühle 3 Mk., Büchschloß 45 Mk. Hefert Lendel, Lind., Arellestr. 4.

### Möbel neu u. gebraucht

l. Lützen. Str. 22, I. \*

### Gebr. Küchenschränke, Bettst.

m. Matr. Arellestr. 4, pt. I. \*

### Neue u. gebr. Möbel, Braut-

Ausstattungen, sehr bill. Neu-Möbel, Volbedingstr. 31, Minert.

### Gebr. Vertik., Pl., Sofa, Chaise,

Trum. Se., Grenzstr. 8, III. r. Bettst. m. M. 15, 21, 5, Rom. 15, Kleiderschr. 15, Vert. 32, Bettst. 6, Pl., Sofa 38, Büchnerstr. 45a, pt.

### 2 engl. Bettstellen

m. Matr., gr. Plüschsofa, Stühle, billig. Plagwitz, Freystr. 3, I.

### Zweischlfr. Bettst. m. Rossh.

Matr. Barneder Str. 32, III. l.

### 1 Gebett Federbetten

neu, 14 Mk., billig. \* Elisabeth Heidern, Dorotheenstr. 2.

Bettfedern-Verk. bill. G. Jante, B., Riebeckstr. 7a. \*

## Sie kaufen

nur von feinsten Cavalieren, Studenten wenig getragene, zum Teil auf Seide gearb. engl. Stoffe

### Anzüge und Paletots

die neu bis 100 Mk. gekostet haben, für 8, 12, 15, 18 Mk. Grad- u. Gehrod-Anzüge auch teilweise.

## Kanner

Querstr. 32, I. Ecke Schützenstraße.

### Leipzigs größtes

## Monats-Garderobenhaus

befindet sich nur

5 Große Fleischergasse 5.

Sie kaufen daselbst eleg. getr. Jackettanzüge, Frack-, Gehrod-, Smoking-Anzüge, moderne Ulster u. Sommerpalet., Uniform-, Livree u. Autosachen zu billigsten Preisen.

Arthur Schmerel Große Fleischergasse 5. \*

2 gute Herrenanzüge und Sommer-Überzieher sofort zu verk. Weitzstr. 28, pt. \*

## Achtung

Kavaller-Kleider, wenig getr., nur Makarbeit, teilweise Seide, i. all. Größen

## Anzüge und Paletots

die 70-100 Mk. gekostet für 8, 12, 15, 18 Mk. auch einz. Jacketts u. Frack. Grad- u. Gehrod-Anzüge auch teilweise. [11429] Mandel, Tauchaer Str. 22, I.

Rob. neuer Out, pass. f. 1. 2. 3. 4. 5. 6. 7. 8. 9. 10. 11. 12. 13. 14. 15. 16. 17. 18. 19. 20. 21. 22. 23. 24. 25. 26. 27. 28. 29. 30. 31. 32. 33. 34. 35. 36. 37. 38. 39. 40. 41. 42. 43. 44. 45. 46. 47. 48. 49. 50. 51. 52. 53. 54. 55. 56. 57. 58. 59. 60. 61. 62. 63. 64. 65. 66. 67. 68. 69. 70. 71. 72. 73. 74. 75. 76. 77. 78. 79. 80. 81. 82. 83. 84. 85. 86. 87. 88. 89. 90. 91. 92. 93. 94. 95. 96. 97. 98. 99. 100. 101. 102. 103. 104. 105. 106. 107. 108. 109. 110. 111. 112. 113. 114. 115. 116. 117. 118. 119. 120. 121. 122. 123. 124. 125. 126. 127. 128. 129. 130. 131. 132. 133. 134. 135. 136. 137. 138. 139. 140. 141. 142. 143. 144. 145. 146. 147. 148. 149. 150. 151. 152. 153. 154. 155. 156. 157. 158. 159. 160. 161. 162. 163. 164. 165. 166. 167. 168. 169. 170. 171. 172. 173. 174. 175. 176. 177. 178. 179. 180. 181. 182. 183. 184. 185. 186. 187. 188. 189. 190. 191. 192. 193. 194. 195. 196. 197. 198. 199. 200. 201. 202. 203. 204. 205. 206. 207. 208. 209. 210. 211. 212. 213. 214. 215. 216. 217. 218. 219. 220. 221. 222. 223. 224. 225. 226. 227. 228. 229. 230. 231. 232. 233. 234. 235. 236. 237. 238. 239. 240. 241. 242. 243. 244. 245. 246. 247. 248. 249. 250. 251. 252. 253. 254. 255. 256. 257. 258. 259. 260. 261. 262. 263. 264. 265. 266. 267. 268. 269. 270. 271. 272. 273. 274. 275. 276. 277. 278. 279. 280. 281. 282. 283. 284. 285. 286. 287. 288. 289. 290. 291. 292. 293. 294. 295. 296. 297. 298. 299. 300. 301. 302. 303. 304. 305. 306. 307. 308. 309. 310. 311. 312. 313. 314. 315. 316. 317. 318. 319. 320. 321. 322. 323. 324. 325. 326. 327. 328. 329. 330. 331. 332. 333. 334. 335. 336. 337. 338. 339. 340. 341. 342. 343. 344. 345. 346. 347. 348. 349. 350. 351. 352. 353. 354. 355. 356. 357. 358. 359. 360. 361. 362. 363. 364. 365. 366. 367. 368. 369. 370. 371. 372. 373. 374. 375. 376. 377. 378. 379. 380. 381. 382. 383. 384. 385. 386. 387. 388. 389. 390. 391. 392. 393. 394. 395. 396. 397. 398. 399. 400. 401. 402. 403. 404. 405. 406. 407. 408. 409. 410. 411. 412. 413. 414. 415. 416. 417. 418. 419. 420. 421. 422. 423. 424. 425. 426. 427. 428. 429. 430. 431. 432. 433. 434. 435. 436. 437. 438. 439. 440. 441. 442. 443. 444. 445. 446. 447. 448. 449. 450. 451. 452. 453. 454. 455. 456. 457. 458. 459. 460. 461. 462. 463. 464. 465. 466. 467. 468. 469. 470. 471. 472. 473. 474. 475. 476. 477. 478. 479. 480. 481. 482. 483. 484. 485. 486. 487. 488. 489. 490. 491. 492. 493. 494. 495. 496. 497. 498. 499. 500. 501. 502. 503. 504. 505. 506. 507. 508. 509. 510. 511. 512. 513. 514. 515. 516. 517. 518. 519. 520. 521. 522. 523. 524. 525. 526. 527. 528. 529. 530. 531. 532. 533. 534. 535. 536. 537. 538. 539. 540. 541. 542. 543. 544. 545. 546. 547. 548. 549. 550. 551. 552. 553. 554. 555. 556. 557. 558. 559. 560. 561. 562. 563. 564. 565. 566. 567. 568. 569. 570. 571. 572. 573. 574. 575. 576. 577. 578. 579. 580. 581. 582. 583. 584. 585. 586. 587. 588. 589. 590. 591. 592. 593. 594. 595. 596. 597. 598. 599. 600. 601. 602. 603. 604. 605. 606. 607. 608. 609. 610. 611. 612. 613. 614. 615. 616. 617. 618. 619. 620. 621. 622. 623. 624. 625. 626. 627. 628. 629. 630. 631. 632. 633. 634. 635. 636. 637. 638. 639. 640. 641. 642. 643. 644. 645. 646. 647. 648. 649. 650. 651. 652. 653. 654. 655. 656. 657. 658. 659. 660. 661. 662. 663. 664. 665. 666. 667. 668. 669. 670. 671. 672. 673. 674. 675. 676. 677. 678. 679. 680. 681. 682. 683. 684. 685. 686. 687. 688. 689. 690. 691. 692. 693. 694. 695. 696. 697. 698. 699. 700. 701. 702. 703. 704. 705. 706. 707. 708. 709. 710. 711. 712. 713. 714. 715. 716. 717. 718. 719. 720. 721. 722. 723. 724. 725. 726. 727. 728. 729. 730. 731. 732. 733. 734. 735. 736. 737. 738. 739. 740. 741. 742. 743. 744. 745. 746. 747. 748. 749. 750. 751. 752. 753. 754. 755. 756. 757. 758. 759. 760. 761. 762. 763. 764. 765. 766. 767. 768. 769. 770. 771. 772. 773. 774. 775. 776. 777. 778. 779. 780. 781. 782. 783. 784. 785. 786. 787. 788. 789. 790. 791. 792. 793. 794. 795. 796. 797. 798. 799. 800. 801. 802. 803. 804. 805. 806. 807. 808. 809. 810. 811. 812. 813. 814. 815. 816. 817. 818. 819. 820. 821. 822. 823. 824. 825. 826. 827. 828. 829. 830. 831. 832. 833. 834. 835. 836. 837. 838. 839. 840. 841. 842. 843. 844. 845. 846. 847. 848. 849. 850. 851. 852. 853. 854. 855. 856. 857. 858. 859. 860. 861. 862. 863. 864. 865. 866. 867. 868. 869. 870. 871. 872. 873. 874. 875. 876. 877. 878. 879. 880. 881. 882. 883. 884. 885. 886. 887. 888. 889. 890. 891. 892. 893. 894. 895. 896. 897. 898. 899. 900. 901. 902. 903. 904. 905. 906. 907. 908. 909. 910. 911. 912. 913. 914. 915. 916. 917. 918. 919. 920. 921. 922. 923. 924. 925. 926. 927. 928. 929. 930. 931. 932. 933. 934. 935. 936. 937. 938. 939. 940. 941. 942. 943. 944. 945. 946. 947. 948. 949. 950. 951. 952. 953. 954. 955. 956. 957. 958. 959. 960. 961. 962. 963. 964. 965. 966. 967. 968. 969. 970. 971. 972. 973. 974. 975. 976. 977. 978. 979. 980. 981. 982. 983. 984. 985. 986. 987. 988. 989. 990. 991. 992. 993. 994. 995. 996. 997. 998. 999. 1000.

## Große Auktion

Donnerstag, den 23., Freitag, den 24., Sonnabend, den 25. Mai, 10-1 und 3-7 Uhr, versteigere Leutzsch, Hauptstrasse 73, neben Diakonissenhaus, wegen Aufgabe: Großen Posten Garderobe u. Stoffen, Lederschuhe, Gardschuhe und Pantoffeln, sämtliches Lederverb. Inventar, Stange und Stangenreisen u. v. a. w. Besichtigung 2 Stunden vorher. Alexander Weigt, 11442 Auktionator und Taxator, Rohmarktstr. 33.

Total-Ausverkauf! Möbel, Zigarren, Herrensammung u. a. W. 3392 Karl Feige, Paunsterf, Albertstrasse 2.

## Möbel

kauft man billig und solid 9 Burgstrasse 9 Wohnungseinrichtungen! schon von 280 Mk. an. Def. auch Sonnt. v. 11-1 Uhr.\*

## Holz-Schuhe, -Pantoffeln

Holz-Sohlen, Kolländer in Holz-Schuhe u. Pantoffeln Reparaturen prompt. Ernst Reif, Burgn. Str. 69. \*

## Erstlings-Wäsche!

Hemdchen, von 25 Pfg. an Jäckchen, gemitt. 25 Pfg. \* Steckklissen, weiß, 1.25 Mk. auch in best. Qualität zu haben. Elisabeth Heider, Dorotheenstr. 2.

## Schlafdecken

von 2.00 an Kamelhaar-Decken Bettdecken v. 1.75 an Steppdecken Wisch- und Handtücher Bettwäsche

Hilrich Oldag, Südstr. 2

## Musikwerke und Sprechmaschinen

25422\* zu verkaufen. Wilhelm Dietrich, Markt 11.

## Halt! Achtung! Halt!

Arbeiter! Weil ihr Selbst- nicht habt, so werdet euch an das Monatsgarderobenhaus.

## Ranstadt. Steinw. 14

Bitte ganz genau auf d. Firma zu achten, da bekommt man die billigsten Sachen. Anzug 3-18 Mk., Hose 1-4 Mk. Jackett 1.50-5 Mk. Weste 0.50-2 Mk., Palotat 2-20 Mk. Kindersachen a. Schleuderpr. \*

## Monats-Garderobe

Johanna Bojach Nur Al. Fleischergasse 16, I. \* empf. neue u. w. getr. Anzüge, Frack-, Paletots, Jopp. bill. Frack- u. Gehrod-Anzüge. a. lhr.

## Kummers' Monatsgarderobe

anerk. beste u. bill. Bezugsqu. v. eleg. u. einf. Herr- u. Dam.-Garder. befindet sich Volksw. Kirchstr. 60. Def. u. w. verk.

## Spisekartoffeln

weiss und rot pro Zentner ab Hof 4.25 Mk., frei Haus 4.50 Mk. verkauft Leipziger Westend-Gesellschaft, Bernauerstr. 3187. \* S. Sander, Bernauerstr. 3187.

## Klapp-Sport-Wagen

v. 6.50 an mit Gummi u. 7.50 ab 20 Mk. Otto Winklers Kinderswagenhaus nur Johannngasse 10

## Engros-Lager

Barth, Kapellenstr. 24, Rant. Steingasse 12.

## Kinderswagen

Kinderswagen v. 26 Mk. an Klappwagen m. Polst. v. 10 Mk. an in der billig. Bezugsquelle

## Kinderswagen

Kinderswagen v. 26 Mk. an Klappwagen m. Polst. v. 10 Mk. an in der billig. Bezugsquelle

## Guterhaltene Geschäftswagen

verschleißbar, mit Kupen (bisher zum Zeitungs-transport gebraucht) sind sof. preiswert zu verkaufen. Leipziger Buchdruckerei A. G. Leipzig, Tauchaer Straße 19/21.

## Billiges Angebot! Klappwagen

m. Gummi 7.50, 9.50, 24. m. Federgest. v. 10.50 an Gratis z. jedem Brennabor-Fahrrad 1 feine Ledertasche.

## Kinderswagen

Kinderswagen m. Gummi u. Porzell. 27.-, 29.-, 33.- etc. Faulsenzer 2.-, 3.25, 4.25 Rohrssessel 7.50, 8.50, 22. Klappstühle 3.25, 4.25 Feldstühle - 60.-, 75.-, 1.- Kinderbett 6.-, 7.50, 9.50

Quitt. d. Volksztg. mitbringen, dann gibt es Extra-Rabatt!

## Engros-Lager

Barth, Kapellenstr. 24, Rant. Steingasse 12.

## Kinderswagen

Kinderswagen v. 26 Mk. an Klappwagen m. Polst. v. 10 Mk. an in der billig. Bezugsquelle

## Kinderswagen

Kinderswagen v. 26 Mk. an Klappwagen m. Polst. v. 10 Mk. an in der billig. Bezugsquelle

## Kinderswagen

Kinderswagen v. 26 Mk. an Klappwagen m. Polst. v. 10 Mk. an in der billig. Bezugsquelle

## Kinderswagen

Kinderswagen v. 26 Mk. an Klappwagen m. Polst. v. 10 Mk. an in der billig. Bezugsquelle

## Kinderswagen

Kinderswagen v. 26 Mk. an Klappwagen m. Polst. v. 10 Mk. an in der billig. Bezugsquelle

## Kinderswagen

Kinderswagen v. 26 Mk. an Klappwagen m. Polst. v. 10 Mk. an in der billig. Bezugsquelle

## Kinderswagen

Kinderswagen v. 26 Mk. an Klappwagen m. Polst. v. 10 Mk. an in der billig. Bezugsquelle

## Kinderswagen

Kinderswagen v. 26 Mk. an Klappwagen m. Polst. v. 10 Mk. an in der billig. Bezugsquelle

## Kinderswagen

Kinderswagen v. 26 Mk. an Klappwagen m. Polst. v. 10 Mk. an in der billig. Bezugsquelle

## Kinderswagen

Kinderswagen v. 26 Mk. an Klappwagen m. Polst. v. 10 Mk. an in der billig. Bezugsquelle

## Kinderswagen

Kinderswagen v. 26 Mk. an Klappwagen m. Polst. v. 10 Mk. an in der billig. Bezugsquelle

## Kinderswagen

Kinderswagen v. 26 Mk. an Klappwagen m. Polst. v. 10 Mk. an in der billig. Bezugsquelle

## Bermischte Anzeigen

### Tanz-Unterricht

Calé Weiz, Al. Bahnhofstr. \*

Barne hierdurch jedermann, mein Frau auf meinen Namen etwas zu borgen, da ich keine Zahlung leiste. Franz Martin.

Die gegen Franz Gdke ausgesprochene Klagerung nehme ich reumütig zurück. Auguste Stasch, Gr.-Lehde.

## Erfinder-Idee

benutzt durch alle Handwerker, um alle Arten von Modellen, auch von Maschinen, zu zeichnen in eigener Lage

## Gloede & Co

Patent-Anmeldungs- und Verwertungsbüro. (Oberleitungs-Glocke mit 18 Jahren. Preis im Patentamt 30 Mark. Patent-Verfahren im In- u. Ausland.) Haupt-Praxis: 7a, Al. Rant. Petersstr. 41, LEIPZIG. Tel. 590.

## Erfinder

Können durch Selbstanfertigung Tausende verdienen wie Verfasser d. Brosch. „Verwertung eigener Erfindungen.“ Preis 1.- inkl. Nachh. d. Richard Kaufmann, Berlin





Paul Gose & Co., Lind., Ottensstr. 1. S. Hodes, Neumarkt 3. Aug. Hoppe, Li., Kulturstr. 23. P. Mothes, Go., Hall. Str. 135.

Möbelmagazine Otto Hornschelm, Ill. Oststr. 7. Börner's Möbelhalle, Ill. Str. 230. C. Breitschädel, via-Kristallp.

W. Rabald, Sellerhausen, Wurzenerstr. 69. Gust. Röhl, Li., Albertinorstr. 68. Heudn. Möbelhaus, neu u. gebr.

Milchwirtschaft A. Christel, Moltkestr. 28. Melz. fr. G. ab. 1/6. L. 1/2. 1/3. 1/4. 1/5.

Molkereien Ernst Beyrich, Sidonienstr. 9. Bosenstr. 4, Go., Gohliserstr. 63.

Photo Sticht Kurprinzstr. 11. Putz, Modewaren H. Beler, Jahnsstr. 10b.

Schleifereien Kemper, W., Eisenbahnstr. 21. Feilenfabrik Richter, Go., Schützstr. 10.

Schnelbeschl.-Anstalten Eduard Rodeck, Idastr. 36b. Osw. Weinhold, Jahnsstraße 7.

Schuhwaren, Schuhmacher G. Albrecht, Nürnberger Str. 33. Ernst Dieber, Eisenstr. 46.

Markthalle Ost Markt- u. Kaufhalle Ost Passage Eisenbahnstr. 74, Konradstr. 20-21.

Musik-Instrumente Koallock, Berlin-Str. 11, Sproch.-u. a. Rep. O. Pletschmann, Gohliserstr. 10-11.

Obst, Grünwaren Clara Arnold, Nikolaistr. 18. G. Berger, Kulturstr. 19.

Richter, Rosenberger, Schwanenhaus Sonntag, Schulstr. 2. B. A. Steudle, Windmühlengraben 48.

Völker, W. Winkler, Ang., Molkereistr. 28. Spelse-Häuser Central-Spelsehaus, von 20 Pf. an.

J. Pietzka, Tauchaerstr. 25. R. Rätzsch, Go., Äuß. Hallische Str. 95.

Optiker Curt Hegewald, Hoho Straße 2. Papier- und Schreibwaren O. C. Maak, Kontorhaus.

Uhren, Goldwaren A. Beler, Li., Marktstr. 3. Paul Hiedemann, Li., Markt 12.

Glänzel, Hagemann, Richard Kirehner, Täubchenweg 90.

Photographische Ateliers Paul Berg, L.-Anger, Frankent. 9. Hoffmann & Jursch, E. Ischlstr. 77.

Photogr. Artikel Photo Sticht Kurprinzstr. 11. Putz, Modewaren H. Beler, Jahnsstr. 10b.

Schleifereien Kemper, W., Eisenbahnstr. 21. Feilenfabrik Richter, Go., Schützstr. 10.

Schnelbeschl.-Anstalten Eduard Rodeck, Idastr. 36b. Osw. Weinhold, Jahnsstraße 7.

Schuhwaren, Schuhmacher G. Albrecht, Nürnberger Str. 33. Ernst Dieber, Eisenstr. 46.

Markthalle Ost Markt- u. Kaufhalle Ost Passage Eisenbahnstr. 74, Konradstr. 20-21.

Musik-Instrumente Koallock, Berlin-Str. 11, Sproch.-u. a. Rep. O. Pletschmann, Gohliserstr. 10-11.

Obst, Grünwaren Clara Arnold, Nikolaistr. 18. G. Berger, Kulturstr. 19.

Richter, Rosenberger, Schwanenhaus Sonntag, Schulstr. 2. B. A. Steudle, Windmühlengraben 48.

Völker, W. Winkler, Ang., Molkereistr. 28. Spelse-Häuser Central-Spelsehaus, von 20 Pf. an.

Stempel Stempel-Haus, Fr. Müller, Heinstraße 19. Tapeten, Linoleum, Wachs.

Weise Wachstuch, Linol., Abtreter, Bayernstr. 41. Uhren, Goldwaren A. Beler, Li., Marktstr. 3.

Glänzel, Hagemann, Richard Kirehner, Täubchenweg 90. M. Kemski, Nürberger-Str. 6.

Photographische Ateliers Paul Berg, L.-Anger, Frankent. 9. Hoffmann & Jursch, E. Ischlstr. 77.

Photogr. Artikel Photo Sticht Kurprinzstr. 11. Putz, Modewaren H. Beler, Jahnsstr. 10b.

Schleifereien Kemper, W., Eisenbahnstr. 21. Feilenfabrik Richter, Go., Schützstr. 10.

Schnelbeschl.-Anstalten Eduard Rodeck, Idastr. 36b. Osw. Weinhold, Jahnsstraße 7.

Schuhwaren, Schuhmacher G. Albrecht, Nürnberger Str. 33. Ernst Dieber, Eisenstr. 46.

Markthalle Ost Markt- u. Kaufhalle Ost Passage Eisenbahnstr. 74, Konradstr. 20-21.

Musik-Instrumente Koallock, Berlin-Str. 11, Sproch.-u. a. Rep. O. Pletschmann, Gohliserstr. 10-11.

Obst, Grünwaren Clara Arnold, Nikolaistr. 18. G. Berger, Kulturstr. 19.

Richter, Rosenberger, Schwanenhaus Sonntag, Schulstr. 2. B. A. Steudle, Windmühlengraben 48.

Völker, W. Winkler, Ang., Molkereistr. 28. Spelse-Häuser Central-Spelsehaus, von 20 Pf. an.

Stempel Stempel-Haus, Fr. Müller, Heinstraße 19. Tapeten, Linoleum, Wachs.

Werkzeuge Junge & Fröhlig, Elsterstr. 10. H. Kretzschmar, Schletterstr. 14.

Weine und Liköre Arndt & Hofmann, Ranst. Steinweg 5. L. Emil Beyer, Ranst. Steinweg 11.

Wild und Geflügel A. Kündervater, M., Hall. St. 203. Aug. Suckow, Südstr. 36, T. 14716.

Zahnatellers, Zahnkünstler W. Gerhardt, Wurzenerstr. 10. Paul Koopmann, Gohl., Luisenstr. 16.

Zool. Handl. Aquar. u. Vogelf. R. Backhoff, Sell, Wurzener Str. 73. Alw. Fritsche, L.-G. Äuß. Hallstr. 10.

Borsdorf Max Benndorf, Bäckerol., Kondit. und Restaurant. Rich. Dittrich, Bäckermeister.

Brandis Max Benndorf, Bäckerol., Kondit. und Restaurant. Rich. Dittrich, Bäckermeister.

Böhltz-Ehrenb. Hugo Bastianer, Fleischn., Lpz. St. 74. A. Blichert, Sothstr. u. Ros. Südstr. 16.

Eilenburg Destillation z. gold. Kugel, Weinblg. Rich. Hule, Uhr. & Goldw. br. Bär.

Naunhof Kaufhaus Emil Sachse, Leipziger Str. 200. Phoenix-Apotheke.

Kaufhaus Reifegerste Th. Krab, Lieferant d. Konsumvereins. Robert Kunze, Fleischermeister.

Oetzsch Apotheke für Oetzsch u. Gautzsch. Lieferant aller Krankenk.

Saxonia-Drogerie R. Schöne, Tapet- u. Polsterarbeit. Carl P. Schöne, Tapet- u. Polsterarbeit.

Wiederritzsch E. Becker, Del. 127, Haus u. Küchengef. F. Grzebelko, Email-Blowh. Lamp.

Faunsdorf Adler-Drogerie, Farben, Lacke. A. Berthold, Kolonialw., Spirituosen.

Rötha Arthur Lindner, Bäckermeister. Schönfeld Alb. Bachmann, Milch, Butter Käse.

Knauthain Engel-Drogerie u. Kolonialwaren. Bernhard Hefemann, Bäckerol.

Leutzsch B. Blitsch, Drogerie, Hauptstr. 30. O. Krasselt, Gg. from-Niemingh. 7.

Liebertwolkwitz Otto Gebhardt, Anf. v. Herr.-Sachen. Franz Lucke, Kolonialwaren.

Lindenthal Kaufhaus, Inh. P. Mannschätz. J. Schrittz, Fris., Cig. u. Schritzw.

Markranstädt Alb. Beler, Kol., Sprit, Marienstr. 11. Enke's Milchhalle, Karlstr. 9.

Brandis Max Benndorf, Bäckerol., Kondit. und Restaurant. Rich. Dittrich, Bäckermeister.

Böhltz-Ehrenb. Hugo Bastianer, Fleischn., Lpz. St. 74. A. Blichert, Sothstr. u. Ros. Südstr. 16.

Eilenburg Destillation z. gold. Kugel, Weinblg. Rich. Hule, Uhr. & Goldw. br. Bär.

Naunhof Kaufhaus Emil Sachse, Leipziger Str. 200. Phoenix-Apotheke.

Kaufhaus Reifegerste Th. Krab, Lieferant d. Konsumvereins. Robert Kunze, Fleischermeister.

Oetzsch Apotheke für Oetzsch u. Gautzsch. Lieferant aller Krankenk.

Saxonia-Drogerie R. Schöne, Tapet- u. Polsterarbeit. Carl P. Schöne, Tapet- u. Polsterarbeit.

Wiederritzsch E. Becker, Del. 127, Haus u. Küchengef. F. Grzebelko, Email-Blowh. Lamp.

Faunsdorf Adler-Drogerie, Farben, Lacke. A. Berthold, Kolonialw., Spirituosen.

Rötha Arthur Lindner, Bäckermeister. Schönfeld Alb. Bachmann, Milch, Butter Käse.

Knauthain Engel-Drogerie u. Kolonialwaren. Bernhard Hefemann, Bäckerol.

Leutzsch B. Blitsch, Drogerie, Hauptstr. 30. O. Krasselt, Gg. from-Niemingh. 7.

Liebertwolkwitz Otto Gebhardt, Anf. v. Herr.-Sachen. Franz Lucke, Kolonialwaren.

Lindenthal Kaufhaus, Inh. P. Mannschätz. J. Schrittz, Fris., Cig. u. Schritzw.

Markranstädt Alb. Beler, Kol., Sprit, Marienstr. 11. Enke's Milchhalle, Karlstr. 9.

Brandis Max Benndorf, Bäckerol., Kondit. und Restaurant. Rich. Dittrich, Bäckermeister.

Böhltz-Ehrenb. Hugo Bastianer, Fleischn., Lpz. St. 74. A. Blichert, Sothstr. u. Ros. Südstr. 16.

Eilenburg Destillation z. gold. Kugel, Weinblg. Rich. Hule, Uhr. & Goldw. br. Bär.

Naunhof Kaufhaus Emil Sachse, Leipziger Str. 200. Phoenix-Apotheke.

Kaufhaus Reifegerste Th. Krab, Lieferant d. Konsumvereins. Robert Kunze, Fleischermeister.

Oetzsch Apotheke für Oetzsch u. Gautzsch. Lieferant aller Krankenk.

Saxonia-Drogerie R. Schöne, Tapet- u. Polsterarbeit. Carl P. Schöne, Tapet- u. Polsterarbeit.

Wiederritzsch E. Becker, Del. 127, Haus u. Küchengef. F. Grzebelko, Email-Blowh. Lamp.



Johannes Wendt Herren-Spezialgeschäft Eisenbahnstr. 71 u. 79. Wurzener Str. 20. Hüten : Mützen : Schirmen Krawatten - Wäsche etc. Strohhüte

Bernhard Richter Pogauer Connwitz Eds. Strasse 19. Herr. Uhren v. 8 M an. Damenuhren v. 5 M an.

Zur Reise Prakt. Rucksäcke für Kinder v. 50 M an. Mod. Reisetaschen v. 2 M an. Dauerh. Kleiderkart. Elegante Reisekoffer.